

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Magister Artium der
Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Stuttgart

– Fach Politikwissenschaft –

Die Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg

**Das relative Gewicht der drei Determinanten
des Michigan-Modells und der Bundespolitik
für die Untersuchung kommunalen Wahlverhaltens
unter Berücksichtigung der Gemeindegröße**

Erstgutachter:

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politische Systeme
und Politische Soziologie
Universität Stuttgart

vorgelegt von:

Kerstin Völkl

Zweitgutachter:

Prof. Dr. Horst Dähn

Stuttgart, 18. September 2001

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	04
1. Einleitung	05
1.1 Das Untersuchungsproblem.....	05
1.2 Das Forschungsdesign	08
2. Forschungsstand: Studien zum kommunalen Wahlverhalten	10
2.1 Das geringe Interesse an Kommunalwahlen	11
2.2 Konvergenz- oder Differenzthese?	15
2.2.1 Die Konvergenzthese	15
2.2.2 Die Differenzthese.....	16
2.3 Das Michigan-Modell.....	17
2.4 PAPPIS analytische Unterscheidung von generellen, kontextuellen und kommunalen Einflussfaktoren.....	20
2.4.1 Institutionelle Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene.....	23
2.4.1.1 <i>Die Gemeindeverfassung und das Wahlsystem</i>	23
2.4.1.2 <i>Das kommunale Parteiensystem</i>	26
2.4.2 Die Determinanten des Michigan-Modells und die Übertragungsprobleme auf kommunales Wahlverhalten	29
2.4.2.1 <i>Die Parteiidentifikation</i>	29
2.4.2.2 <i>Die Kandidatenorientierung</i>	32
2.4.2.3 <i>Die Themenorientierung</i>	37
2.4.2.4 <i>Das Zusammenwirken der drei Determinanten</i>	41
2.4.3 Die Gemeindegröße	43
2.4.4 Der Einfluss der Bundespolitik	46
2.4.5 Konsequenzen für die Analyse kommunalen Wahlverhaltens.....	47
3. Hypothesen.....	49
4. Datengrundlage und Operationalisierung	51
4.1 Die Daten zu den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg	52
4.2 Operationalisierung der verwendeten Variablen.....	53
4.2.1 Die beiden abhängigen Variablen.....	53
4.2.2 Die unabhängigen Variablen.....	55

5. Ergebnisse	56
5.1 Bivariate Analysen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens	56
5.1.1 Die Wahlabsicht, die Art der Stimmabgabe und die Gemeindegröße	57
5.1.2 Der Einfluss der Bundespolitik auf das kommunale Wahlverhalten	60
5.1.2.1 <i>Der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlabsicht</i>	60
5.1.2.2 <i>Der Einfluss der Bundespolitik auf die Art der Stimmabgabe</i>	63
5.1.3 Die Bestimmungsfaktoren kommunalen Wahlverhaltens	65
5.1.3.1 <i>Die Bestimmungsfaktoren der Wahlabsicht</i>	66
5.1.3.2 <i>Die Bestimmungsfaktoren der Art der Stimmabgabe</i>	72
5.2 Multivariate Analysen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens	76
5.2.1 Multivariate Analysemodelle zur Erklärung der Wahlabsicht	77
5.2.2 Multivariate Analysemodelle zur Erklärung der Art der Stimmabgabe	83
6. Zusammenfassung, Diskussion und Ausblick	86
6.1 Zusammenfassung und Diskussion	86
6.2 Anregungen für die weitere Forschung	90
Anhang	94
Literaturverzeichnis	96

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Vereinfachte Darstellung des Michigan-Modells	19
Abbildung 2: Determinanten des kommunalen Wahlverhaltens	22
Tabelle 1a: Die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Gemeindegröße	57
Tabelle 1b: Die Art der Stimmabgabe in Abhängigkeit von der Gemeindegröße	58
Tabelle 1c: Die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Art der Stimmabgabe.....	59
Tabelle 2a: Der Einfluss der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Wahlabsicht.....	61
Tabelle 2b: Der Einfluss der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Gemeindegröße.....	62
Tabelle 3: Der Einfluss der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Art der Stimmabgabe	65
Tabelle 4a: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von Wählern politischer Gruppierungen.....	66
Tabelle 4b: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von Wählern politischer Gruppierungen in Abhängigkeit von der Gemeindegröße	69
Tabelle 5a: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von (Nicht-)Kumulierern und (Nicht-)Panaschierern	73
Tabelle 5b: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von (Nicht-)Kumulierern und (Nicht-)Panaschierern in Abhängigkeit von der Gemeindegröße	74
Tabelle 6: Die Schätzung der Wahlabsicht auf der Basis der Wahlmotive bei den Gemeinderatswahlen 1999	78
Tabelle 7: Die Schätzung der Art der Stimmabgabe auf der Basis der Wahlmotive bei den Gemeinderatswahlen 1999	84

1. Einleitung

1.1 Das Untersuchungsproblem

Am 24. Oktober 1999 fanden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen statt. Im einzelnen wurden vier Arten von Kommunalwahlen abgehalten: die Wahl der Gemeinderäte der kreisfreien sowie kreisangehörigen Städte und der Kommunen in insgesamt 1.110 Gemeinden, die Wahl der Kreisträte der 35 Landkreise, die Wahl der Ortschaftsräte sowie die Bezirksbeirats- und Ausländerbeiratswahlen. Gleichzeitig fand auch die Wahl zur Regionalversammlung des Verbandes der Region Stuttgart statt, die jedoch nicht zu den Kommunalwahlen gerechnet wird (vgl. KORTE 1999:77; INFRATEST DIMAP 1999:1). In der vorliegenden Untersuchung beschäftige ich mich ausschließlich mit der Wahl der Gemeinderäte, die nach den Bestimmungen der Gemeindeordnungen für die Vertretung der Bürger zuständig sind und das Hauptorgan der Gemeinde verkörpern.

Kommunalpolitische Fragestellungen spielen in der Politikwissenschaft bislang eher eine Nebenrolle. Es existieren zwar vereinzelt Untersuchungen zu Parteien, Wahlen und Politikfeldern auf Kommunalebene, aber empirische Arbeiten fehlen weitgehend. Gravierend ist dieser Mangel im Bereich zentraler politikwissenschaftlicher Gebiete wie der Wahlforschung. Obwohl ihr auf Bundes- und Landesebene großes Interesse entgegengebracht wird, führt sie auf Kommunalebene ein Schattendasein. Auch für das Bundesland Baden-Württemberg liegt meines Wissens bis heute keine repräsentative Studie vor, die sich näher mit den Bestimmungsfaktoren des kommunalen Wahlverhaltens auf Individualdatenbasis auseinandersetzt. Die vorgelegte Arbeit versucht, diese Lücke zum Teil zu schließen – wenn dies auch nicht erschöpfend geschehen kann.

Voraussetzung für eine empirisch sinnvolle Untersuchung ist eine theoretische Basis. Die zahlreichen Ansätze, die diesbezüglich zur Erklärung von Wahlverhalten zur Verfügung stehen, führen den Ausgang von Wahlen auf ein Konglomerat aus lang- und kurzfristigen sowie sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Faktoren zurück. Die verschiedenen Erklärungsmodelle lassen sich nach FALTER/SCHUMANN/WINKLER (1990) in drei Theoriebereiche einteilen (zur Übersicht über die Ansätze vgl. auch BRETTHAUER/HORST 2001; BÜRKLIN/KLEIN 1998; DALTON/WATTENBERG 1993; EITH/MIELKE 2001:322ff.; KAASE/KLINGEMANN 1994; KÜCHLER 1986; ROTH

1998:23ff.). Neben dem sozialpsychologischen Ansatz der *Ann Arbor School*, der das theoretische Fundament der Untersuchung bildet, existieren das Modell des soziologischen Ansatzes der *Columbia School*, der das individuelle Wahlverhalten auf die Mitgliedschaft in bestimmten sozial-gesellschaftlichen Gruppen und in diesen geltenden Wahlnormen zurückführt (vgl. LAZARSFELD/BERELSON/GAUDET 1944), und das auf DOWNS (1957) zurückgehende Modell des „rationalen“ Wahlverhaltens, das den Wähler mit dem rational handelnden und nutzenmaximierenden *homo oeconomicus* in Verbindung bringt. Darüber hinaus können auch institutionelle Faktoren, insbesondere die Ausgestaltung des Wahlrechts oder die Ausprägung des Parteiensystems, einen Erklärungsbeitrag für das individuelle Wahlverhalten liefern (vgl. NOHLEN 2000:53ff.). Inzwischen ist man sich in der Forschungspraxis weitgehend einig, dass sich die verschiedenen Erklärungsmodelle nicht gegenseitig ausschließen, sondern miteinander vereinbar sind (vgl. KAASE/KLINGEMANN 1994; THOMASSEN 1994).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf diejenigen Variablen, die – sieht man von potentiellen Effekten des Wahlsystems ab – in der Debatte über das Wahlverhalten auf kommunaler Ebene von besonderem Interesse sind und deren Bedeutung nach wie vor nicht geklärt ist: die Bindung einer Person an eine bestimmte politische Partei sowie die Beurteilung politischer Sachfragen und Kandidaten durch die Wähler. In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich die genannten Komponenten des Ann-Arbor-Modells generell zur Erklärung des Wahlverhaltens eignen und ihre Anwendung unabhängig von der Systemebene ist. Uneinigkeit besteht dagegen darüber, welches relative Gewicht den einzelnen Determinanten auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zukommt (vgl. BIEGE u.a. 1978:128ff.; GABRIEL 1997b:151; HERMANN/WERLE 1983:385f.; KLINGEMANN 1976:199f., 255ff.). Deshalb erscheint es sinnvoll, bei der Interpretation des Ausgangs der Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg die Kernvariablen des Michigan-Modells in den Vordergrund zu stellen, um die tatsächliche Relevanz dieser drei Einflussgrößen zu klären.

Da das Michigan-Modell ursprünglich zur Erklärung des Wählerverhaltens bei Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten entwickelt wurde, ist seine Brauchbarkeit für die Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens in der Bundesrepublik nicht ohne weiteres vorauszusetzen. Abgesehen von dem generellen Problem der vergleichenden Forschung, ob die auf ein bestimmtes Land zugeschnittenen

theoretischen Konstrukte komplikationslos auf andere Länder übertragbar sind, bestehen unterschiedliche institutionelle und kulturelle Bedingungen sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den Systemebenen. Von besonderem Interesse im Zusammenhang mit den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg ist dabei zum einen das kommunale Wahlrecht, das dem Wähler die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens einräumt, und zum anderen das kommunale Parteiensystem, das die Bildung Freier Wählervereinigungen zulässt.

In der Forschung zu kommunalem Wahlverhalten existieren zwei konkurrierende Hypothesen. Nach der Konvergenzthese stellen Kommunalwahlen einen Reflex auf Einstellungen zur Bundespolitik dar. Folglich können sie prinzipiell mit denselben Determinanten erklärt werden wie Bundestagswahlen. Im Gegensatz dazu stehen nach der Differenzthese bei Kommunalwahlen lokalspezifische Bestimmungsfaktoren im Vordergrund. Dabei kommt insbesondere der Kandidatenorientierung eine relevante Rolle zu. Die beiden Thesen unterscheiden sich vor allem im Hinblick darauf, ob sie überlokalen Einflussgrößen wie der Bundespolitik oder lokalen Bestimmungsfaktoren wie den Kandidaten den Vorrang bei der Erklärung kommunalen Wahlverhaltens einräumen.

Während das relative Gewicht der sozialpsychologischen Determinanten und der Bundespolitik für die kommunale Stimmabgabe in der Forschung umstritten ist, herrscht in Bezug auf die Relevanz der Gemeindegröße als Erklärungsfaktor für die kommunale Ebene Einigkeit. Ihr wird bei der Beschreibung und Erklärung von Kommunalpolitik generell und von Kommunalwahlen speziell eine große Bedeutung zugeschrieben (vgl. WEHLING 1981:225f.).

Zur besseren Veranschaulichung der vielfältigen Einflussgrößen, die auf Kommunalwahlen einen Effekt ausüben können, werden die in der Arbeit berücksichtigten Determinanten in einem von PAPPI (1976) entwickelten Analysemodell angeordnet. PAPPI führt das kommunale Wahlverhalten auf generelle, kontextuelle und kommunale Bestimmungsfaktoren zurück. Der Vorteil dieser analytischen Unterscheidung ist vor allem in der problemlosen Integration der hier interessierenden Komponenten zu sehen. Zu den generellen Determinanten zählen in der vorliegenden Untersuchung die Bundespolitik und die langfristig wirksame Parteiidentifikation. Als Kontextmerkmal wird die Gemeindegröße berücksichtigt. Die beiden Kurzfristfaktoren des sozialpsychologischen Erklärungsmodells, Kandidaten und Sachthemen,

sowie die beiden institutionellen Faktoren, Wahlrecht und Parteiensystem auf kommunaler Ebene, bilden die kommunalen Determinanten ab.

Die tatsächlichen Motive der Wähler bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg können nur mit Umfragedaten nachvollzogen werden. Dabei stehen zwei Fragen im Mittelpunkt der Untersuchung:

1. Aus der Diskussion zwischen Vertretern der Konvergenz- und Differenzthese leitet sich folgende zentrale Forschungsfrage ab: Welcher Faktor hat für die Wähler in Baden-Württemberg bei den Gemeinderatswahlen die größte Rolle gespielt: die Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik? Gibt es Unterschiede im Wahlverhalten in kleinen, mittleren und großen Gemeinden hinsichtlich der Relevanz der Politik auf verschiedenen Systemebenen?
2. Welches relative Gewicht haben die einzelnen Determinanten des Michigan-Modells beim kommunalen Wahlverhalten? Spielen je nach Einwohnerzahl die sozialpsychologischen Determinanten eine unterschiedlich wichtige Rolle für die individuelle Wahlentscheidung?

Für die beiden ‚Hauptfragen‘ werden jeweils folgende ‚Unterfragen‘ behandelt:

- a) Welche Unterschiede lassen sich in Bezug auf Wähler feststellen, die beabsichtigen, für eine politische Partei zu stimmen, und diejenigen, die für eine der Freien Wählergemeinschaften votieren wollen? Sind Differenzen zwischen den Wählern einzelner Parteien, beispielsweise zwischen den beiden großen Volksparteien und den beiden kleineren Parteien, nachzuweisen?
- b) Existieren Unterschiede zwischen Bürgern, die die in Baden-Württemberg konstitutionell verankerten Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens in Anspruch nehmen, und denen, die weder mehrere Stimmen auf einen Kandidaten häufen noch Bewerber von verschiedenen Listen wählen?

Anhand dieser Fragen will die folgende Untersuchung am Beispiel der Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg versuchen, Licht in das Dunkel der Relevanz verschiedener Erklärungsgrößen des Kommunalwahlverhaltens zu bringen.

1.2 Das Forschungsdesign

Nach der Darlegung des Untersuchungsproblems und der Anführung der Forschungsfragen werde ich nun einen kurzen Überblick über die Gliederung der Arbeit und das Forschungsdesign geben.

Zunächst wird in vier Abschnitten der Forschungsstand zum Thema ‚Kommunales Wahlverhalten‘ vorgestellt. Zu Beginn wird der geringe Erkenntnisstand der Wahlforschung an der kommunalen Ebene thematisiert und mögliche Ursachen genannt, die hierfür verantwortlich sind. Da nur wenige Untersuchungen über das individuelle Wahlverhalten auf kommunaler Ebene vorliegen, überrascht es kaum, dass die wenigen vorhandenen Studien zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangen. Trotz dieser zum Teil kontroversen Ergebnisse lassen sich in der kommunalen Wahlforschung zwei Erklärungsansätze unterscheiden – die Konvergenz- und die Differenzthese –, deren Grundannahmen kurz vorgestellt werden. Daran schließt sich eine Erläuterung der drei Kernvariablen des Michigan-Modells an, die sich nach gängiger Auffassung zur Erklärung von nationalem sowie lokalem Wahlverhalten eignen und die theoretische Basis der Arbeit bilden. Um die Problematik, die sich bei der Untersuchung kommunalen Wahlverhaltens stellt, zu verdeutlichen und um die in die Analyse einbezogenen Determinanten übersichtlich darzustellen, wird PAPPIS Analysemodell zu Hilfe herangezogen. Zunächst wird geprüft, inwiefern der institutionelle Bezugsrahmen der Wahlen die Stimmabgabe bei Kommunalwahlen beeinflussen kann. Danach werden die sozialpsychologischen Bestimmungsfaktoren und Übertragungsprobleme auf kommunales Wahlverhalten erörtert.

Auf der Grundlage der im Forschungsstand vorgestellten Studien erfolgt in Kapitel 3 die Formulierung der zu prüfenden Hypothesen. Darauf folgen Aussagen über die Datengrundlage und die Operationalisierung der Hypothesen.

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet die empirische Untersuchung der Forschungsfragen und die Überprüfung der Hypothesen. Dabei wird zunächst ein kurzer Überblick über die Verteilungen der beiden abhängigen Variablen, Wahlabsicht und Art der Stimmabgabe, im Hinblick auf das Kontextmerkmal der Gemeindegröße gegeben. Im Hauptteil der Arbeit soll in einem ersten Schritt mittels bivariater Analysen geklärt werden, inwiefern sich das kommunale Wahlverhalten auf einen Reflex der bundesweiten Stimmungslage reduzieren lässt, wie es Vertreter der Konvergenzthese behaupten. Danach wird das relative Gewicht der sozialpsychologischen Determinanten für die Erklärung des Wahlverhaltens bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg geprüft. Bei allen Analysen wird systematisch die Bedeutung der Gemeindegröße für die formulierten Hypothesen kontrolliert – vorausgesetzt die Fallzahlen lassen dies zu. Da bivariate Analysen keine Folgerungen über die Wechselwirkungen zwischen den Bestimmungsfaktoren zulassen, werden in einem zwei-

ten Schritt mittels multivariater Analysen definitive Antworten über die Struktur des kommunalen Wahlverhaltens gegeben.

Im letzten Kapitel der Arbeit werden die Ergebnisse der empirischen Analyse nochmals zusammengefasst und die Frage diskutiert, ob für das kommunale Wahlverhalten in Baden-Württemberg 1999 ähnliche Faktoren maßgeblich waren, wie bei der Kommunalwahl 1994 in Stuttgart. Abschließend folgen Anregungen für die weitere Forschung.

2. Forschungsstand: Studien zum kommunalen Wahlverhalten

Trotz der konstitutionellen Gleichstellung von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen wird Wahlen auf regionaler Ebene ein wesentlich geringeres Interesse entgegengebracht als auf überregionaler Ebene. Diese Aussage bezieht sich nicht nur auf die Wahlforschung, sondern auch auf die Wähler, die Politiker und die Medien. Was die Wahlforschung anbelangt, kann als Entschuldigung angeführt werden, dass sowohl die Datenlage, als auch die theoretische Situation auf Kommunalebene sehr zu wünschen übrig lassen und in keiner Weise mit der Forschungssituation auf Landes- und Bundesebene vergleichbar sind. Es fehlt sowohl an Repräsentativumfragen über einen längeren Zeitraum, als auch an erprobten theoretischen Erklärungsansätzen und methodischen Analysestrategien. Die Folge ist, dass kaum Erkenntnisse über die Motive der Wähler bei Gemeinderatswahlen vorliegen.

Die Annahme von Vertretern der Konvergenzthese, nach der nationales und lokales Wahlverhalten prinzipiell mit den gleichen Bestimmungsfaktoren erklärt werden kann, hat zusätzlich dazu beigetragen, den Kommunalwahlen keine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dagegen gehen die Anhänger der Differenzthese davon aus, dass zur Erklärung von Kommunalwahlen allein schon wegen des qualitativen Unterschieds zu Landtags- und Bundestagswahlen kommunalspezifische Determinanten hinzugezogen werden müssen. Ausgehend von den drei sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells bedeutet dies, dass die Konvergenzthese die Stimmabgabe bei Kommunalwahlen überwiegend auf die langfristig wirksame Parteiidentifikation zurückführt und die Differenzthese auf die kurzfristig wirksame Kandidaten- und Sachthemenorientierung.

Da in unserer Analyse der baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999 nicht nur die Determinanten-Trias des sozialpsychologischen Erklärungsmodells berücksichtigt wird, sondern zusätzlich die Rolle der Bundespolitik für die kommunale Wahlentscheidung und der Einfluss aller Bestimmungsfaktoren wiederum unter Berücksichtigung der Gemeindegröße untersucht wird, empfiehlt es sich, PAPPIS Analysemodell zur Kategorisierung zu verwenden. PAPPIS analytische Unterscheidung von generellen, kontextuellen und kommunalen Determinanten eignet sich sehr gut zur Einordnung der angesprochenen Bestimmungsfaktoren, um kommunales Wahlverhalten zu erklären.

Im Folgenden werden die oben angesprochenen Punkte ausführlicher dargestellt. Besonders relevant sind vor allem die folgenden Aspekte:

1. Das geringe Interesse der Wahlforschung an kommunalem Wahlverhalten und die Ursachen hierfür
2. Die Präsentation der bisher vorliegenden Erkenntnisse aus der kommunalen Wahlforschung
3. Die Bedeutung des Michigan-Modells zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens
4. Die Einordnung der sozialpsychologischen Determinanten in PAPPIS Analysemodell und die Übertragungsprobleme auf kommunales Wahlverhalten.

2.1 Das geringe Interesse an Kommunalwahlen

Verfassungsmäßig kommt Kommunalwahlen der gleiche Rang wie Landtags- und Bundestagswahlen zu. Nach Artikel 28, Abs. 1 des Grundgesetzes muss in den Ländern, Kreisen und Gemeinden eine Volksvertretung vorhanden sein, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht. Damit ist das Repräsentativprinzip für die kommunale Ebene des politischen Systems der Bundesrepublik ebenso verbindlich wie für die Bundes- und Landesebene (vgl. MEYER 1982:40ff.; SIXT 1989:7ff.). Dennoch ist das Interesse von Wahlforschern, Wählern, Politikern und Medien an Kommunalwahlen eher gering.

Eigentlich würde man unterstellen, dass das Stattfinden einer Wahl für die Wahlforschung Grund genug ist, sich über die neuen Analysemöglichkeiten einer bisher nicht näher untersuchten Wahl zu freuen. Aber falsch gedacht. Zwar bringt die empirische Wahlforschung der Bundesrepublik einer Untersuchung des Wahlverhaltens

auf Bundes- und Landesebene ein großes Interesse entgegen, die Analyse kommunalen Wahlverhaltens stellt im Gegensatz dazu jedoch ein Stiefkind dar (vgl. BIEGE u.a. 1978:7ff.; CZARNECKI 1992:1; GABRIEL 1979; GRAUHAN 1972; KEVENHÖRSTER 1976a:XIII, 1983:158; LÖFFLER 1999:183; PAPPI 1976:1, 40; SCHACHT 1986:5f.). Das ist nicht zuletzt deswegen überraschend, weil insbesondere die Regionalforschung Ausgangspunkt für die Wahlforschung gewesen ist (vgl. THRÄNHARDT 1980:485). Hinzu kommt, dass gerade die Erforschung des kommunalen Wahlverhaltens eine gute Gelegenheit bieten würde, der Ende der siebziger Jahre aufgekommenen Kritik an der Wahlforschung zu begegnen. Damals wurde der Vorwurf erhoben, dass keine ausreichend komplexen Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens zur Verfügung stünden und die Kontexte des Wahlverhaltens zu wenig in der Analyse berücksichtigt würden (vgl. KÜCHLER 1977:145ff.; MEYER 1977:169ff.).

Anders als auf nationaler Ebene sind auf kommunaler Ebene völlig andere Voraussetzungen für die Wahlforschung gegeben. Die geringe Aufmerksamkeit, die den Kommunalwahlen von der Forschungsseite entgegengebracht wird, spiegelt sich wieder in der geringen Anzahl wissenschaftlicher Studien zu diesem Thema. Die unbefriedigende Forschungssituation ist teilweise darauf zurückzuführen, dass keine entsprechenden Individualdaten zur Analyse des regionalen Wählerverhaltens in vergleichender Perspektive zur Verfügung stehen. Folglich ist es auch nicht möglich, Kommunalwahlen in den Kontext eines Entwicklungsverlaufs einzubetten. Gründe für das Fehlen von Individualdaten für eine große Zahl von Gemeinden sind mit Sicherheit die damit verbundenen Kosten und das geringe Interesse der Medien.

Die bisherige Forschung beschränkte sich überwiegend auf Langfristfaktoren zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens, die auf Aggregatebene zur Verfügung stehen (vgl. z.B. BICK 1996; BICK/SCHACHT 1991; CZARNECKI 1992; EITH 1997; GÜLLNER 1986; HENNIG/KIESERLING 1991; HERMANN/WERLE 1983; LÖFFLER/ROGG 2000:110f.; SCHACHT 1986; SCHWARZ 1997; WEIDNER 1984). Die besondere Aufmerksamkeit richtete sich dabei auf sozialstrukturelle und institutionelle Determinanten. Bei dem Großteil der Untersuchungen auf Aggregatdatenbasis handelt es sich meist um rein deskriptive Einzelfallstudien (Übersicht über deutsche lokale und regionale Wahlstudien vgl. NAßMACHER 1979:33ff.; SCHACHT 1986:8ff.; WINTER 1997:121). Hierzu zählen auch die Veröffentlichungen der Statistischen Ämter einzelner Städte. Ein Mangel besteht insbesondere an vergleichenden Gemeindeanalysen sowie an Untersuchungen des regionalen Wahlverhaltens im Ost-West-

Vergleich (als Ausnahme vgl. EITH 1997). Obwohl sich interessante Hinweise für einen Vergleich von Wahlen auf verschiedenen Systemebenen in der Studie von TROITZSCH (1976) finden, liegen ebenso kaum Untersuchungen vor, die das Verhalten bei Bundestags- und Kommunalwahlen miteinander vergleichen. Da Aussagen über die für den Wähler relevanten Motive seines Votums nur mittels der in der Regel nicht vorliegenden Individualdaten möglich sind, wurden der Einfluss von Kandidaten, Sachthemen oder der Bundespolitik auf den individuellen Wahlentscheid meistens aus der Untersuchung ausgeklammert. Auf Individualdatenbasis existieren so gut wie keine Arbeiten. Dies trifft sowohl auf Einzelfallstudien als auch auf vergleichende Analysen zu (als Ausnahmen vgl. BIEGE 1975; BIEGE u.a. 1978; GABRIEL 1997b; LÖFFLER/ROGG 1985; VEIDERS 1978).

Der geringe Erkenntnisstand der Forschung an Kommunalwahlen lässt sich – abgesehen von der miserablen Datenlage – mit der wenig befriedigenden theoretischen Situation erklären, die bei der Analyse lokalen Wählerverhaltens anzutreffen ist. Selbst wenn für einen längeren Zeitraum Repräsentativumfragen auf kommunaler Ebene vorliegen würden, wäre eine präzise Bestimmung des Gewichts eines einzelnen Erklärungsfaktors aufgrund der nicht ausschließlich der Kommunalwahl zuzuordnenden Einflussgrößen kaum möglich. Bisher konnte in der Forschungspraxis kein Konsens hinsichtlich des theoretischen Zugriffs auf kommunales Wählerverhalten erzielt werden. Und entsprechend gegensätzlich fallen die Untersuchungsergebnisse des kommunalen Wahlverhaltens aus. Vergeblich wird man nach allgemeingültigen Erkenntnissen über das regionale Wählerverhalten suchen.

Ganz unschuldig an der dürftigen Forschungslage bezüglich Kommunalwahlen ist auch die Politikelite nicht. Schließlich geben Bundes- und Landesregierungen ebenso wie die Parteizentralen auf Bundes- und Landesebene häufig Untersuchungen über das Wählerverhalten in Auftrag, wobei sich das Interesse weitgehend auf die überregionalen Wahlen beschränkt (vgl. CZARNECKI 1992:19). Offensichtlich erscheint den politischen Parteien und Regierungen die Kenntnis vom Wählerverhalten bei Landtags- und Bundestagswahlen ausreichend, um ihre Macht zu festigen oder dieselbige zu erlangen. Die Erforschung des kommunalen Wählerverhaltens hingegen wirkt nicht sonderlich attraktiv. Diese von den Parteien vertretene Ansicht wird von den Bürgern insofern bestätigt, als dass sie sich nur in geringem Maß an Kommunalwahlen beteiligen.

Betrachtet man die Beteiligungsraten der Bürger an kommunalen Wahlen im Vergleich zu denen an Landtags- und Bundestagswahlen, gelangt man zu dem Schluss, dass die Bürger eine klare Bedeutungshierarchie hinsichtlich der unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems wahrnehmen. Die Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen liegt stets deutlich unter der an Bundestags- und auch der an Landtagswahlen – in letzterem Fall weniger eindeutig. Allerdings variiert die Kommunalwahlbeteiligung in den einzelnen Bundesländern (vgl. CYRNS/HEMBACH 1987:109, 112ff.; GABRIEL 1988:4ff.). Besonders gering fällt sie aus, wenn nicht zeitgleich Bundestags- oder Landtagswahlen stattfinden (vgl. WOYKE 1994:154; HENKE 1997:173). Lediglich an Europawahlen beteiligen sich die Wähler teilweise noch weniger. Häufig wird daraus gefolgert, dass die Bürger den Kommunalwahlen und damit verbunden der Kommunalpolitik nur wenig Bedeutung und geringes Interesse entgegenbringen (vgl. ROTH 1998:223).

Ebenso wie die Wahlforscher, Wähler und Politiker bringen die Medien regionalen Wahlen geringere Aufmerksamkeit entgegen als überregionalen und tragen damit zu dem Bild der wenig interessanten Kommunalebene bei. Da vor allem Rundfunkanstalten und überregionale Zeitungen zu den häufigsten Auftraggebern der Wahlforschung gehören, ist es deshalb nicht weiter verwunderlich, dass kaum Umfragen im Vorfeld von Kommunalwahlen durchgeführt werden (vgl. CZARNECKI 1992:19). Während über Bundes- und Landtagswahlen im Fernsehen und in der Presse ausführlich berichtet wird, sind Kommunalwahlen lediglich eine kurze Bemerkung wert – vorausgesetzt sie gelten nicht als Stimmungstest für kurz bevorstehende Landtags- oder Bundestagswahlen (vgl. BERG-SCHLOSSER/FACK/NOETZEL 1994:7). Beispielsweise fand der baden-württembergische CDU-Generalsekretär Volker Kauder, nachdem die Christdemokraten Zugewinne von bis zu 17 Prozentpunkten bei der Kommunalwahl 1999 erzielt hatten, dass seine Partei nun „gut gerüstet in die Landtagswahl“ (SPIEGEL ONLINE, 25.10.1999) gehe. Allerdings ist kritisch zu hinterfragen, inwiefern regionale Wahlergebnisse als Testläufe für überregionale Wahlen – sei es nun auf Landes- oder Bundesebene – herangezogen werden können (vgl. MÖLLER 1994:237). Da kaum Erkenntnisse über die Motive des kommunalen Wahlverhaltens vorliegen, ist eine solche Schlussfolgerung ziemlich fragwürdig.

2.2 Konvergenz- oder Differenzthese?

Trotz der unzulänglichen Forschungssituation, was das kommunale Wahlverhalten anbelangt, finden sich in der Literatur klare, wenn auch widersprüchliche Positionen zu der Frage, ob hierfür eigene Gesetze gelten oder nicht. Dabei unterscheidet man zwei Erklärungsansätze kommunalen Wahlverhaltens, die nach GABRIEL (1997b:154) als Konvergenz- und Differenzthese bezeichnet werden (vgl. auch EITH 1997:376; LÖFFLER 1999:183; LÖFFLER/ROGG 2000:115). Im ersten Fall reichen die von der überregionalen Ebene her bekannten Bestimmungsfaktoren zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens aus, da der Wähler seine Stimmabgabe systemebenenunabhängig trifft. Im zweiten Fall wird das regionale Wahlverhalten aufgrund des systemebenenabhängigen Votierens der Wähler mit Hilfe kommunalspezifischer Determinanten erklärt. Bevor die beiden Thesen näher vorgestellt werden, bleibt festzuhalten, dass die Forschungsergebnisse über Determinanten der Stimmabgabe auf kommunaler Ebene auf einigen Einzelstudien basieren, die nicht generalisierbar sind.

2.2.1 Die Konvergenzthese

Nach der Konvergenzthese, die in der Literatur auch als These von der Parteienwahl bezeichnet wird, hat die Struktur des Parteiensystems den größten Einfluss auf die Wahlentscheidung. In der Forschung finden sich zwei Varianten der Konvergenzthese (vgl. CZARNECKI 1992:20). Die auf KEVENHÖRSTER zurückgehende Variante „der tendenziellen Gleichförmigkeit des Wahlverhaltens“ (1983:159) geht von folgender Annahme aus: Je mehr sich das regionale und überregionale Parteiensystem gleichen, desto weniger Relevanz haben kommunalpolitische Determinanten für die Wahlentscheidung. Langfristig gesehen ist wegen einer immer stärkeren Angleichung der Parteiensysteme von einem gleichförmigen Wahlverhalten bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen auszugehen. Daraus wird gefolgert, dass auf kommunaler Ebene so gut wie keine ebenenspezifischen Determinanten existieren und Kommunalwahlen sich prinzipiell mit denselben Einflussfaktoren erklären lassen wie Bundestags- und Landtagswahlen. Das lokale Wahlverhalten spiegelt folglich in erster Linie die Wahrnehmung der politischen Großwetterlage durch den Wähler wider. Die Stimmabgabe der Wähler bei Kommunalwahlen wird zum Ausdrucksmittel

tel der momentanen Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung (vgl. GABRIEL 1997b:151; KEVENHÖRSTER 1976b:280, 1983:158-164, 172).

Die zweite Variante der Konvergenzthese versteht kommunales Wahlverhalten als „Reflex gesamtsystemaren Wahlverhaltens“ (KEVENHÖRSTER 1983:157; vgl. auch KÜHR 1979:26; RADTKE 1979:21). Je mehr sich die politischen Akteure der Tatsache bewusst sind, dass das kommunale politische System wenig institutionalisiert und ausdifferenziert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass das politische Verhalten auf kommunaler Ebene – einschließlich des Wahlverhaltens – einen Bestandteil des politischen Verhaltens auf Bundesebene bildet und keinen eigenständigen Status erreicht. Nach KAASE/GIBOWSKI (1988:3) trifft dieses Schicksal ebenso auf Landtagswahlen zu, die in einem räumlich begrenzten und stark vernetzten Staat wie der Bundesrepublik nur schwer einen eigenständigen Status erlangen. Da sich die Mehrheit der Bürger weder über die Ausdifferenzierung des kommunalen politischen Systems bewusst sind, noch ihnen lokale Kandidaten oder regionale Probleme bekannt sind, ist auszuschließen, dass das kommunale Wahlverhalten mit speziell kommunalpolitische Faktoren erklärt werden kann (vgl. RADTKE 1979:21ff.; VEIDERS 1978:236ff., 252ff.). Demzufolge können nicht lokale Faktoren das Wahlverhalten der Bürger erklären, sondern überlokale wie die traditionelle Bindung an eine politische Partei, der bei kommunalen sowie nationalen Wahlen eine ungefähr gleich wichtige Rolle zukommt.

Unterschiedliche Wahlergebnisse auf regionaler und überregionaler Ebene werden von Vertretern der Konvergenzthese zwar nicht ausgeschlossen, aber als gering eingestuft. Sollten sie zustande kommen, werden sie entweder auf mittel- oder langfristige interne Bestimmungsfaktoren, wozu u.a. die Determinanten des Michigan-Modells zählen, oder auf die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zurückführt. Auch Bürgerinitiativen wird eine nachhaltige Einflussnahme auf das Wahlverhalten eingeräumt (vgl. BICK 1996; CZARNECKI 1992:20; KEVENHÖRSTER 1983:159ff.; RADTKE 1979:21).

2.2.2 Die Differenzthese

Im Zentrum der Differenzthese steht die Annahme, dass sich die Politik auf kommunaler Ebene qualitativ erheblich von der auf Landes- und Bundesebene unterscheidet. Dies sei zum einen auf die grundlegend unterschiedlichen Verfahrensregelun-

gen und Institutionen, zum anderen auf ihre speziellen Verhaltens- und Konfliktreglungsmuster zurückzuführen. Aber nicht nur in den Augen von Juristen stellt dieser Politikbereich ein Spezifikum dar. Auch die Bürger betrachten den Bereich der Kommunalpolitik weniger als kommunale Politik und vielmehr als Selbstverwaltung.

Anhänger der Differenzthese, die auch These von der Persönlichkeitswahl genannt wird, bauen ihre Argumentation vor allem auf diesem qualitativen Unterschied von Kommunal- und Bundes- bzw. Landespolitik auf (vgl. WEHLING 1981:225). Demnach kommt dem regionalen Wahlverhalten eine eigenständige Existenz zu. Daraus folgt, dass bei Kommunalwahlen andere Einflussfaktoren wie bei Bundes- und Landtagswahlen gelten. Zwar gelangt MARCINKOSWSKI (vgl. 2001:13; GABRIEL 1997b:166) zu dem Ergebnis, dass Wählerwanderungen zwischen Bundestags- und Kommunalwahlen zum Teil durch die Beteiligungsquote erklärt werden können, aber darüber hinaus auch kommunalpolitische Ursachen vorhanden sein müssen, da sogar bei zwei aufeinander folgenden Low-Stimulus-Wahlen, zwischen denen sich die bundespolitische Stimmungslage kaum verändert, eine beachtliche Volatilität von Wählerstimmen stattfindet.

Diese lokalgebundenen Erklärungsgrößen können unterschiedlicher Natur sein, z.B. eine spezifische Wahrnehmung der Kommunalpolitik aus Sicht der Wähler oder die Besonderheiten des jeweiligen Kommunalwahlsystems. Die größte Relevanz für die kommunale Wahlentscheidung schreiben Vertreter der Differenzthese jedoch der Kandidatenorientierung zu (vgl. BIEGE u.a. 1978:174ff.; LÖFFLER/ROGG 2000:112ff.; WEHLING 1992:141).

2.3 Das Michigan-Modell

Nachdem zunächst darlegt wurde, dass sich die Forschungssituation auf kommunaler Ebene in einem wenig wünschenswerten Zustand befindet, haben die darauf folgenden Ausführungen über die in erster Linie sich widersprechenden Standpunkte der wenig vorhandenen Studien den Eindruck des Forschungsbedarfs auf diesem Gebiet verstärkt. In der kommunalwissenschaftlichen Literatur sucht man in der Tat vergeblich nach einem Erklärungsmodell, das sich im Laufe der Jahre speziell für kommunales Wahlverhalten etabliert haben könnte. Stattdessen dominieren Debatten über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von kommunalem und nationalem Wahlverhalten (vgl. GABRIEL 1997b:148ff.). Dies führt zu der Frage, welcher theoreti-

sche Ansatz zur Erklärung des kommunalen Wählerverhaltens der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt wird.

Die folgende Arbeit basiert auf dem sozialpsychologischen Ansatz, den eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern an der University of Michigan in Ann Arbor im Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1948 und 1952 entwickelte (vgl. ROTH 1998:36). Für die Wahl des Ansatzes spricht die Tatsache, dass er unabhängig von der Systemebene ist und damit gleichermaßen zur Erklärung von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen herangezogen werden kann (vgl. KLINGEMANN 1976:199). Zumal es eher unwahrscheinlich ist, dass das Wählerverhalten auf kommunaler Ebene von völlig anderen Einflussfaktoren bestimmt wird als das auf Bundesebene. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Divergenzen zwischen kommunalem und nationalem Wahlverhalten in dem relativen Gewicht der einzelnen Bestimmungsgrößen liegen. Diese Vermutung wird durch die Literatur bestätigt (vgl. GABRIEL 1997b:151). Im Mittelpunkt der Diskussion um ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten stehen vor allem die drei Konzepte des Michigan-Modells: die Parteiidentifikation, die Kandidaten- und Sachthemenorientierung, die im Folgenden kurz vorgestellt werden. Die Besonderheiten, die bei der Übertragung des Michigan-Modells auf Kommunalwahlen zu beachten sind, werden im nächsten Kapitel behandelt.

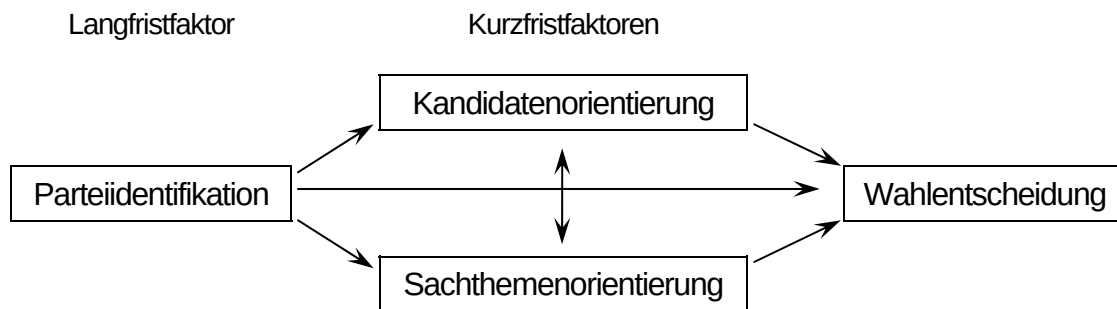
CAMPBELL et al. (1960) kamen in ihrem Hauptwerk „The American Voter“ zu dem Ergebnis, dass die individuelle Wahrnehmung und Einschätzung von Kandidaten- und Sachthemen erheblich zur Wahlentscheidung beitragen. Abgesehen von diesen kurzfristigen situativen Faktoren beeinflusst die affektive Bindung des Individuums an eine politische Partei die Stimmabgabe. Die individuelle Wahlentscheidung ist somit das Ergebnis des Zusammenspiels von zwei Variablentypen: einerseits der Parteiidentifikation als Langfristfaktor, andererseits der Variablen Kandidaten- und Themenorientierung als Kurzfristfaktoren (vgl. Abbildung 1).

Die Parteiidentifikation als einflussreichste Determinante des Wahlverhaltens ist nach CAMPBELL et al. als eine „langfristig, stabile psychische Bindung einer Person an eine Partei“ zu interpretieren, was dem Status einer „psychologischen Parteimitgliedschaft“ entspricht (GABRIEL 1997a:235)¹. Sie formiert sich während des Sozialisationsprozesses, wird durch wiederholte Wahl einer bestimmten Partei stabiler (vgl.

¹ Hauptkritikpunkte am Konstrukt Parteiidentifikation und dessen Übertragbarkeit auf die Bundesrepublik sollen hier nicht diskutiert werden (vgl. FALTER 1977; FALTER/SCHÖN/CABALLERO 2000; GABRIEL 1997b:242ff.; KÜCHLER 1986; KÜCHLER 1990; MÖßNER 2001:19ff.).

CONVERSE 1969; GLUCHOWSKI 1983) und ist relativ unabhängig von sich kurzfristig verändernden situativen Faktoren. Die Autoren unterscheiden zwischen der Richtung bzw. dem Objekt und der Intensität der Parteiidentifikation. Die Parteibindung wird heute als eine der wichtigsten Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens angesehen (vgl. FALTER/SCHUMANN/WINKLER 1990).

Abbildung 1: Vereinfachte Darstellung des Michigan-Modells



Quelle: Eigene Darstellung, nach GABRIEL (1997a:251)

Der Stimmabgabe direkt vorgelagert sind die Kandidaten- und Themenorientierungen. Verstanden wird unter Kandidatenorientierung die Wahrnehmung und Bewertung des personellen Angebots, das von Parteien – in unserem Fall auch von Wählergruppen – bei Wahlen unterbreitet wird. Dabei unterscheidet man zwischen persönlichkeitsbezogenen Eigenschaften, wie Sympathie und Vertrauen, und leistungsbezogenen Eigenschaften, wie Sachkompetenz und Performanz (vgl. VETTER/GABRIEL 2000:75).

Bei der Themen- oder *Issue*-Orientierung wurde ähnlich vorgegangen wie bei der Kandidatenorientierung. Unter Themenorientierung werden im sozialpsychologischen Erklärungsmodell kurzfristig veränderliche Orientierungen auf tagespolitische Streitfragen verstanden. Um das individuelle Wahlverhalten beeinflussen zu können, müssen Sachthemen (*issues*) vier Voraussetzungen erfüllen (vgl. CAMPBELL et al. 1960:169ff.): Erstens muss vom Wähler die Streitfrage wahrgenommen und für sich oder die Gesellschaft als wichtig erachtet werden. Zweitens muss der Wähler eine Meinung zu diesem Thema haben. Drittens muss er in der Lage sein, unterschiedliche Positionen der zur Wahl stehenden Parteien bzw. Kandidaten zu erkennen. Und viertens muss er eine Präferenzordnung erstellen, um durch Vergleich der eigenen Einstellung hinsichtlich eines bestimmten Themas mit den Parteipositionen zu einer Entscheidung zu gelangen. Für die Mehrheit der Wähler wird bezweifelt, dass sie bei

der Wahlentscheidung sämtliche Voraussetzungen erfüllen (vgl. BRETTSCHEIDER 1995:238; GABRIEL 1997a:237f.). Selbst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, heißt das dennoch nicht, dass die Sachthemenorientierung entscheidenden Einfluss für die Erklärung individuellen Wahlverhaltens hat (vgl. NIE/VERBA/PETROCIK 1976:157ff.).

Die Beantwortung der Frage nach dem relativen Gewicht der drei konkreten Einflussfaktoren des Michigan-Modells ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Die drei sozialpsychologischen Determinanten sind nämlich nicht unabhängig voneinander, sondern verschiedenartig miteinander verflochten. Beispielsweise neigen überzeugte Parteianhänger – d.h. Personen, die eine starke Parteiidentifikation aufweisen – dazu, ihre Partei für besonders kompetent zu halten und den Kandidaten ihrer Partei positiver zu bewerten als den Herausforderer. Umgekehrt stabilisieren positive Themen- und Kandidatenorientierungen langfristig die Parteibindungen (vgl. GABRIEL/BRETTSCHEIDER 1998:29; KLINGEMANN 1976:205; ROLLER 1998). Es besteht jedoch „zwischen diesen beiden Orientierungen kein deterministischer Zusammenhang, sondern eine empirisch zu klärende Beziehung“ (GABRIEL 2000:367). Generell wird davon ausgegangen, dass die von den Bürgern wahrgenommene Issuekompetenz der Parteien und die Bewertung von Spitzenkandidaten der Parteien vor allem für Personen bedeutsam ist, die sich nicht langfristig an eine Partei gebunden fühlen. Im Normalfall entscheiden sich die Wähler für diejenige politische Partei, mit deren Parteiidentifikation sie übereinstimmen (vgl. FALTER/RATTINGER 1983). Nach CONVERSE (1966) spricht man in diesem Fall, in dem Parteibindung, Kandidaten- und Issueorientierung deckungsgleich sind, von Normalwahl (*normal vote*). Kurzfristfaktoren können aber dazu führen, dass es zu Wechselwahlverhalten oder Stimmenthaltung kommt. Bleibt festzuhalten, dass es aufgrund der starken Wechselwirkungen zwischen den drei Determinanten des sozialpsychologischen Erklärungsmodells schwierig ist, das Gewicht der einzelnen Einflussgrößen exakt zu bestimmen.

2.4 PAPPIS analytische Unterscheidung von generellen, kontextuellen und kommunalen Einflussfaktoren

Ohne sich konkret auf ein theoretisches Modell des Wahlverhaltens festlegen zu müssen, lassen sich mittels der analytischen Kategorisierung von PAPP (1976) Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Gemeinden sowie zwischen den politi-

schen Systemebenen erklären (vgl. CZARNECKI 1992:23; KEVENHÖRSTER 1983:167). Die von PAPPI vorgeschlagenen Unterscheidungen beziehen sich zwar ursprünglich auf die Umweltfaktoren zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens, jedoch lassen sie sich gleichermaßen für die Wirkung wählerbezogener Faktoren theoretisch formulieren und empirisch prüfen. Folglich spielt es keine Rolle, welcher Erklärungsansatz individuellen Wahlverhaltens zugrundegelegt wird (vgl. EITH 1997:378; LÖFFLER/ROGG 2000:115f.).

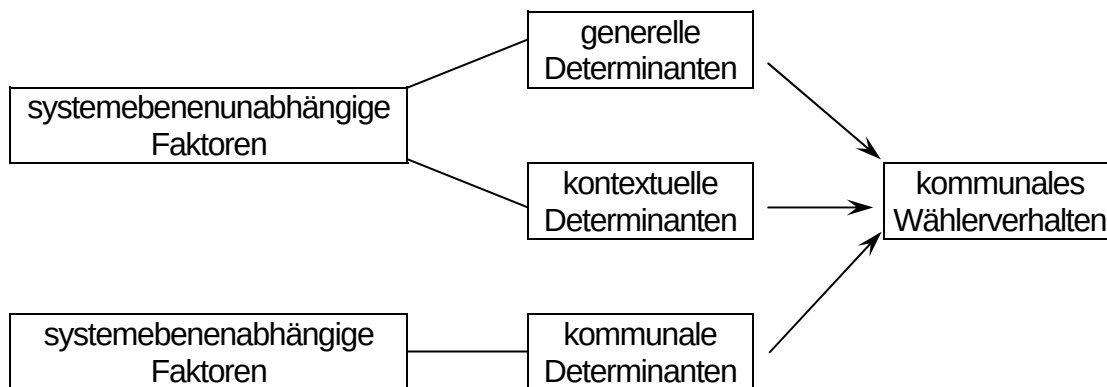
In unserem Fall soll PAPPIS Analysemodell dazu dienen, einen Überblick über die unterschiedlichen Determinanten zu geben, die einen Einfluss auf kommunales Wahlverhalten haben können. Im Vordergrund der vorliegenden Arbeit stehen neben institutionellen Faktoren, zu denen die Ausgestaltung des Wahlrechts und des Parteiensystems zählen, insbesondere die drei Determinanten des Michigan-Modells, die Bundespolitik und die Gemeindegröße. Das Ziel dieser Vorgehensweise ist es, deutlich zu machen, dass sich die auf den ersten Blick konträr erscheinenden Konvergenz- und Differenzthese weniger im Grundsatz und vielmehr im relativen Gewicht der einzelnen Bestimmungsgrößen unterscheiden.

Nach PAPPI wird zwischen zwei ebenenspezifischen Faktorengruppen kommunalen Wahlverhaltens unterschieden: einerseits den systemebenenunabhängigen Faktoren, die Bundes-, Landes- und Kommunalebene gleichermaßen beeinflussen, und andererseits den systemebenenabhängigen Faktoren, die ausschließlich die kommunale Ebene beeinflussen. Zu der ersten Faktorengruppe gehören die generellen und kontextuellen Determinanten, zu der zweiten die kommunalen Determinanten (vgl. Abbildung 2). Der Unterschied zwischen kontextuellen und kommunalen Determinanten liegt darin, dass erstere die Differenzen zwischen Gemeinden und letztere die Differenzen zwischen Systemebenen erklären (vgl. PAPPI 1976:2).

Zu den generellen Größen, die auf das überregionale sowie das regionale Wählerverhalten Einfluss haben, gehören z.B. die Sozial- oder Konfessionsstruktur eines Gebietes sowie die Bundespolitik und die Parteiidentifikation. Zu den kontextuellen Einflussfaktoren, die „individuelles Verhalten nicht nur durch individuelle Merkmale“ erklären, „sondern auch durch Merkmale des Kontextes, dem das Individuum angehört“ (KLINGEMANN 1976:31), zählen lokalspezifische Besonderheiten wie die Gemeindegröße, die lokale Wirtschafts- oder Altersstruktur. Sie beeinflussen die Wahlentscheidung ebenfalls auf Kommunal-, Landes- sowie Bundesebene. Im Gegensatz dazu wirken sich die kommunalen Bestimmungsfaktoren nur auf die unterste

Systemebene aus und scheiden als Ursachen für die Erklärung des Wahlverhaltens in anderen institutionellen Bezügen aus. Hierzu zählen z.B. das nach Bundesland variierende Kommunalwahlrecht, die in einer Gemeinde zur Wahl stehenden Kandidaten oder die politischen Streitfragen vor Ort (vgl. EITH 1997:380; KEVENHÖRSTER 1983:167; LÖFFLER/ROGG 2000:116).

Abbildung 2: Determinanten des kommunalen Wahlverhaltens



Quelle: Eigene Darstellung, nach CZARNECKI (1992:23)

Vertreter der Konvergenzthese legen ihrer Argumentation der Existenz eines gesamtsystemaren Wahlverhaltens vorwiegend generelle Determinanten zugrunde. Demnach wird die kommunale Wählerorientierung in erster Linie von überlokalen Komponenten bestimmt, die aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl aufgrund gemeinsamer Interessen und Wertorientierungen entstehen (vgl. PAPPI 1976:2, 6ff.). Vertreter der Differenzthese dagegen ziehen vor allem kommunale Determinanten heran, um ihren Standpunkt zu belegen. Demzufolge beeinflussen insbesondere lokale Komponenten das kommunale Wählerverhalten, die aus der Orientierung an der unmittelbaren sozialen Umwelt und den Problemen vor Ort resultieren (vgl. PAPPI 1976:2, 31ff.; NABMACHER 1979:66ff.). Beide Thesen schließen potentielle Effekte anderer Determinanten nicht aus. Die Diskussion dreht sich folglich nicht um die Frage, ob die Kommunalwahl eine Parteien- oder eine Persönlichkeitswahl ist, sondern um das Gewicht, das den Determinanten bei der Stimmabgabe auf regionaler Ebene zukommt und in welchem Maße das in einem Bundesland bestehende Kommunalwahlgesetz Auswirkungen auf das kommunale Wahlverhalten hat (vgl. CZARNECKI 1992:25; GABRIEL 1997:151; LÖFFLER/ROGG 2000:115).

Es liegt nahe, die Ursachen für Wahlergebnisse auf regionaler Systemebene, die von Landtags- und Bundestagswahlen abweichen, zunächst in den institutionellen

Rahmenbedingungen und den spezifischen Merkmalen des politischen Systems auf kommunaler Ebene zu vermuten. Wie PAPPIS Analysemodell veranschaulicht, reichen kommunale Determinanten wie das Kommunalwahlrecht und die Struktur des Parteienwettbewerbs sowie die lokalen Kandidaten und Themen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens nicht aus. Darüber hinaus üben auch eine Reihe weiterer Faktoren einen Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung bei Kommunalwahlen aus. Deshalb werden in die Untersuchung zusätzlich die Gemeindegröße als Kontextmerkmal sowie die Parteiidentifikation und die Bundespolitik als generelle Determinanten aufgenommen.

Im Folgenden werden die angesprochenen Einflussgrößen unter Berücksichtigung des Forschungsstands näher erläutert. Dies impliziert, dass auf die Probleme hingewiesen wird, die bei der Übertragung mancher Bestimmungsfaktoren auf die kommunale Ebene bestehen. Da die einzelnen Determinanten des kommunalen Wählerverhaltens in vielfältiger Weise miteinander verflochten sind, ist eine Wiederholung einzelner Aspekte manchmal nicht zu vermeiden.

2.4.1 Institutionelle Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene

2.4.1.1 Die Gemeindeverfassung und das Wahlsystem

Bei einer Analyse von Kommunalwahlen sind vor allem die unterschiedlichen Kommunalwahlgesetze in den einzelnen Bundesländern als institutioneller Faktor zu beachten. Dies ist notwendig, weil der Grad der Orientierung der Wähler an Personen und der Einfluss von politischen Themen oder Parteien auf die kommunale Wahlentscheidung stark von der institutionellen Ausgestaltung des kommunalen Wahlrechts in einem Bundesland abhängt (vgl. LÖFFLER/ROGG 1985:413; MEYER 1982; NOHLEN 1975:11). Insgesamt existierten in der Bundesrepublik bis Mitte der neunziger Jahre vier unterschiedlich normierte innere Verfassungen der Gemeinden, die sich historisch herausgebildet haben. Die Divergenzen zwischen den Verfassungstypen sind dadurch zu erklären, dass die Regelung des Wahlverfahrens, nach dem die Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise gewählt werden, in den Kompetenzbereich des Landesgesetzgebers fällt und vom Bundesgesetzgeber nicht antastbar ist (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:109f.; HOLTMANN 1991:201; KORTE 1999:78; WEHLING

1994a:183). Dabei bestehen jedoch nicht nur Unterschiede, sondern ebenso Gemeinsamkeiten zwischen den kommunalen Wahlgesetzen.

Die zentralen Entscheidungsträger vor Ort sind in den verschiedenen Gemeindeverfassungstypen durchaus ähnlich. Das oberste Organ jeder Gemeinde ist die Gemeindevertretung, die in den meisten Gemeindeverfassungen als „Gemeinderat“ bezeichnet wird. Neben der Gemeindevertretung als parlamentsähnlichem Repräsentationsorgan der Bürger existiert eine Gemeindeverwaltung, die für die Abwicklung der alltäglich anstehenden Aufgaben in der Kommunalverwaltung zuständig ist und eine Art Gemeindeexekutive darstellt (vgl. SCHMIDT-EICHSTAEDT 1989:17f.). Beide Organe zusammen bilden das kommunalpolitische Entscheidungszentrum, deren Handeln stets auf die Gemeindebürgerschaft als dritter Instanz auf dem Gebiet der Kommunalpolitik ausgerichtet ist. Die drei Akteure, Rat, Verwaltung und Bürger, bilden die politische Grundstruktur aller Gemeinden der Bundesrepublik, die sich aber je nach Kommunalverfassungstyp stark voneinander unterscheiden können.

Differenzen zwischen den einzelnen Gemeindeordnungen in der Bundesrepublik bestehen hinsichtlich der Konstruktion der Gemeindespitze und deren Wahl, der Verteilung der Entscheidungskompetenzen zwischen Rat und Verwaltung und den institutionalisierten Beteiligungsrechten der Bürger (vgl. KORTE 1999:78). „Danach lassen sich die Gemeindeverfassungstypen auf einem Kontinuum anordnen, wobei die Norddeutsche Ratsverfassung (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen [...]) das eine Extrem bildet, die Süddeutsche Ratsverfassung (Baden-Württemberg, Bayern [...]) das andere Extrem“ (NAßMACHER 1991:290). Dazwischen angesiedelt sind die Bürgermeister- und (unechte) Magistratsverfassung (für eine Übersicht über die Verfassungstypen vgl. KORTE 1999:79ff.; NAßMACHER/NAßMACHER 1999:270f.; SCHMIDT-EICHSTAEDT 1989:25ff.; WEHLING 1994a:184ff.; WOYKE 1994:182f.).

Je nach Verfassungstyp auf Kommunalebene variiert das Wahlsystem zur Wahl der Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise. Mit Ausnahme ein paar weniger Kleinstgemeinden – in Baden-Württemberg waren es 1999 insgesamt 71 –, in denen das Prinzip der Mehrheitswahl angewandt wird, kommt in allen kommunalen Wahlsystemen der Typ des Verhältniswahlrechts zum Einsatz. Eine Mehrheitswahl findet nur dann statt, wenn in einer Gemeinde nur ein oder kein Wahlvorschlag vorliegt (vgl. KLEIN 1979:101; MANN 1999:175; STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 1999:11).

Die Hauptunterschiede bei der Ausgestaltung des Wahlverfahrens betreffen die Form der Liste und das Stimmgebungsverfahren. In den meisten Bundesländern findet ein der Bundestagswahl nachgebildetes Verfahren Anwendung, das eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl darstellt (vgl. GABRIEL/AHLSTICH/KUNZ 1997:341; NOHLEN 1977). Eine Einflussnahme der Wähler auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Vertretungskörperschaften ist dabei relativ beschränkt und überwiegend den Parteien und Wählergruppen überlassen, weshalb man auch von einer Parteienwahl² spricht.

Im Gegensatz dazu verfügen die Wähler bei Kommunalwahlen nach dem Modell der Süddeutschen Ratsverfassung, wie es beispielsweise in Baden-Württemberg angewandt wird, durch die freie Zusammenstellung von Wahlvorschlägen (panaschieren) und die Anhäufung mehrerer Stimmen auf einen Bewerber (kumulieren) über einen sehr viel größeren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Volksvertretung als bei Bundestags- und Landtagswahlen. Ein solches Wahlsystem, das die Möglichkeit einer Mitbestimmung über die reine Parteiwahl hinaus bietet, begünstigt eine Orientierung an den zur Wahl stehenden Kandidaten, während eine reine Verhältniswahl mit starren Listen eher hemmende Wirkung auf die Kandidatenorientierung hat. Der Wahlvorgang erhält – insbesondere durch die Möglichkeit des Panaschierens – den Charakter einer Personenwahl (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:126; GABRIEL 1989b:130; GABRIEL/AHLSTICH/KUNZ 1997:432; HENKE 1997; HOLTMANN 1991:409; LÖFFLER/ROGG 2000:125ff.; MANN 1999:175; NOHLEN 1977:157ff.).

Allerdings sollten die Rechte des Kumulierens und Panaschierens nicht nur unter dem positiven Blickwinkel erweiterter Partizipationsmöglichkeiten gesehen werden. „Es handelt sich um Verfahren, die den Wahlakt komplizieren und bei bestimmten Gruppen die ohne vorhandene Neigung zu Stimmenthaltung verstärken“ (GABRIEL 1997b:167). Vor allem Angehörige der Arbeiterschicht schätzen die Instrumente des Kumulierens und Panaschierens als schwierig oder nicht bekannt ein. Hinzu kommt, dass die Anforderungen an die Wähler erhöht werden, da sie über genügend Informationen über die kandidierenden Bewerber verfügen müssen, um diese Instrumente überhaupt effektiv nutzen zu können. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der Verzicht auf die Nutzung von zusätzlichen Möglichkeiten der

² Hier gilt es zu beachten, dass dieser Begriff nicht mit dem für die Konvergenzthese, die ebenfalls in der Literatur als These von der Parteienwahl bezeichnet wird, gleichzusetzen ist. Um Verwechslun-

Stimmabgabe häufig mit der Unkenntnis der Kandidaten begründet wird (vgl. HENKE 1997:174ff.).

Die vier Typen von kommunalen Verfassungssystemen, die einen Vergleich der Kommunalwahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern bisher erschwerten, existierten über vierzig Jahre in Westdeutschland. Nachdem sie jedoch weitgehend vereinheitlicht und dem Modell der Süddeutschen Ratsverfassung angepasst wurden, herrscht eine neue Situation vor. Während in Baden-Württemberg und Bayern dieser Verfassungstyp Tradition ist, stellt er für die anderen Bundesländer eine geradezu revolutionäre Neuerung dar (vgl. LÖFFLER/ROGG 2000:114; NABMACHER/NABMACHER 1999:266f.; ROTH 1998:224; WEHLING 1999:1f.). Durch die Angleichung der Wahlsysteme auf lokaler Ebene besteht künftig eine bessere Vergleichbarkeit der Kommunalwahlergebnisse verschiedener Bundesländer.

Nicht zu verwechseln sind die institutionellen Ausgestaltungen in den Stadtstaaten der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Flächenstaaten andererseits. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg haben keine Gemeindeverordnungen, sondern Landesverfassungen mit Elementen einer Gemeindeverfassung. Die Vertretungskörperschaften der drei Bundesländer üben insofern eine Doppelfunktion aus, da sie sowohl Landesparlamente sind, d.h. sie die gleiche Organqualität wie die Landtage der Flächenstaaten besitzen, als auch Kommunalvertretungen aufgrund ihres Städtestatus. Das hat zur Folge, dass in den drei Stadtstaaten Länder- und Gemeindetätigkeit zuweilen nicht eindeutig voneinander getrennt sind (vgl. NOHLEN 1977:149; SCHMIDT-EICHSTAEDT 1989:19; WEHLING 1994a:185; WOYKE 1994:115). Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass die in den Stadtstaaten der Bundesrepublik abgehaltenen Bürgerschaftswahlen nicht dasselbe wie Kommunalwahlen sind, und Forschungsergebnisse über Determinanten der Wahlentscheidung in Stadtstaaten deshalb nicht mit denen auf kommunaler Ebene vergleichbar sind (vgl. GABRIEL 1997b:150).

2.4.1.2 Das Parteiensystem

Neben dem Wahlsystem ist die Struktur des lokalen Parteiensystems als weiterer institutioneller Faktor relevant. Insbesondere Anhänger der Konvergenzthese gestehen dem Parteiensystem eine herausragende Bedeutung zur Erklärung kommunal-

gen zu vermeiden, wird im Folgenden von Parteienwahl nur im Zusammenhang mit dem kommunal-

len Wahlverhaltens zu (vgl. Kapitel 2.1). Dabei bestreiten Vertreter der Differenzhypothese keineswegs einen beschränkten Einfluss des Parteiensystems auf das kommunale Wahlverhalten. Bestätigt fühlen sich Vertreter der Konvergenzthese durch die zunehmende Anpassung der politischen Struktur der Kommunen an die des Gesamtstaates. Die Herausbildung eines fast identischen Parteiensystems in den Gemeinden – auch im Anschluss an die Gemeindereform – ging vor allem zu Lasten der Freien Wählvereinigungen, die mit Sicherheit die auffallendste Differenz zwischen Kommunalwahlen einerseits und Landtags- und Bundestagswahlen andererseits darstellen (vgl. KALTEFLEITER 1975; KEVENHÖRSTER 1976b:249f., 1983:160; LEHMBRUCH 1979:322f.; NOHLEN 1975:11).

Je nach Bundesland bestehen mehr oder weniger starke Abweichungen des lokalen vom nationalen Parteiensystem. Der Grad der Abweichung hängt überwiegend von der jeweiligen Bedeutung der lokalen Wählvereinigungen in einem Bundesland ab, die über das von Bundestags- und Landtagswahlen her bekannte Parteienangebot in den Gemeinden zur Wahl stehen. In den süddeutschen Ländern und Hessen – ausgenommen das Saarland – treten sie relativ stark bei Wahlen in Erscheinung. In Baden-Württemberg und Bayern beispielsweise erreichen sie mit ca. dreißig Prozent ein ähnliches Stimmenpotential wie die CDU bzw. CSU. Im Gegensatz dazu spielen die Freien Wählergruppen in Norddeutschland und Nordrhein-Westfalen nur eine untergeordnete Rolle (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:126; LEHMBRUCH 1979:321; NOHLEN 1977:180f.). Aus verfassungsrechtlicher Perspektive sind unter den Wahlgemeinschaftsbündnissen nach Art. 9 GG „politische Vereinigungen“ zu verstehen, gelegentlich spricht man auch von „Bürgerinitiativen auf Dauer“. Diese Bürgerzusammenschlüsse sind folglich weder nach Art. 21 GG noch laut des Parteiengesetzes als Parteien anzusehen (vgl. KLEIN 1979:95f.; MÖLLER 1994:222; NOHLEN 1977:151), auch wenn sie laut der Gemeindewahlordnung den Parteien weitgehend gleichgestellt sind. Gerade aufgrund ihrer Parteiunabhängigkeit bieten sie jedoch für den parteiungebundenen Bürger bei Kommunalwahlen eine Alternative zu den politischen Parteien, die häufig auf kommunaler Ebene einen Januskopf zeigen (vgl. HOLTMANN 1992:14f.; LEHMBRUCH 1979:329ff.; MÖLLER 1994:222, 225, 234f.; NAßMACHER 2001:4). „Im Blick auf die Lokalpolitik als solche passt sie [die lokale Parteiorganisation] sich gerne den dort vorherrschenden ‚parteilosen‘ Urteils- und Selektionskriterien an und neigt dazu, ihre eigene Parteilichkeit zu verleugnen. Im Blick auf

die ‚große Politik‘ hingegen muss sie bemüht sein, den Bürgern spezifisch parteipolitische Kriterien für ihre Wahlentscheidung zu vermitteln“ (LEHMBRUCH 1979:230).

Die Freien Wählervereinigungen unterscheiden sich vor allem in zwei Merkmalen von politischen Parteien: zum einen durch ihre begrenzte räumliche Tätigkeit, zum anderen durch ihre politisch beschränkte Zielsetzung. Im Gegensatz zu Parteien engagieren sich die Freien Wählervereinigungen allein auf Kommunalebene und streben keine Einflussnahme auf die Landes- oder Bundespolitik an (vgl. MÖLLER 1981:4ff.). Hinzu kommt, dass unter Rathausparteien – wie die Wählergemeinschaften auch genannt werden – nicht wie im Fall einer Partei ein singulärer Zusammenschluss zu verstehen ist, sondern ein breites Spektrum unterschiedlichster kommunalpolitischer Richtungen unter diesem Begriff summiert wird, wie z.B. Bürgerinteressengemeinschaften, die Junge Union, Grüne Listen oder auch Einzelbewerber (vgl. KEVENHÖRSTER 1976b:251; STATISTIK VON BADEN-WÜRTTEMBERG 1999:14).

Die Konsequenz aus der Tatsache, dass Freie Wählervereinigungen nicht den Status einer Partei einnehmen, ist, dass sie auch in der Definition von Parteiidentifikation nach CAMPBELL et al., die sich ausdrücklich auf Parteien beziehen, nicht berücksichtigt sind. Folglich stellt sich die Frage, wie mit dem Bestimmungsfaktor Parteiidentifikation in Zusammenhang mit den Parteifreien umgegangen werden soll. Inwiefern die Verwendung des Faktors der Parteiidentifikation zur Erklärung des Votums für die Wählervereinigungen überhaupt sinnvoll ist, ist jedenfalls höchst fraglich. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Frage nach der Relevanz verschiedener Aspekte für die Wahlentscheidung („Meine langfristige Bindung an die Partei/Liste“), die den Probanden im Rahmen der Telefonbefragung zur Kommunalwahl 1999 gestellt wurde, eine affektive Bindung an eine Wählervereinigung einbezieht. Aber selbst wenn sich die Determinante der Parteiidentifikation als unbrauchbar für die Freien Wähler erweisen sollte, hieße dies noch nicht, dass damit das gesamte Michigan-Modell und seine Anwendung auf Kommunalwahlen in Frage gestellt werden muss. Schließlich wurde auch die Anwendbarkeit des Bestimmungsfaktors Parteiidentifikation auf die neuen Bundesländer kritisiert, ohne deswegen gleich das sozialpsychologische Erklärungsmodell insgesamt anzuzweifeln und auf eine Analyse des Wählerverhaltens mittels der sozialpsychologischen Determinanten zu verzichten (vgl. GABRIEL 1997a:248; MÖßNER 2001:25ff.).

Abgesehen von den Freien Wählervereinigungen muss bei Kommunalwahlen außerdem berücksichtigt werden, dass nicht jede Partei oder Liste in jeder Gemein-

de mit einer eigenen Liste antritt, was vor allem für kleinere und extreme Parteien gilt. Aber auch die großen Volksparteien stellen nicht in jeder Gemeinde eine eigene Liste auf, sondern treten unter dem Deckmantel der Gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen an, da sie sich auf diese Weise vor dem Hintergrund der These der Kommunalpolitik als parteineutraler Zone bessere Chancen ausrechnen (vgl. NARMACHER 2001:7). So traten in 209 der 1.110 baden-württembergischen Gemeinden bei den Kommunalwahlen 1999 ausschließlich Wählervereinigungen und keine Parteien an (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 1999:14). Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Parteien direkt Kandidaten aufstellen, die keine Parteimitglieder sind, wodurch eine genaue Trennung für den Wähler unmöglich wird (vgl. LEHMBRUCH 1979:321). Insgesamt bestehen bei Kommunalwahlen völlig andere Voraussetzungen für die Bürger wie bei Bundestags- und Landtagswahlen, bei denen alle Stimmberechtigten aus demselben Parteiangebot wählen können. Daher ist es eine interessante Frage, welche Rolle die Parteiidentifikation als stabilisierende Grundkomponente des Wahlverhaltens auf kommunaler Ebene spielt – wenn sie denn überhaupt eine spielt.

2.4.2 Die Determinanten des Michigan-Modells und die Übertragungsprobleme auf kommunales Wahlverhalten

Im Folgenden werden Argumente vorgestellt, die für bzw. gegen einen Einfluss der Determinanten des Michigan-Modells auf kommunales Wahlverhalten sprechen. In der Diskussion zwischen Vertretern der Konvergenz- und Differenzthese geht es insbesondere um die Rolle der Parteiidentifikation und der Kandidatenorientierung für die kommunale Wahlentscheidung. Welche Bedeutung der Orientierung an politischen Sachfragen zufällt, wird in der Literatur kaum thematisiert.

2.4.2.1 Die Parteiorientierung

Die Annahme der Konvergenzthese einer „tendenziellen Gleichförmigkeit“ von kommunalem und nationalem Wahlverhalten bezieht sich vor allem auf den Einfluss der Parteiidentifikation. Demnach gelten Kommunalwahlen ebenso wie Bundestagswahlen als Parteiwahlen. Das bedeutet, dass der affektiven Parteibindung in beiden Fällen eine ungefähr gleich relevante Rolle für die Stimmabgabe zukommt. Im Gegen-

satz dazu nehmen Vertreter der Differenzthese, die von einer Eigengesetzlichkeit kommunalen Wahlverhaltens ausgehen, an, dass die Parteibindung bei Kommunalwahlen nur eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung spielt.

Gegen einen Einfluss der langfristigen Parteibindung auf das Kommunalwahlverhalten sprechen in erster Linie zwei Argumente: zum einen die Entpolitisierung der Gemeindepolitik und zum anderen die parteipolitisch relativ neutralen Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene anzutreffen sind. Es ist davon auszugehen, dass eine Parteipräferenz bei Kommunalwahlen lediglich in ihrer Grundtendenz zum Ausdruck kommt und der Wähleranteil, der sich auf Gemeindeebene einer Partei verbunden fühlt, mit sinkendem Urbanisierungsgrad abnimmt (vgl. BIEGE 1975:19; BIEGE u.a. 1978:174, 197; CZARNECKI 1992:22). Zudem ist für die lokale Ebene charakteristisch, dass der Anteil der Nicht-Parteidentifizierer höher liegt als auf Bundesebene. Das heißt, zu den ohnehin schon parteipolitisch Ungebundenen kommt auf lokaler Ebene ein nicht unerheblicher Anteil hinzu, für den die auf Bundesebene geltende Parteibindung auf Kommunalebene nicht zutrifft (vgl. BIEGE u.a. 1978:145; LÖFFLER/ROGG 1985:318; WEHLING 1981:225). Dahinter steht, dass sich mit Beginn der Auflösung der traditionellen politisch-sozialen Milieus Ende der sechziger Jahre die Parteibindungen auf lokaler Ebene weiter gelockert haben (vgl. BUCHHAAS/KÜHR 1979:135ff.; CRYNS/HEMBACH 1987:130; NARMACHER 1979:29ff.). Hinzu kommt, dass die lokalen Parteien von den Wählern viel weniger polarisierend wahrgenommen werden als auf Landes- und Bundesebene und dadurch auch andere Parteien als die, der man sich über Jahre hinweg persönlich verbunden fühlt, wählbar erscheinen (vgl. BICK 1985:5; LÖFFLER/ROGG 2000:119).

Ein Einfluss der Parteiorientierung auf die Persönlichkeitsfaktoren der Kandidaten wird durchaus für möglich gehalten. Wie stark die Orientierung der Wähler an Kandidateneigenschaften auf die Stimmabgabe Einfluss nimmt, hängt von der Richtung und der Intensität der individuellen Parteiidentifikation ab (vgl. LÖFFLER/ROGG 1985:413). Ein Kandidat, der Mitglied bei einer der großen Volksparteien oder bei einer momentan populären Partei ist, kann davon ausgehen, dass er aufgrund seiner Parteimitgliedschaft einen Bonus vom Wähler bei den Persönlichkeitsmerkmalen erhält (vgl. CZARNECKI 1992:21). In gewissem Widerspruch dazu steht allerdings die Annahme, dass von der Personalisierungskomponente des Wahlverfahrens in erster Linie die Freien Wählergemeinschaften profitieren, während die großen Volksparteien eher Nachteile davon tragen (vgl. KLEIN 1979:101ff.; WEHLING 1994a:188).

Ebenso wie eine Wechselwirkung zwischen Parteibindung und Kandidatenorientierung besteht, kann auch die Themenorientierung Auswirkungen auf die Relevanz der Parteiidentifikation für die Wahlentscheidung haben. Die Kommunalpolitik gilt ihrem Wesen nach als sachbezogen und einzelfallorientiert. In diesem Sinn wird Politik weitgehend auf die verwaltungstechnische Abwicklung reduziert und kommunalpolitische Entscheidungen überwiegend an den Kriterien der sachlichen Angemessenheit und des Allgemeinwohls gemessen (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:127; KEVENHÖRSTER 1976b:250; KORTE 1999:79f.). Bei Entscheidungen auf lokaler Ebene wird traditionell versucht, Konflikte zu vermeiden und größtmöglichen Konsens herzustellen. Die Regelung von Sachthemen erfolgt dabei ideologisch und parteipolitisch weitgehend neutral. Dieser Umstand erschwert es dem Wähler, die einzelnen lokalen Parteien voneinander abzugrenzen.

Insgesamt stützen die deutliche Ausrichtung der Kommunalpolitik nach Sachthemen, die antiparteiliche Tradition im Selbstverwaltungsdenken und die Tendenz zur Konsensorientierung die These, dass die Determinante der Parteiidentifikation im Vergleich zu den zwei Kurzfristfaktoren des Michigan-Modells einen geringeren Einfluss auf das kommunale Wahlverhalten hat. Da der Parteiidentifikation ein stabilisierender Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben wird (vgl. CAMPBELL/GURIN/MILLER 1954; CAMPBELL et al. 1960), wird aus der offensichtlich weniger relevanten Rolle dieses Faktors für die kommunale Wahlentscheidung gefolgert, dass die Neigung zur Wechselwahl bei den Bürgern dadurch erhöht wird (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:123ff.; LEHMBRUCH 1979:320ff.; LÖFFLER/ROGG 2000:121f.).

Für einen Einfluss der Parteibindung auf das kommunale Wahlverhalten spricht, dass einerseits ein Großteil der Wähler nicht in der Lage ist, zwischen einer bestimmten Partei auf lokaler und nationaler Ebene zu unterscheiden (vgl. KEVENHÖRSTER 1976b:249ff., 1983:160ff.; vgl. empirische Befunde bei BIEGE u.a. 1978:145ff.), und sich andererseits die Struktur des kommunalen an die des nationalen Parteiensystems angleicht, was aber je nach Bundesland variiert (vgl. Kapitel 2.4.1.2). Seit der Gründung der Bundesrepublik setzte sich die bereits in der Weimarer Republik beginnende Veränderung von einer Honoratioren- zu einer Parteienherrschaft in den Städten fort. Nachdem sich auch die lokalen Parteien seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend von traditionellen Milieu- zu modernen Volksparteien gewandelt haben und die Freien Wählervereinigungen mit der Zeit in den meisten Bundesländern weitgehend verschwanden, nahmen parteipolitisch motivierten Konflikte auf kommu-

naler Ebene zu. Diese Veränderung ging von den Großstädten aus, wurde von der Programmdebatte Anfang der 70er Jahre gestützt und gilt im Selbstverständnis der Kommunalpolitik als weitgehend abgeschlossen (vgl. LEHMBRUCH 1979:323; SCHÄFER/STRICKER 1989:48). Mittlerweile nehmen die Parteien in den meisten Gemeinden eine gleichbedeutende Stellung bei der Personalrekrutierung ein wie die Parteien auf Bundes- oder Landesebene. „Insbesondere in den größeren Städten besetzen sie nahezu sämtliche Mandate in den kommunalen Vertretungskörperschaften und die Schlüsselpositionen in der Verwaltungsführung“ (GABRIEL/AHLSTICH/KUNZ 1997:342). Aufgrund der Kontrolle über die personalpolitische Machtverteilung auf lokaler Ebene haben die Parteien außerdem maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung über die Inhalte kommunaler Politik. Die Entwicklung eines lokalen Parteienwettbewerbs setzte zwar im Vergleich zum Bund und zu den Ländern relativ spät ein, aber seit ungefähr 30 Jahren besteht auch in der Kommunalpolitik eine zunehmende Konkurrenzsituation unter den Parteien um die Kontrolle der wichtigsten Personal- und Sachentscheidungen. Und spätestens seitdem die Partei der Grünen in vielen Gemeinderäten vertreten ist, hat eine politische Auseinandersetzung um strukturelle Alternativen in der Gemeindeentwicklung begonnen (vgl. EICHERT 1994:569ff.; GABRIEL 1989a; GABRIEL 1991:372, 396; GAU 1983; HOLTMANN 1992:13ff.; NABMACHER 2001:6; SIMON 1987:243). Eine Orientierung der Wähler an Parteien bei Kommunalwahlen ist aufgrund ihrer nicht zu unterschätzenden Stellung in den Gemeinden also durchaus vorstellbar.

Bleibt festzuhalten, dass sowohl plausible Gründe bestehen, die für den Einfluss der Parteibindung auf das kommunale Wahlverhalten sprechen, und ebenso plausible Gründe, die deren Bedeutung relativieren.

2.4.2.2 Die Kandidatenorientierung

Autoren, die eine Eigengesetzlichkeit kommunalen Wahlverhaltens annehmen, stützen sich insbesondere auf den Faktor der Kandidatenorientierung des Michigan-Modells, dem sie den größten Einfluss innerhalb der Determinanten-Trias zugestehen (vgl. LÖFFLER/ROGG 2000:124ff.). Demnach orientiert sich der Wähler bei Kommunalwahlen wesentlich stärker an den zur Wahl stehenden Kandidaten als bei nationalen Wahlen. Vertreter der Konvergenzthese messen dem Kandidatenfaktor dagegen nur eine geringe Bedeutung für das kommunale Wahlverhalten bei. Die fol-

genden Ausführungen beschreiben, was unter der Einflussgröße auf kommunaler Ebene zu verstehen ist, und stellen die wichtigsten pro- und contra-Argumente vor. Abschließend wird auf die methodischen Probleme hingewiesen, die bei der Übertragung dieses Kurzfristfaktors auf Kommunalwahlen zu beachten sind.

Unter dem Begriff Kandidatenorientierung werden nach LÖFFLER/ROGG (vgl. 1985:306) verschiedene ‚persönliche‘ Kandidateneigenschaften zusammengefasst wie Bekanntheit und Ansehen des Bewerbers, öffentliche Stellung, Ansehen der Familie etc. Insgesamt kommen LÖFFLER und ROGG in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass der persönliche Bekanntheitsgrad bzw. die Popularität eines Kandidaten die wesentliche Determinante zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens darstellt (vgl. 1985:109; WEHLING 1994b:568). Das Gemeinderatsmandat wird damit zu einer Art „kommunaler Verdienstmedaille“, die die Bürger verleihen.

GUHRE (1981) dagegen vertritt die Ansicht, dass ‚politische‘ Kandidateneigenschaften wie Mandatsträger, Kandidatur bei großer Partei, selbständiger Beruf oder günstiger Listenplatz die größte Erklärungskraft besitzen (vgl. CZARNECKI 1992:21). HENKE (vgl. 1997) verweist in seiner Untersuchung allerdings darauf, dass es sichere Listenplätze eigentlich nicht gibt, da der Popularitätsfaktor eines Kandidaten im Normalfall wichtiger als die Sachkompetenz ist. Auch BIEGE (vgl. 1975:19) gelangt zu dem Schluss, dass den Gemeinderatskandidaten selten bestimmte politische Leistungen zugeschrieben werden und meist nur der Bekanntheitsgrad eines Bewerbers zählt, was vor allem auf größere Gemeinden zutrifft. Trotzdem erhalten fast immer die Bewerber einen Sitz im Gemeinderat, die einen günstigen Listenplatz hatten. Eine Erklärung hierfür ist, dass persönlichkeitsstarke und bekannte Kandidaten in der Regel auf die besten Listenplätze nominiert werden (vgl. HENKE 1997). Dadurch soll beim Wähler ein Kontinuitätsgefühl bezüglich der Kandidatenlisten erzeugt und der populäre Kandidat sozusagen als Zugpferd für Stimmen eingesetzt werden (vgl. BIEGE 1975:20f.).

Autoren, die Kommunalwahlen eine stärkere Kandidatenorientierung attestieren als Bundestags- oder Landtagswahlen, verweisen auf die für personalisiertes Wahlverhalten positivere Ausgangslage auf regionaler Ebene. Den Vorrang des Kandidatenfaktors begründen Vertreter der These der Persönlichkeitswahl vor allem mit zwei Argumenten: Erstens seien die Verhältnisse auf regionaler Ebene überschaubarer als auf überregionaler Ebene, wodurch bessere Möglichkeiten bestünden, einen direkten und vertrauten Bezug zu einem der Bewerber um einen Sitz im Gemeinderat

aufbauen zu können. Zweitens ermöglichen die kommunalen Wahlverfahrensregelungen eine verstärkte Tendenz zur Personalisierung der Wahlentscheidung (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:126; CZARNECKI 1992:21ff.; LÖFFLER/ROGG 2000:125ff.; GABRIEL 1997b:152; HERMANN/WERLE 1983:393ff.).

Werfen wir einen genaueren Blick auf die erst genannte Begründung, wonach der relativ große Einfluss der Kandidatenorientierung auf die kommunale Wahlentscheidung darauf zurückzuführen ist, dass die für die kommunale Ebene charakteristische Qualität der Interessenkonstellation wesentlich personalisierter als auf Bundesebene ist (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:127). Personalisierung heißt im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik, dass nicht nur der zur Wahl stehende Kandidat sondern gleichzeitig auch der persönliche Kontakt zu dem Bewerber für den Bürger relevant ist. Ein anderes Bild ergibt sich im politischen Gesamtbereich. Zwar besteht auch hier das Phänomen der Personalisierung, das durch die Massenmedien noch gefördert wird, jedoch bei gleichzeitiger persönlicher Distanz der Bürger zu der politischen Führung. Das bringt für den Kandidaten auf Bundesebene den Vorteil mit, dass es ihm wesentlich leichter fällt, sich dem Bürger als politische Führungspersonlichkeit zu präsentieren als dem Bewerber auf Kommunalebene. Die daraus abzuleitende Konsequenz ist, dass die Bürger auf regionaler Ebene aufgrund der größeren Nähe zu den Kandidaten und der unmittelbaren Betroffenheit von deren politischen Entscheidungen den Gemeindevertretern insgesamt kritischer gegenüberstehen als den Bundespolitikern. Ebenso werden Versäumnisse von Lokalpolitikern weniger nachsichtig beurteilt wie die von Bundespolitikern (vgl. HÄTTICH 1977:343f.). Hat sich der Kommunalpolitiker aus Perspektive der Wähler durch eine gute Gemeindepolitik in der letzten Legislaturperiode bewährt, wird er bei der nächsten Kommunalwahl mit Stimmenzuwächsen belohnt, umgekehrt wird er bei einer schlechten Gemeindepolitik mit Stimmenentzug bestraft. Für BIEGE (vgl. 1975:21) ist die Möglichkeit der Nichtwiederwahl eines Kandidaten jedoch mehr Theorie als Praxis, da sich im Rahmen einer entpolitisierten Gemeindepolitik nur schwer Gründe finden, jemandem die Wiederwahl zu verweigern. Allerdings ist die Annahme einer entpolitisierten Gemeindepolitik heute nicht mehr aktuell, da zunehmend Wettbewerbssituationen zwischen den politischen Parteien auftreten (vgl. Kapitel 2.4.2.1).

Abgesehen von der besseren Kenntnis, über die die Wähler von den Bewerbern auf regionaler Ebene angeblich verfügen, stützt das kommunale Wahlrecht die These der Persönlichkeitwahl (vgl. Kapitel 2.4.1.1). Vor allem der in Baden-

Württemberg bestehende Wahlrechtstyp der Süddeutschen Ratsverfassung bietet dem Wähler durch die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens die Gelegenheit, ihre Stimmentscheidung verstärkt nach Kandidaten auszurichten und dadurch in begrenztem Umfang Einfluss auf die Kandidatenauswahl der Parteien und Wählergruppen zu nehmen, da die Reihenfolge der Listenkandidaten verändert werden kann (vgl. GABRIEL/AHLSTICH/KUNZ 1997:342; HOLTMANN 1991:409). Die verstärkte Kandidatenorientierung von Personen, die kumulieren und/oder panaschieren werden durch die Untersuchung HENKES bestätigt (vgl. 1997:177). Dabei ermöglicht das Kumulieren die Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung des Gemeinderats und das Panaschieren bietet die Möglichkeit der internen Wechselwahl (vgl. Henke 1997:169; LÖFFLER/ROGG 2000:118f.). Folglich beeinflusst die langfristig wirksame Parteizugehörigkeit der Kandidaten stärker das Kumulieren, die kurzfristig wirksamen Persönlichkeitsmerkmale der Kandidaten stärker das Panaschieren (vgl. CZARNECKI 1992:22). Außerdem werden durch das Anhäufen von bis zu drei Stimmen auf einen Gemeinderatsbewerber vor allem „Honoratioren“, d.h. durch ihre Gemeinderatstätigkeit bereits bekannte Kandidaten, bevorzugt (vgl. BIEGE 1975:20; WEHLING 1992:141). Zudem profitieren von der Personalisierungskomponente des Wahlverfahrens angeblich in erster Linie die Freien Wählergemeinschaften, während die großen Volksparteien eher Nachteile davon tragen (vgl. KLEIN 1979:102f.; WEHLING 1994a:188).

Ein wesentlicher Punkt, der gegen die Wirksamkeit von Kandidateneffekten bei Kommunalwahlen spricht, sind die fehlenden Personalkenntnis bei einem Großteil der Wähler. Die Nutzung des spezifischen kommunalen Wahlrechtsmodus setzt jedoch voraus, dass die Wähler die zur Wahl stehenden Bewerber kennen. Zu den bekanntesten Kandidaten zählen einige Spitzenpolitiker auf Bundes- und Landesebene – an vorderster Stelle die Kanzlerkandidaten (vgl. INFRATEST DIMAP 2001:14). Wenige Wähler kennen überhaupt einen Kommunalpolitiker. So war lediglich ein Viertel der Stuttgarter Bürger in der Lage zwei oder mehr Lokalpolitiker zu nennen (vgl. VETTER 1997:25ff.). Nur eine Minderheit der Bürger verbindet mit den Listenkandidaten auf ihrem Stimmzettel zur Kommunalwahl konkrete Vorstellungen und kann sie den jeweiligen Parteien richtig zuordnen. Eine Ausnahme bilden diejenigen lokalen Politiker, die durch eine landes- oder bundespolitische Funktion über den kommunalpolitischen Rahmen hinaus in Erscheinung treten. Der Oberbürgermeister kann als einziger in Kommunen auf seine Bekanntheit bauen (vgl. GABRIEL

1997b:152f.; HILL 1987:76ff.; RADTKE 1979:26; VEIDERS 1978:252ff.). Diese relativ ernüchternden Ergebnisse finden sich bereits in Untersuchungen über das Wissen der Bürger über lokale Angelegenheiten Ende der sechziger Jahre. Heute wie damals weiß nur ein geringer Teil der Befragten über das politische Personal auf kommunaler Ebene Bescheid (vgl. GABRIEL 1979:112ff.). Bei einem so geringen Bekanntheitsgrad von Kandidaten auf regionaler Ebene stellt sich die Frage, wie unter solchen Bedingungen bei Kommunalwahlen von Persönlichkeitswahlen die Rede sein kann.

Hinzu kommt, dass „die These von der Vertrautheit der Wähler mit den örtlichen Verhältnissen“ (GABRIEL 1997b:152) in modernen Gesellschaften mit zunehmender Verstädterungstendenz und wachsender Mobilität jeglicher realen Basis entbehrt. Für immer mehr Menschen finden Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten oder Freizeit in unterschiedlichen Regionen statt. Und je stärker die Gesellschaft einer Gemeinde durch den sozialen Wandel gekennzeichnet ist, desto geringer ist die Verbundenheit zu einer Region und die Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen (vgl. CZARNECKI 1992:25; KEVENHÖRSTER 1976b, 1983:157; SIMON 1987:235ff.; WEHLING 1994b:565).

Ferner ist anzuzweifeln, dass Kandidateneffekte bei weniger personalisiertem Wahlrecht wie dem in Baden-Württemberg geltenden anfallen. Zumindest wurden wahlwirksame Kandidateneffekte bisher ausschließlich in Kommunalwahlsystemen mit offener (ungebundener) Liste und der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens nachgewiesen. Es ist also durchaus berechtigt, zu hinterfragen, inwiefern „es sich bei den oben genannten Befunden um ‚echte‘ Kandidateneffekte im Sinne des Michigan-Modells handelt, oder nicht vielmehr um abgeleitete Effekte der Kontextfaktoren Ortsgröße und Wahlrecht“ (MARCINKOWSKI 2001:20).

Unabhängig von dem relativen Gewicht des Faktors, müssen bei der Anwendung des Konzepts der Kandidatenorientierung auf Kommunalwahlen einige methodische Besonderheiten berücksichtigt werden, da sich in der kommunalen Wahlforschung bisher kein Standardverfahren zur Messung von personellen Einflüssen etablieren konnte (vgl. MARCINKOWSKI 2001:20). Die nach CAMPBELL et al. (1960) zu unterscheidenden zwei Arten von Kandidatenattributen, die persönlichkeits- und leistungsbezogenen Eigenschaften, beziehen sich bei Bundestagswahlen auf die Kanzlerkandidaten und bei Landtagswahlen auf die jeweiligen Spitzenkandidaten der großen Parteien für das Amt des Ministerpräsidenten. In Umfragen werden die Proban-

den in der Regel gebeten, für zwei namentlich genannte Bewerber verschiedene Eigenschaften wie Sympathie, Glaubwürdigkeit oder Wirtschaftskompetenz einzustufen. Geht die Anzahl der zu beurteilenden Kandidaten über zwei hinaus, beschränkt man sich im Normalfall auf die Abfrage der Bekanntheit und die Benotung der einzelnen Politiker durch die Befragten (vgl. GABRIEL 1997:243; INFRATEST DIMAP 2001:14).

Anders verhält es sich jedoch bei Kommunalwahlen, wo es aufgrund der Ausgestaltung der kommunalen Wahlgesetze unmöglich ist, die spezifischen Eigenschaften von verschiedenen Bewerbern in den unterschiedlichen Gemeinden zu erfragen. Allenfalls im Rahmen einer Einzelfallstudie in einer Gemeinde wäre eine Frage nach der Bekanntheit und der Bewertung einiger namentlich genannter Kommunalpolitiker zu realisieren. Jedoch ist selbst hier anzuzweifeln, dass ein einzelner Kandidat über einen hinreichend hohen Grad persönlicher Bekanntheit verfügt. In einer repräsentativen Gemeindeumfrage ist dies völlig unmöglich. Als Alternative würde sich anbieten, Kandidateneigenschaften in verallgemeinerter Form abzufragen, d.h. diejenigen Probanden, die bei der Gemeinderatswahl von der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens Gebrauch machen, zu fragen, ob dafür verschiedene Attribute der Bewerber verantwortlich sind (vgl. GABRIEL/BRETTSCHEIDER/VETTER 1997:304f.). Leider stehen die für eine eingehendere Untersuchung der Kandidatenorientierung bei den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999 erforderlichen Daten nicht zur Verfügung.

2.4.2.3 Die Themenorientierung

Welche Auswirkungen die Determinante *Issues* auf das kommunale Wahlverhalten hat, ist umstritten. In der Literatur finden sich nur wenige, zumal unpräzise und widersprüchliche Aussagen hierzu. Wie bereits bei den zwei anderen Komponenten des Michigan-Modells werden im Folgenden wieder Argumente vorgestellt, die für bzw. gegen ein themenorientiertes Wählen auf kommunaler Ebene sprechen. Die Anwendung der Sachfragenorientierung auf das Kommunalwahlverhalten dürfte im Vergleich mit den zwei anderen Determinanten des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes mit den geringsten Transferproblemen verbunden sein, da sie selbst bei unterschiedlichen institutionellen Bedingungen eine ungefähr vergleichbare Rolle spielt.

Für einen Einfluss der Themenorientierung auf das kommunale Wahlverhalten „spricht die Verteilung der öffentlichen Aufgaben im politischen System der Bundesrepublik“ (GABRIEL 1997b:153). Im Grundgesetz und in den Länderverfassungen wird ausdrücklich auf das Recht der Gemeinden verwiesen, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (Art. 28 II GG). Dabei stellt die Zuständigkeit für die Erfüllung lokaler Aufgaben die materielle Seite und die Erledigung in Eigenverantwortung die formelle Seite des Selbstverwaltungsrechts dar (vgl. GABRIEL 1989a:9). Eine wesentliche materielle Aufgabe, die den Kommunen zufällt, ist – neben der Zuständigkeit für die Stadtentwicklung – die Versorgung der Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich (vgl. NABMACHER 1991:290; NABMACHER/NABMACHER 1999; SCHÄFER/STRICKER 1989). Da die Kommunalpolitik und die in ihrem Rahmen zu leistenden Selbstverwaltungsangelegenheiten zu jenem Politikbereich zählen, von dessen Auswirkungen die Bürger direkt betroffen sind, wäre ein themenorientiertes Wahlverhalten durchaus denkbar (vgl. GRÜNDLER/LÜCKEMEIER 1999:8; HOLTMANN 1992:19; SCHACHT 1986). Gerade aufgrund der Tatsache, dass öffentliche Dienstleistungen unmittelbaren Einfluss auf die individuelle Lebensqualität nehmen können, wäre ein besonderes Interesse der Bürger an einer schnellen Problemlösung sowie ein persönlicheres Verhältnis zwischen Bürger und Kommunalpolitiker als in der Makropolitik zu erwarten (vgl. HÄTTICH 1977:343). GÜLLNER kommt in einer Untersuchung auch zu dem Ergebnis, dass die Wahlentscheidung der Bürger auf kommunaler Ebene „im Vergleich zur Bundesebene sehr stark durch die konkreten Verhältnisse vor Ort (tatsächliche Versorgung, Leistungsfähigkeit der Verwaltung, eigene Bedürfnisse) bestimmt wird“ (1986:30) und kaum durch das subjektive parteipolitische Zugehörigkeitsgefühl. Die Problemlösungskompetenz hinsichtlich der Erfüllung von sachlich-konkreten Leistungen wird aber weniger auf Parteien und mehr auf Personen bezogen (vgl. BIEGE 1975:19; CRYNS/HEMBACH 1987:129).

Im Widerspruch zu der Annahme eines Einflusses von Themen auf kommunales Wahlverhalten steht das generelle Verständnis der Kommunalpolitik als ideologiefreie und parteipolitisch neutrale Zone. Im Unterschied zur gesamtstaatlichen Ebene, wo zentrale und stärker kategorial ausgerichtete Themen und Probleme wie Arbeitslosigkeit im Vordergrund stehen, dominieren auf kommunaler Ebene projektgebundene und sehr viel engere Themen wie die Einrichtung von ganztägigen Betreuungsstätten für Kinder vor Ort. Normalerweise haben diese lokalen Sachthemen den Sta-

tus von Valenzissues, deren Ziel nicht umstritten ist, und die von den Parteien als allgemein wünschenswert angesehen werden. Von den Parteien umstrittene Positionsissues, denen der größere Einfluss auf die Wahlentscheidung zugestanden wird, da sie die Wähler in befürwortende und ablehnende Gruppen spalten, finden sich vorwiegend auf Bundes- und äußerst selten auf Kommunalebene (vgl. BÜRKLIN 1988:60; GABRIEL 1997a:237; KEVENHÖRSTER 1976b:268; KLINGEMANN 1973:230; ROLLER 1998:177; STOKES 1966:21). Folglich werden die meisten Entscheidungen im Gemeinderat nicht durch klare Mehrheitsverhältnisse herbeigeführt, sondern einvernehmlich getroffen. Dies hat der Kommunalpolitik den Ruf eingebracht, sich durch scheinbare Konfliktlosigkeit und ein starkes Harmoniebedürfnis auszuzeichnen (vgl. BIEGE 1975:19; BUSCH 1997:186; GABRIEL 1997b:151; GABRIEL/AHLSTICH/KUNZ 1997:342; HOLTMANN 1992:16; KEVENHÖRSTER 1976b:280, 1983:169; LÖFFLER/ROGG 2000:117f.; SIMON 1987:242; WEHLING 1981:225). Dabei spielen vor allem die Freien Wählergemeinschaften eine wichtige Rolle, die als Vertreter einer harmoniebetonten Sachpolitik gelten (vgl. HOLTMANN 1994:264). Für die Bürger wird aufgrund dieser ideologiefreien Regelung von Sachfragen – oder anders ausgedrückt: dem Mangel an kommunalpolitischen Positionsissues – eine klare Zuordnung von Themen zu lokalen Parteien erheblich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:126f.; KEVENHÖRSTER 1976b:263ff.; LEHMBRUCH 1979:326f.). Voraussetzung für ein themenorientiertes Wählen ist jedoch, dass die Wähler unterschiedliche Positionen der zur Wahl stehenden Parteien bzw. Kandidaten bezüglich eines bestimmten Sachthemas erkennen und infolgedessen eine klare Präferenzordnung erstellen können.

Hinter der Annahme, dass sich lokale Parteien in ihrer Programmatik kaum unterscheiden, steht eine Vorstellung von Kommunalpolitik, die nicht mehr der Realität entspricht (vgl. Kapitel 2.4.2.1). Aus Sicht der lokalen Parteien und Gemeindevertreter sowie der Forschung gilt, dass in der Kommunalpolitik ein „Übergang von einer konsens- zu einer konfliktorientierten Ratsarbeit“ (GABRIEL 1989a:12; vgl. auch KÖSER 1991:152) stattgefunden hat, weshalb man auch von einer Parlamentarisierung oder Politisierung der Kommunalpolitik spricht. Zwar ist die ursprünglich harmonische und sachbezogene Kooperation noch immer vorhanden, aber es treten vermehrt Wettbewerbssituationen zwischen den politischen Parteien auf. Höchst fraglich ist allerdings, inwiefern die Bürger den Wandel der Kommunalpolitik realisiert haben, wenn dies überhaupt der Fall sein sollte.

Ein weiteres Handicap für den Wähler bei einem issuebezogenen Wählen auf kommunaler Ebene liegt in der Wahrnehmung einer unterschiedlichen Problemlösungskompetenz von lokalen und nationalen Parteien. Eine solche Unterscheidung wird für den Bürger durch den Umstand des ohnehin schon schwach ausgeprägten Gegensatzes zwischen regionalen Regierungs- und Oppositionsparteien erschwert (vgl. GABRIEL/HAUNGS/ZENDER 1994). Die zunehmende Politikverflechtung zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems und der an Bedeutung gewinnenden Mischfinanzierung bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben macht es dem Bürger allerdings nahezu unmöglich, diese Voraussetzung zu erfüllen (vgl. GABRIEL 1989a:14; HOLTMANN 1991:289).

Aus konstitutioneller Perspektive sind die Zuständigkeitsbereiche und Handlungsspielräume für eine eigenständige Kommunalpolitik hinsichtlich des gesamten politischen Problemhaushalts eingeschränkt. Dies ist auf die Doppelfunktion zurückzuführen, die die Gemeinden im politischen System der Bundespolitik wahrnehmen. Einerseits weist ihnen das Grundgesetz durch die Selbstverwaltungsgarantie den Status einer eigenständigen politischen Ebene innerhalb des föderalen Staatsaufbaus zu, andererseits sind sie die „unterste Instanz allgemeiner staatlicher Verwaltung“ (CRYNS/HEMBACH 1987:126). Aus diesen Funktionen der Gemeinden resultiert ein Spannungsverhältnis zwischen Weisungsgebundenheit und unabhängigen Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. EICHERT 1994:569). Dadurch wird eine eindeutige Zuordnung der Kommunalpolitik als politisches Handeln oder Selbstverwaltungshandeln erschwert. Häufig sind die Kommunen lediglich Ausführungsorgan von landes- oder bundespolitischen Entscheidungen und daher höchstens begrenzt für die inhaltliche Ausrichtung zur Verantwortung zu ziehen.

Zusätzlich werden die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden aufgrund der eingeschränkten finanziellen Mittel beeinträchtigt. Daher werden kommunalpolitische Aufgaben immer stärker „in einen öffentlichen Aufgaben-, Planungs- und Finanzverbund aller Ebenen des politischen Systems einbezogen“ (HOLTMANN 1991:289; vgl. auch ders. 1992:17ff.). Ohne staatliche Zuschüsse bliebe den Kommunen kaum Spielraum für die Wahrnehmung neuer bzw. für die Neugestaltung vorhandener Aufgaben. Zuweilen entsteht dadurch in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass sowohl staatliche als auch kommunale Organe nicht flexibel und leistungsfähig genug auf die anstehenden Probleme reagieren. Vorausgesetzt die Bürger sind überhaupt in der Lage, die engen und zuweilen komplizierten Interdependenzen zwischen den einzel-

nen Aufgabenbereichen zu antizipieren (vgl. ARZBERGER/MURCK/SCHUMACHER 1980:81f.; GABRIEL 1989a:14; SCHÄFER/STRICKER 1989:47).

Über die Fähigkeit der Wähler, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen, liegen widersprüchliche Ergebnisse vor. Einige Studien folgern aus ihren Untersuchungen, dass die Wähler sowohl zur positiven oder negativen Einschätzung von bestimmten Themen als auch zur Differenzierung zwischen nationaler und lokaler Problemlösungskompetenz von Parteien in der Lage sind (vgl. BIEGE u.a. 1978:140f.; BUSCH 1997). Einer anderen Studie zufolge erfüllen die Bürger nicht einmal die erste Voraussetzung für issuebezogenes Wählen, da sie die regionalen Probleme nicht gerade gut kennen (vgl. LÖFFLER/ROGG 1985). Ferner sind in der Literatur Ergebnisse zu finden, nach denen nur eine Minderheit der Wähler in der Lage ist, den lokalen Parteien eine unterscheidbare Lösungskompetenz zuzuordnen (vgl. KEVENHÖRSTER 1976, 1983). Verschwindend gering ist der Anteil derer, die zwischen der Problemlösungskompetenz einer Partei auf regionaler und überregionaler Ebene differenzieren können (vgl. CZARNECKI 1992:20; RADTKE 1979:26; VEIDERS 1978:236ff.). Zudem ist einzuräumen, dass zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bei der Relevanz der individuellen Parteiidentifikation für die Einschätzung kommunalpolitischer Probleme Unterschiede festzustellen sind (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:129). Und selbst auf nationaler Ebene, wo Positionsissues vorliegen, konnten bisher nur äußerst selten konkrete politische Sachthemen wie die Wiedervereinigung Deutschlands als wahlentscheidend nachgewiesen werden (vgl. BRETTSCHEIDER 1995:238).

2.4.2.4 Das Zusammenwirken der drei Determinanten

Das Ziel des Ann Arbor-Modells ist es, individuelles Wahlverhalten – in unserem Fall auf kommunaler Ebene – mit Hilfe der drei sozialpsychologischen Bestimmungsgrößen Parteiidentifikation, Kandidaten- und Sachthemenorientierungen zu erklären. Nach CAMPBELL et al. (vgl. 1960) strukturiert die gefühlsmäßige Bindung an eine Partei die Einstellungen zu den politischen Kandidaten und den politischen Streitfragen (vgl. BÜRKLIN/KLEIN 1998:55; GABRIEL 1997a:241). Die Tendenz, Kandidaten und Sachfragen durch die rosarote Brille der Parteibindung zu sehen, besteht auf kommunaler Ebene jedoch weitaus weniger als auf bundespolitischer Ebene, da weder die parteipolitische Richtung des Lokalpolitikers noch die Zuordnung einer politischen

Entscheidung zu einer Partei in den Augen der Wähler besondere Bedeutung haben (vgl. HÄTTICH 1977:344f.; KORTE 1999:80).

Mit dem Bedeutungsverlust der langfristig wirksamen Determinante des Wählerverhaltens verbindet sich entweder eine Verschlechterung der Modellgüte oder eine automatische Aufwertung der kurzfristigen und sich von Wahl zu Wahl ändernden Bestimmungsfaktoren (vgl. GABRIEL 1997a:236; LÖFFLER/ROGG 2000:121f.). Demzufolge liefern die Kandidaten- und Themenorientierung – oder zumindest einer der beiden Kurzfristeffekte – einen höheren Erklärungsbetrag für den individuellen Wahlentscheid bei Gemeinderatswahlen als der Langfristfaktor Parteiidentifikation. LEHM-BRUCH (vgl. 1979:322) allerdings bezweifelt, dass mit einer weniger bedeutsamen Rolle der Parteibindung zwangsläufig die Kandidaten als Kriterium wichtiger werden. Dieser Automatismus mag zwar grundsätzlich kritisch zu bewerten sein, im Fall von Baden-Württemberg scheint er aber durchaus berechtigt zu sein, da durch den Wahlrechtstyp der Süddeutschen Ratsverfassung zumindest ein Kurzfristfaktor, die Kandidatenorientierung, per se wesentlich stärker ausgeprägt ist als beim Bundestags- oder Landtagswahlrecht.

Unter der Annahme, dass die kurzfristig wirksamen Einflussfaktoren eine relevante Rolle bei der Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens spielen und die individuelle Parteibindung hingegen eine geringe, gilt, dass die kommunalen Wahlentscheidungen weniger festgelegt sind als ihr Pendant auf Bundes- oder Landesebene. Folglich findet bei Kommunalwahlen ein stärkeres Wechselwählen statt als bei Bundestags- oder Landtagswahlen. Die Wähler neigen offenbar vor allem auf kommunaler Ebene dazu, ihrer Unzufriedenheit mit der Politik mittels ihrer Stimmabgabe Ausdruck zu verleihen und votieren verstärkt für kleinere oder sogar extreme Parteien, Wählervereinigungen oder gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen. Die Hemmschwelle zum Wechselwählen scheint bei Kommunalwahlen weniger hoch zu sein, weil hier nicht die Stabilität des nationalen politischen Systems in Frage gestellt wird (vgl. BIEGE u.a. 1978:174; BUSCH 1997:186; CRYNS/HEMBACH 1987:128; FALTER/KLEIN 1994:19ff.; HENNIG/KIESERLING 1991:350ff.; KORTE 1999:79ff.). Bedauerlicherweise kann dies aufgrund fehlender Vergleichsdaten mit der Kommunalwahl von 1994 in Baden-Württemberg nicht überprüft werden.

2.4.3 Die Gemeindegröße

Während das relative Gewicht der sozialpsychologischen Determinanten für kommunales Wahlverhalten in der Forschung umstritten ist, herrscht bei der Bedeutung der Gemeindegröße als Kontextmerkmal weitgehend Einigkeit. Sie gilt als entscheidende Variable im Wählerverhalten, deren Wirkung auch empirisch belegt ist (vgl. NABMACHER/NABMACHER 1999:269; NOHLEN 1975:13). Der Vorteil einer Kontextanalyse liegt nicht nur in ihrem deskriptiven Wert, sondern ist auch aus theoretischen Gründen ein wichtiges Merkmal (vgl. PAPPI 1976:33). Als kontextuelle Determinante beeinflusst die Gemeindegröße alle drei Systemebenen gleichermaßen. Im Folgenden werden Effekte der Gemeindegröße auf der Aggregat- und Individualebene vorgestellt.

Die Gebietsreform im Jahre 1973 in Baden-Württemberg beseitigte zwar die Kategorie der Kleinstgemeinden, aber die Spannbreite der Gemeindegrößen reicht noch immer von über 500.000 bis zu unter 1.000 Einwohnern. Die meisten Forscher weisen deshalb in ihren Studien darauf hin, dass die Analyseergebnisse nur für die von ihnen untersuchte Gemeinde und evtl. noch für Gemeinden vergleichbarer Größe Gültigkeit besitzen, aber keinesfalls für alle Gemeinden eines Bundeslandes repräsentativ sind (vgl. GABRIEL 1997b:168; LÖFFLER 1999:184). Denn je nach Gemeindegröße lassen sich Unterschiede „sowohl in den politischen und administrativen Strukturen als auch in den zu lösenden Aufgaben“ (ARZBERGER/MURCK/SCHUMACHER 1980:78) sowie im Beteiligungsverhalten der Bürger feststellen.

Bereits in den Regelungen des kommunalen Wahlrechts findet die Einwohnerzahl einer Gemeinde insofern Beachtung, da sie bestimmt, wie viele Gemeinderäte in einer Gemeinde zu wählen sind. Die Zahl der Gemeinderäte je Gemeinde wird nach den elf Gemeindegrößenklassen festgelegt. Dabei gilt: Je größer die Gemeinde ist, desto mehr Gemeinderäte stehen ihr zu. Die kleinste Zahl der Gemeinderäte für Gemeinden bis zu 1.000 Einwohner beträgt acht, die größte für Gemeinden über 400.000 Einwohner sechzig (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 1999:11). Allerdings „ist die Zahl der errungenen Gemeinderatssitze [in den verschiedenen Bundesländern] kein ausreichender Maßstab, weil in kleinen Gemeinden proportional mehr Mandate zu vergeben sind als in großen“ (LEHMBRUCH 1979:320; vgl. auch NOHLEN 1975:10; NOHLEN 1977:153).

Für die Repräsentation politischer Gruppierungen schaffen verschiedene Gemeindegrößen unterschiedliche Bedingungen. Kleine Parteien (z.B. FDP, Grüne, Republikaner) haben weniger Aussichten darauf, in kleinen bis mittelgroßen Gemeinden gewählt zu werden, während ihre Wahlchancen in größeren Gemeinden steigen (vgl. EITH 1997:396). Zusätzlich gilt, dass progressive Parteien ihre Hochburg in urban-industriellen Ballungsgebieten und konservativere Parteien im ländlichen Bereich haben (vgl. NOHLEN 2000:89). Ebenfalls variiert der Einfluss der Freien Wählervereinigungen mit der Gemeindegröße. Während sie in Groß- und Mittelstädten kaum gewählt werden, treten sie verstärkt in Kleinstädten auf (vgl. GABRIEL 1991:379; KEVENHÖRSTER 1976b:250; KLEIN 1979:97; LEHMBRUCH 1979:322; MÖLLER 1994:222ff.; NABMACHER 2001:7, 10f.). EITH konnte in seiner Untersuchung des kommunalen Wahlverhaltens für Baden-Württemberg nachweisen, dass sich der kommunale politische Wettbewerb je nach Gemeindegröße unterscheidet (vgl. 1997:399). Während sich in kleineren Gemeinden häufig bürgerliche, „überparteiliche“ Wählerlisten finden, ist in größeren Gemeinden die parteienstaatliche Strukturierung offensichtlich.

Neben dem Ergebnis der zur Wahl stehenden politischen Gruppierungen differiert auch die Wahlbeteiligung je nach Einwohnerzahl. Generell gilt, dass die Partizipationsrate bei kommunalen Wahlen mit steigender Einwohnerzahl abnimmt, da der Grad an Unmittelbarkeit und Direktheit bei Partizipationsaktivitäten mit zunehmender Bevölkerungszahl ebenfalls sinkt (vgl. ARZBERGER/MURCK/SCHUMACHER 1980:82ff.; GRÜNDLER/LÜCKEMEIER 1999; NOHLEN 1975:13). Bei den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999 traten Differenzen von 31 Prozentpunkten je nach Ortsgröße auf. In Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern lag die Wahlbeteiligung bei 71 Prozent; in Großstädten mit mehr als 50.000 Einwohnern schwankte sie zwischen 41 und 48 Prozent (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 2000:528). NOHLEN glaubt, dass vor allem die Stadt-Land-Struktur und das unterschiedliche gesellschaftliche Milieu die Hauptursachen für die Abweichungen von der landesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung sind (vgl. 1975:13).

Die Gemeindegröße wirkt sich zudem auf das Wahlverhalten von Personen aus, die von ihrem Recht zu kumulieren und panaschieren Gebrauch machen oder nicht. In kleinen Gemeinden nutzen weitaus mehr Bürger die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf einen Bewerber zu häufen und/oder Kandidaten von verschiedenen Listen zu wählen. Damit erhält die Gemeinderatswahl in kleinen Gemeinden stärker den

Charakter einer Personenwahl, während sie mit zunehmender Ortsgröße eher einer Parteiwahl gleicht. In baden-württembergischen Großstädten macht ungefähr jeder Zweite von seinem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch, in kleineren Gemeinden nutzen dagegen oft über 90 Prozent diese Verfahren der Stimmabgabe (vgl. EITH 1997; HENKE 1997:169ff.; KEVENHÖRSTER 1976b:252; MANN 1999:175; NOHLEN 1975:13).

Ebenso wie sich in Untersuchungen unter Berücksichtigung der Gemeindegröße Unterschiede auf Aggregatdatenbasis finden, trifft man auf Individualdatenbasis auf sie. Insbesondere der Kandidaten- und Parteiorientierung wird je nach Einwohnerzahl der Gemeinde eine unterschiedliche Relevanz zugeschrieben. Aufgrund der angeblich ausgeprägteren Kommunikationsbeziehungen in kleineren Gemeinden, die eine persönliche Kenntnis der Bewerber auf Wählerseite unterstellt, haben Kandidateneigenschaften eine größere und die Parteiorientierung eine geringere Bedeutung für das kommunale Abstimmungsverhalten. Dahinter steht die Annahme, dass die Kontaktaufnahme zu Amts- und Mandatsträgern sowie eine nähere Beziehung zwischen Wählern und Gewählten in Kleinstädten wesentlich problemloser als in Großstädten möglich ist. In großen Gemeinden, die näher mit der Bundespolitik und den auf nationaler Ebene dominierenden Parteien in Verbindung stehen, ist hingegen von einer geringeren Personenorientierung und stattdessen von einer stärkeren Parteibindung auszugehen, was auf die fehlende Kenntnis der Kandidaten und die anonymen Kommunikationsbeziehungen in Großstädten zurückzuführen ist. Hinzu kommt, dass in größeren Gemeinden eher konkurrenzdemokratische Konfliktmuster dominieren, wodurch die Parteien stärker in den Blickwinkel der Wähler rücken (vgl. CZARNECKI 1992:22; HOLTMANN 1992:13f.; LÖFFLER/ROGG 2000:122; NABMACHER 2001:5; SIEWERT 1978:76; WEHLING 1994a:186ff.).

Inwiefern die Sachthemenorientierung unter Berücksichtigung der Ortsgröße das kommunale Wahlverhalten beeinflusst ist umstritten. Einerseits wird der Issueorientierung in kleinen Gemeinden ein größerer Einfluss zugeschrieben als in großen, da die Bürger angeblich vertrauter mit den Problemen vor Ort sind (vgl. LÖFFLER/ROGG 2000:122). Andererseits findet sich in der Literatur die These, dass die Sachthemen für die Bewohner von Großstädten bedeutsamer sind, da dort die Rolle der Parteien ausgeprägter ist und damit „die Wahrscheinlichkeit einer politisch-ideologischen Auseinandersetzung über Sachthemen in der Öffentlichkeit steigt“ (BUSCH 1997:187; vgl. auch KLINGEMANN 1976:236; PAPPI 1976:33).

2.4.4 Der Einfluss der Bundespolitik

Vor allem Anhänger der These einer Parteienwahl gestehen dem Einfluss der Bundespolitik auf das allgemeine politische Klima eine herausragende Bedeutung als Bestimmungsgröße des kommunalen Wahlverhaltens zu. KEVENHÖRSTERS These der tendenziellen Gleichförmigkeit von kommunalen und nationalen Wahlen basiert in erster Linie auf diesem generellen Bestimmungsfaktor. Neben bundespolitischen Gründen können aber auch landespolitische Einflüsse eine gewisse Bedeutung für die Stimmabgabe haben (vgl. CRYNS/HEMBACH 1987:131; GABRIEL 1997b:161; STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 1999:13).

Je nach dem in welchem zeitlichen Abstand die Kommunalwahl von der Bundestagswahl stattfindet, dementsprechend höher bzw. geringer ist der Einfluss der Bundespolitik auf die jeweilige Wahl (vgl. REIF 1983, 1984). Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die Stimmungslage für eine Bundesregierung unmittelbar nach und kurz vor der Bundestagswahl relativ günstig ist, während sie in der Zwischenzeit mit Popularitätseinbußen zu rechnen hat. Folglich dürfte der bundespolitische Einfluss auf Nebenwahlen, die in direktem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl stattfinden, eher positiv für die Regierungspartei(en) sein. Umgekehrt liegt es nahe, dass der Einfluss der Bundespolitik auf Nebenwahlen, die in einem Popularitätstief der Regierungspartei(en) abgehalten werden, eher negativ sein wird. Inwieweit es dabei eine Rolle spielt, ob zwischen der Partei bzw. Koalition auf Bundes- und Gemeindeebene eine Kongruenz oder Inkongruenz besteht, ist ungeklärt.

Nach KORTE (vgl. 1999:80) hat REIFS These aus den siebziger Jahren, nach der bei Nebenwahlen die nationalen Oppositionsparteien begünstigt werden, für Kommunalwahlen ausgedient. Ebenso wie KORTE vertreten Anhänger der These einer Personenwahl stattdessen die Ansicht, dass sich bundespolitische Stimmungen aufgrund des Vorhandenseins der vielen regionalen Besonderheiten keineswegs mehr auf das Resultat von Kommunalwahlen niederschlagen.

Auch bei einem Vergleich von Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die zum Teil relativ großen zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Wahlen eine vergleichende Analyse erheblich erschweren können (vgl. GABRIEL 1997b:147). In diesem Zeitraum kann die innen- und außenpolitische Großwetterlage erheblichen Veränderungen unterworfen sein, die sich wiederum auf das Verhalten der Wähler auswirken kön-

nen. Die Entwicklung der Stimmungslage in der Bundesrepublik lässt sich anhand von Umfragedaten überprüfen. REIFS These von Wahlniederlagen der Bundesregierung bei Nebenwahlen, die nicht in unmittelbarem zeitlichem Abstand vor oder nach der Bundestagswahl abgehalten werden, basiert genau auf diesem Umstand, dass sich wandelnde politische Rahmenbedingungen das Wahlverhalten beeinflussen (vgl. REIF 1983, 1984). Dabei kommt es relativ häufig vor, dass die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung Auswirkungen auf den Ausgang von Kommunalwahlen hat. Folglich ist die Gefahr sehr groß, dass bei einer vergleichenden Analyse des Wahlverhaltens zwischen verschiedenen Ebenen des politischen Systems situative und systemische Effekte miteinander vermischt werden.

Leider können mit den in dieser Arbeit verwendeten Umfragedaten zur baden-württembergischen Kommunalwahl weder die parteipolitische Kräfteverteilung bei der Bundestagswahl 1998 und der Gemeinderatswahl 1999 in Baden-Württemberg noch die Volatilität der Wähler zwischen beiden Stimmabgaben untersucht werden, da der Fragebogen keine Recall-Frage nach dem Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl enthält. Ein Vergleich zwischen der Bundestagswahl 1998 als Haupt- und der Gemeinderatswahl 1999 als Nebenwahl wäre folglich nur auf Aggregatebene möglich. Da dies aber keine Aufschlüsse über die Motive der Wähler bringen würde, wird hier lediglich auf die bei einem Systemvergleich zu beachtenden Probleme hingewiesen.

2.4.5 Konsequenzen für die kommunale Wahlanalyse

Alles in allem scheint der Wähler auf lokaler Ebene ein weitgehend unbekanntes Wesen zu sein. Vor allem wenn man berücksichtigt, dass die wenigen Ergebnisse, die auf Individualdatenbasis vorliegen, sich teilweise widersprechen und zusätzlich nicht verallgemeinerungsfähig sind. So finden sich für jede der drei sozialpsychologischen Determinanten plausible Argumente, die sowohl die Position der Konvergenzthese stützen, die von einem systemebenenunabhängigen Wahlverhalten ausgeht, wie auch die Position der Differenzthese, die von einem kommunalspezifischen Wahlverhalten ausgeht. Da es sich in der Regel um Einzelfallstudien handelt, besitzen die Ergebnisse aber lediglich für eine bestimmte Stadt oder Gemeinde Gültigkeit.

Selbst eine Übertragung der Untersuchungsergebnisse auf Gemeinden vergleichbarer Größe ist kritisch zu beurteilen, da hierbei relevante Komponenten wie

die lokale politische Kultur einer Stadt außen vor bleiben (vgl. LÖFFLER/ROGG 2000:118). Die politische Kultur in Deutschland ist hochgradig fragmentiert, so dass in ein und demselben „Bundesland mit gleicher Gemeindeordnung [...] zwischen verschiedenen Landesteilen erhebliche Unterschiede im Ablauf von Kommunalpolitik bestehen“ (WEHLING 1994a:184) können. Ein gutes Beispiel hierfür sind die ursprünglich eigenständigen Landesteile Baden und Württemberg, die nach einer Volksabstimmung 1952 zu dem heutigen Bundesland Baden-Württemberg zusammengefügt wurden. „Während für Württemberg die verwaltungsmäßige Professionalisierung betont wird, die gleichzeitig mit einer Zurückdrängung der Parteipolitik verbunden ist, wird für Baden die Kommunalpolitik mit parteipolitischem Akzent verbunden“ (NAßMACHER 2001:12).

Die im Rahmen von PAPPIS Analysemodell angeführten Determinanten verdeutlichen, dass das Wählerverhalten auf kommunaler Ebene von den unterschiedlichsten Einflussgrößen bestimmt wird. Die Vielzahl dieser Bestimmungsfaktoren kommunalen Wahlverhaltens, die unmöglich alle in einer Analyse berücksichtigt werden können, begründen ferner, warum eine eindeutige Interpretation von Kommunalwahlergebnissen oder ein Vergleich des Wählerverhaltens auf regionaler mit dem auf überregionaler Ebene mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Abgesehen von der unerfreulichen Datenlage, die auf kommunaler Ebene hinsichtlich Individualdaten anzutreffen ist, kommt erschwerend hinzu, dass auch ein anerkanntes theoretisches Erklärungsmodell fehlt, das die relevanten Variablen zur Prognose kommunalen Wahlverhaltens bereits festlegt. Umso wichtiger ist es, vor einer Untersuchung kommunalen Wahlverhaltens das theoretische Fundament und die Analysestrategie festzulegen.

Das Hauptinteresse in der Untersuchung der baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999 gilt der Determinanten-Trias des Michigan-Modells, die sich zur Erklärung des Wahlverhaltens auf allen drei Systemebenen eignet. Ergänzt werden die drei sozialpsychologischen Bestimmungsfaktoren durch die Determinante Bundespolitik, der die Vertreter der Konvergenzthese eine relevante Rolle bei der Wahlentscheidung zuweisen. Als Bestimmungsgrößen kommunalen Wahlverhaltens werden folglich sowohl zwei überlokale, systemebenenunabhängigen Faktoren, die Parteiidentifikation und die Bundespolitik, als auch zwei lokale, systemebenenabhängigen Faktoren, die Kandidaten- und Themenorientierung, in die Analyse einbezogen. Nach der Unterscheidung von PAPPI sind damit die Bereiche der generellen

und kommunalen Determinanten abgedeckt. Im Hinblick auf die Bedeutung einer Kontextanalyse wird ferner die Gemeindegröße für sämtliche Analysen systematisch kontrolliert.

Wie die Ausführungen zu der Gemeindeverfassung als institutionellem Faktor gezeigt haben, impliziert bereits die in Baden-Württemberg geltende Süddeutsche Ratsverfassung eine stärkere Orientierung an den zur Wahl stehenden Kandidaten. Zwar kann aufgrund fehlender Vergleichsdaten mit Bundesländern, in denen ein eher einer Parteiwahl gleichendes Wahlverfahren angewandt wird, nicht überprüft werden, inwiefern das relative Gewicht der Kandidatenorientierung und der Parteibindung auf das kommunale Wahlverhalten von dem Wahlrecht in einem Bundesland abhängt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, zu untersuchen, welche Rolle die sozialpsychologischen Determinanten für Personen spielen, die das Recht des Kumulierens und Panaschierens in Anspruch nehmen, und für solche, die weder die eine noch die andere Möglichkeit bei der Stimmabgabe nutzen.

Defizite finden sich in der Kommunalforschung zu Genüge, wie die oben angeführten Punkte belegen. Angefangen bei dem Mangel an Untersuchungen, die auf Individualdaten basieren, den konträren und nicht generalisierbaren Ergebnissen der Studien, über das Fehlen eines theoretischen Erklärungsmodells speziell für kommunales Wahlverhalten und die bisher nicht berücksichtigte Gemeindegröße in einer repräsentativen Untersuchung für ein Bundesland ließe sich die Reihe fast beliebig fortsetzen. Die vorliegende Arbeit kann zwar nicht jedes der Defizite ausräumen, aber zumindest einen Beitrag dazu leisten, diese zu verringern.

3. Hypothesen

Auf der Basis der in Kapitel 2 vorgestellten Studien zum kommunalen Wahlverhalten, die einen Einfluss kommunalspezifischer Determinanten nicht grundsätzlich ausschließen, gehe ich von der Grundhypothese aus, dass ein systemebenenabhängiges Wahlverhalten existiert (vgl. CZARNECKI 1992:27; EITH 1997:382; LÖFFLER/ROGG 2000:120). Daraus lassen sich folgende Hypothesen zur Beantwortung der Forschungsfragen (vgl. Kapitel 1.1) ableiten:

1. Ausgehend von der Annahme, dass die Kommunalpolitik die wahlentscheidende Determinante für das kommunale Wählerverhalten darstellt, lassen sich folgende Hypothesen formulieren:
 - a) Je größer die Gemeinde ist, desto geringer ist der Einfluss der Kommunalpolitik und desto größer ist der Einfluss der Bundespolitik. Die Ursache hierfür ist darin zu sehen, dass die Struktur des Parteienwettbewerbs in Großstädten eher mit der nationalen Politik vergleichbar ist als die in kleineren und mittleren Gemeinden.
 - b) Die Wähler der Freien Wählergemeinschaften, die ein spezifisch kommunalpolitisches Phänomen darstellen, stufen die Kommunalpolitik als bedeutsamer und die Bundespolitik als weniger bedeutsam für ihre Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen ein als die Parteienwähler. Dieses Muster ist in kleinen Gemeinden, die als Hochburgen der Freien Wähler gelten, am deutlichsten sichtbar und nimmt mit zunehmender Gemeindegröße ab.
 - c) Ausgehend von REIFS These, dass die an der Regierung befindende(n) Partei(en) bei Nebenwahlen mit Stimmenverlusten – wenn nicht sogar Wahlniederlagen – rechnen müssen, ist zu erwarten, dass für das Votum der Wähler von SPD und Grünen die Bundespolitik weniger wahlentscheidenden Einfluss ausgeübt hat als auf das der Wähler von CDU und FDP/DVP³.
2. Ausgehend von der Annahme, dass die größte Relevanz von den drei Determinanten des Michigan-Modells der Kandidatenorientierung zukommt und die Parteiidentifikation als überlokaler Langfristfaktor nur eine periphere Bedeutung hat, lassen sich folgende Hypothesen formulieren:
 - a) Unter Berücksichtigung der Gemeindegröße gilt: Je kleiner die Gemeinde ist, desto wichtiger ist die Bedeutung der Kandidatenorientierung aufgrund der angeblich besseren Beziehungen zwischen Wählern und Kandidaten mit abnehmender Einwohnerzahl und desto unwichtiger ist die Parteiidentifikation zur Erklärung der kommunalen Wahlentscheidung.
 - b) Die Wähler der sogenannten Rathausparteien haben aufgrund ihrer größeren Vertrautheit mit den lokalen Bewerbern und den Problemen vor Ort eine stärker ausgeprägte Kandidaten- sowie Sachthemenorientierung als die Wähler politischer Parteien. Im Vergleich zu den Parteiwählern ist der Einfluss der

³ Diese Annahme gilt unter der Voraussetzung, dass die Bürger die schlechte politische Großwetterlage wahrnehmen. Wie die monatlich durchgeführten Umfragen zur politischen Stimmung in der Bun-

Parteibindung auf die Freien Wähler geringer, zumal die grundsätzliche Brauchbarkeit dieses Faktors für sie in Frage zu stellen ist. Es ist davon auszugehen, dass dieses Muster am deutlichsten in kleinen Gemeinden sichtbar ist.

- c) Für die Wähler der beiden großen Volksparteien ist die Parteibindung wichtiger als für die der beiden kleineren Koalitionspartner, die allgemein einen kleineren Anteil an Stammwählern haben. Die SPD-Wähler halten die affektive Parteibindung für ihre Stimmabgabe für bedeutsamer als die CDU-Wähler, was mit der langen Tradition der sozialdemokratischen Partei in der deutschen Geschichte zu erklären ist. Für die Grünen-Wähler spielen die Sachfragen im Vergleich mit den Wählern anderer politischer Gruppierungen die wichtigste Rolle bei der Wahlentscheidung. Dafür spricht die Entstehungsgeschichte der Grünen, die stark mit der Lösung neuartiger sozialer Probleme zu Beginn der achtziger Jahre in Verbindung steht. Insbesondere in größeren Gemeinden ist damit zu rechnen, dass dieses Muster sehr gut erkennbar ist, da die Grünen traditionell ihre Stammwähler in größeren (Universitäts-)Städten haben.
- d) Die Bürger, die bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen kumulieren, halten die Parteipräferenz – um genau zu sein die Parteizugehörigkeit der Kandidaten – für wichtiger für ihre Stimmabgabe als diejenigen, die nicht beabsichtigen zu kumulieren. Personen, die panaschieren, weisen dem Kandidatenfaktor bzw. dem Persönlichkeitsmerkmal der Kandidaten eine größere Rolle zu, als jene, die nicht panaschieren. Da sowohl beim Panaschieren als beim Kumulieren die Kandidaten eine Rolle spielen, müssten folglich die Wähler, die beide Möglichkeiten der Stimmabgabe nutzen, die höchsten Kandidateneffekte aufweisen. Personen, die weder kumulieren noch panaschieren, weisen ein generell niedrigeres Relevanzniveau auf als andere Wähler und entscheiden sich in erster Linie für die Partei auf lokaler Ebene, der sie sich auch auf nationaler Ebene verbunden fühlen.

4. Datengrundlage und Operationalisierung

Im Folgenden Kapitel wird der Datensatz präsentiert, der für die Analysen in der vorliegenden Arbeit verwendet wurde. Zudem soll die Operationalisierung der in Kapitel 3 formulierten Hypothesen vorgestellt werden.

4.1 Die Daten zur Gemeinderatswahl 1999 in Baden-Württemberg

Mit der von Infratest dimap durchgeführten Umfrage zur Gemeinderatswahl 1999 in Baden-Württemberg liegt meines Wissens erstmals ein Datensatz vor, der repräsentativ für alle 1.110 baden-württembergische Gemeinden ist und sich nicht – wie es bisherige Erhebungen auf Individualebene getan haben – auf eine einzelne Stadt oder Gemeinde beschränkt. Dadurch besteht die Möglichkeit, die individuellen Motive des Wählerverhaltens auf lokaler Ebene zu untersuchen und die Analyse auf Aggregatdatenbasis mit Hilfe von Individualdaten zu fundieren. Im Mittelpunkt der Untersuchung, bei der 1.000 wahlberechtigte Personen aus Baden-Württemberg zwischen dem 13. und 18. Oktober 1999 befragt wurden, standen vor allem Fragen aus der Wahlforschung, die sich auf die Landes- und Kommunalebene beziehen.

An der Konzeption des Fragebogens für die baden-württembergische Gemeinderatswahl war neben Mitarbeitern des Umfrageinstituts Infratest dimap auch Prof. Dr. Oscar W. Gabriel von der Universität Stuttgart beteiligt. Auftraggeber der Vorwählerhebung war der Südwestrundfunk Stuttgart (SWR) bzw. die ARD. Die Auswahl der Haushalte erfolgte per Zufallsprinzip nach dem *random digit dialing*-Verfahren; die Auswahl der Befragungsperson innerhalb des Haushalts nach dem Schwedenschlüssel. Die Befragung wurde von Interviewern mittels computergestützten Telefoninterviews (CATI) unter deutschen Wahlberechtigten durchgeführt, die mindestens 18 Jahre alt sein mussten. Auch EU-Bürger, die bei der Kommunalwahl am 24. Oktober 1999 erstmals die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben, konnten in die Stichprobe gelangen. Eine Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Wahlberechtigten ist in der Analyse jedoch nicht möglich, da im Rahmen der im Vorfeld der Wahlen durchgeführten Erhebung keine Frage nach der Staatsangehörigkeit gestellt wurde.

Zusätzlich wurde im Nachhinein das Kontextmerkmal der Einwohnerzahl der Gemeinden in den Datensatz eingefügt, um auf diese Weise Analysen in Abhängigkeit von der Gemeindegröße durchführen zu können.

4.2 Operationalisierung der verwendeten Variablen

Im Folgenden wird ein Überblick über die Frageformulierungen der für die Analysen relevanten Variablen gegeben. Dabei werden zunächst die beiden abhängigen Variablen und anschließend die unabhängigen Variablen vorgestellt. Generell gilt, dass die Untersuchungsergebnisse – so weit es die Fallzahlen erlauben – jeweils für kleine, mittlere und große Gemeinden ausgewiesen werden.

Bei der Einteilung der Gemeindegrößenklassen wurde darauf geachtet, dass es sich zum einen um ungefähr gleich große Gruppen handelt und zum anderen um inhaltlich sinnvolle Kategorien. Daraus ergab sich für das Kontextmerkmal der Gemeindegröße die Unterscheidung zwischen Landgemeinden, Mittel- und Großstädte (vgl. KLINGEMANN 1976:199). Zu kleinen (Land-)Gemeinden zählen solche, mit weniger als 10.000 Einwohnern, mittlere Gemeinden weisen eine Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern auf und in großen Gemeinden leben mehr als 50.000 Menschen.

4.2.1 Die beiden abhängigen Variablen

Alle Analysen werden für zwei abhängige Variablen durchgeführt. Die erste abhängige Variable, die Wahlabsicht bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg, wurde durch die Kombination zweier Variablen gebildet. Dies war notwendig, weil im Rahmen der Umfrage mittels einer Filterfrage zwischen Personen, die nicht beabsichtigen zu panaschieren, und Personen, die vorhaben zu panaschieren, unterschieden wurde. Bei einer negativen Antwort auf die Frage, ob der Befragte Kandidaten von verschiedenen Parteien und Listen wählen werde, wurde folgende Wahlabsichtsfrage gestellt: „Welche Partei oder Liste werden Sie bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober wählen?“. Bei einer positiven Antwort auf die Frage nach dem Panaschieren wurde der Proband mit der Wahlabsichtsfrage konfrontiert: „Welcher Partei oder Liste werden Sie bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober die

meisten Stimmen geben?“⁴. Eine nach Panaschierern und Nicht-Panaschierern getrennte Untersuchung der Wahlabsicht hätte sich ebenso wie eine Differenzierung zwischen Kumulierern und Nicht-Kumulierern unter Berücksichtigung der Parteipräferenz aufgrund der geringen Fallzahlen für die Wähler der FDP und teilweise für die der Grünen problematisch gestaltet (vgl. Tabelle 1c).

Ebenso wie bei der Darstellung der kommunalen Wahlergebnisse auf Aggregatenebene werden bei der Untersuchung auf Individualdatenbasis zu den Freien Wählergemeinschaften auch andere Wählervereinigungen oder Listen wie die Grüne Liste oder Einzelbewerber gezählt. Hierfür spricht, dass die Gruppierungen keine auffallenden sozialstrukturellen Abweichungen untereinander aufweisen und sich auch in ihrem sonstigen Antwortverhalten kaum unterscheiden. Auf eine Blockbildung – d.h. eine Zusammenfassung von Befragten mit CDU- bzw. FDP/DVP-Wahlabsicht zu einem schwarz-gelben Block sowie von Probanden mit einer SPD- bzw. Grünen-Wahlabsicht zu einem rot-grünen Block – wurde bei der Recodierung bewusst verzichtet, da sich teilweise auffällige sozialstrukturelle Unterschiede ergaben.

Da die Umfrage lediglich zehn Befragte enthält, die angaben, bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl für die FDP/DVP stimmen zu werden, werden diese bei der Differenzierung nach der Einwohnerzahl der Gemeinden aus der Untersuchung ausgeschlossen. Die multivariaten Analysen können aufgrund der Fallzahlen ausschließlich für die Christdemokraten (N=267), die Sozialdemokraten (N=132), die Wählervereinigungen (N=149) und unter gewissem Vorbehalt für die Grünen (N=39) durchgeführt werden. Auf eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Gemeindegröße wurde in Anbetracht der Fallzahlen verzichtet.

Die zweite abhängige Variable bezieht sich auf die Art der Stimmabgabe. Dabei wird zwischen Personen unterschieden, die bei ihrer Stimmabgabe entweder kumulieren und panaschieren, nur eine der beiden Möglichkeiten anwenden – d.h. kumulieren, aber nicht panaschieren, oder umgekehrt panaschieren, aber nicht kumulieren – oder von keinem der beiden Rechte Gebrauch machen. So weit es die Fallzahlen zulassen, werden die Untersuchungen unter Berücksichtigung der Gemeindegröße

⁴ Von insgesamt 1.000 telefonisch Befragten gaben 611 Personen an, für eine der politischen Parteien oder Wählervereinigungen votieren zu wollen. Damit hat ein beachtlicher Anteil von 38,9 Prozent keine Wahlabsicht geäußert, auf deren charakteristische Merkmale kurz hingewiesen werden soll. Eine Minderheit (N = 41) gab an, nicht zur Wahl zu gehen. Diese Personengruppe hebt sich von den anderen Befragten insbesondere durch ein niedrigeres Politikinteresse und eine generell niedrigere Zufriedenheit mit den politischen Zuständen auf den unterschiedlichsten Gebieten ab. Die große Mehrheit der Befragten (N = 345) sagte, sie wisse noch nicht, wem sie ihre Stimme(n) gebe(n) oder machte keine Angabe. Diese Gruppe weist im Vergleich mit dem Durchschnitt einen hohen Frauenanteil auf und ist eher den unteren Einkommensschichten zuzurechnen.

durchgeführt. Insbesondere bei den beiden Nicht-Kumulierertypen bestehen diesbezüglich jedoch Probleme.

4.2.2 Die unabhängigen Variablen

Der Einfluss der Bundespolitik auf die individuelle Stimmabgabe bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg wurde mittels der Frage erhoben: „Was spielt für ihre Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl die größte Rolle?“ Die Befragten mussten sich für eine der folgenden drei Antwortvorgaben entscheiden: die Bundespolitik, die Politik in Baden-Württemberg oder die Kommunalpolitik vor Ort.

Aufgrund des spezifischen Wahlrechtsverfahrens bei Kommunalwahlen weicht das Verfahren zur Messung der sozialpsychologischen Bestimmungsfaktoren (Parteiidentifikation, Kandidaten- und Sachthemenorientierung) des Wahlverhaltens bei regionalen Wahlen von dem ab, das im Normalfall bei Bundestageswahlen eingesetzt wird (vgl. GABRIEL 1997b:161). Die Determinanten des Michigan-Modells wurden in der Umfrage zu den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen durch die Fragen nach der subjektiven Einschätzung der Relevanz von Kandidaten, politischen Sachthemen und der langfristigen Parteibindung erhoben. Darüber hinaus wurden die Befragten gebeten, die Wichtigkeit des Wahlkampfes der Parteien bzw. Listen sowie der Bundespolitik für ihr politisches Verhalten einzuschätzen. Die folgenden Analysen, die den Nutzen der Bestimmungsfaktoren des sozialpsychologischen Modells und der Bundespolitik für die Erklärung des Wahlverhaltens bei der baden-württembergischen Gemeinderatswahl 1999 prüfen, basieren auf diesen Fragen.

Das Messverfahren, bei dem die Wichtigkeit verschiedener Determinanten von den Befragten eingestuft wird, dürfte im Hinblick auf die bestehenden Wechselwirkungen zwischen den sozialpsychologischen Bestimmungsfaktoren (vgl. Kapitel 2.3) den Vorteil haben, dass diese geringer ausfallen. Die Ursache hierfür ist, dass die Einschätzung, wie wichtig ein spezieller Faktor für die eigene Wahlentscheidung ist, nur indirekt mit einer bestimmten Partei, einem Sachthema oder einem Kandidaten in Verbindung gebracht werden. Darin ist aber zugleich auch der Nachteil der Messmethode zu sehen, der in der geringeren Erklärungskapazität des Wahlverhaltens besteht (vgl. GABRIEL 2000:353, 384).

5. Ergebnisse

Politiker und Wahlforscher interessieren sich nicht nur für das Wahlergebnis und die dadurch eventuell eingetretenen Veränderungen des parteipolitischen Kräfteverhältnisses, sondern auch und vor allem für die maßgeblichen Ursachen, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Wie bereits erwähnt, beeinflusst eine Mischung aus sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Langfrist- und Kurzfristfaktoren die Stimmabgabe bei Wahlen (vgl. Kapitel 1.1). Die folgende Untersuchung konzentriert sich aus den genannten Gründen auf die Rolle der Bundes- und Kommunalpolitik sowie die Relevanz der Determinanten-Trias des Michigan-Modells für den Ausgang der Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg.

Im Folgenden werden nach einem Überblick über die Verteilungen der abhängigen Variablen die Ergebnisse der bivariaten Analysen zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens präsentiert. Im Anschluss daran folgen die multivariaten Analysen. Die Untersuchungen beziehen sich zum einen auf die von den Bürgern geäußerte Wahlabsicht und zum anderen auf die Art der Stimmabgabe.

5.1 Bivariate Analysen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens

Da die Gemeindegröße eine relevante Größe für die Analysen darstellt, wird zunächst ein Überblick über die Verteilungen gegeben, wer welche Partei oder Wählervereinigung in Baden-Württemberg sowie in den drei Gemeindetypen unterschiedlicher Größe zu wählen beabsichtigt. Eine vergleichbare Darstellung erfolgt für die Art der Stimmabgabe, von denen die Wähler bei Gemeinderatswahlen Gebrauch machen. Daraufhin soll geklärt werden, welche Bedeutung der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik für die Wahlentscheidung der Bürger zukommt und welches relative Gewicht die drei sozialpsychologischen Erklärungsfaktoren haben. Ziel ist es, mit Hilfe dieser Bestimmungsfaktoren einerseits Aufschluss über das Wahlverhalten von Personen zu erhalten, die eine Wahlabsicht für eine politische Partei oder Liste geäußert haben, und andererseits über das von Bürgern, die die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens nutzen bzw. nicht nutzen.

Die Ergebnisse der bivariaten Untersuchungen werden jeweils in einem ersten Schritt für die Gesamtheit der Wähler in Baden-Württemberg betrachtet, bevor in einem zweiten Schritt geprüft wird, ob zwischen den Wählern einzelner Gruppierungen Unterschiede bestehen. Drittens soll geklärt werden, inwiefern sich die Bedeutung der Bestimmungsfaktoren für die Wahlentscheidung im Hinblick auf die Gemeindegröße unterscheidet.

5.1.1 Die Wahlabsicht, die Art der Stimmabgabe und die Gemeindegröße

Eine erste Annäherung an das Untersuchungsproblem der Bestimmungsfaktoren kommunalen Wahlverhaltens unter Berücksichtigung der Gemeindegröße ergibt sich bei einem Blick auf die Wahlabsicht bei den Gemeinderatswahlen sowohl in Baden-Württemberg als auch in kleinen, mittleren und großen Gemeinden (vgl. Tabelle 1a). Demnach haben 45 Prozent der Befragten vor, bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen für die CDU zu votieren. Die Sozialdemokraten würden 22 Prozent erhalten und nach den Freien Wählervereinigungen die drittstärkste Partei stellen. Von den beiden kleineren Parteien würden die Grünen 7 Prozent und die FDP/DVP 2 Prozent erreichen. Die Freien Wählervereinigungen beabsichtigen 25 Prozent der Bürger zu wählen. Damit geben die Umfragedaten das Wahlergebnis trotz einiger Abweichungen in der Grundtendenz korrekt wieder.

Tabelle 1a: Die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Gemeindegröße
(Angaben in Prozent)

	< 10.000 Einw.	10.000 – 50.000 Einw.	> 50.000 Einw.	Gesamt
CDU	44	44	47	45
SPD	21	20	27	22
Grüne	5	5	10	7
FDP/DVP	1	1	3	2
FW + Andere WV	31	30	13	25
N	174	241	182	597

Anmerkung: Cramer's V = .15 *** (p < .001)

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Das nach den Umfragedaten zu erwartende Wahlergebnis für die Christdemokraten unterscheidet sich nur geringfügig in den drei unterschiedlich großen Gemeindetypen. Deutlicher fällt die Differenz bei den Sozialdemokraten aus. Während in Großstädten immerhin 27 Prozent vorhaben, sie zu wählen, würden in Gemeinden mit

weniger als 50.000 Einwohnern lediglich 21 bzw. 20 Prozent für sie stimmen. Ebenso wie die SPD haben auch die Grünen und die FDP vor allem in großen Gemeinden ihre Stammwählerschaft. Für die Freien Wählergemeinschaften beabsichtigen hingegen insbesondere Bürger in Gemeinden kleiner und mittlerer Größe zu votieren. Mit einer Differenz von 17 bzw. 18 Prozentpunkten zwischen Kommunen mit mehr und weniger als 50.000 Einwohnern sind sie die politische Gruppierung, deren Wahlergebnis am stärksten in Bezug zur Gemeindegröße steht.

Wenden wir uns den Personen zu, die von ihrem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch machen oder nicht (vgl. Tabelle 1b). Der Anteil der kumulierenden und/oder panaschierenden Wähler beträgt in der Stichprobe zu den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 94 Prozent. Der Großteil der Befragten (61 Prozent) beabsichtigt, sowohl zu panaschieren als auch zu kumulieren. Eine Minderheit von 5 Prozent will zwar Kandidaten von verschiedenen Parteien oder Listen wählen, aber nicht mehrere Stimmen einzelnen Bewerber geben. Jeder dritte Bürger hat vor, nicht zu panaschieren. 6 Prozent der Probanden geben an, keine der beiden Möglichkeiten der Stimmabgabe zu nutzen, und 28 Prozent nehmen sich vor, zu kumulieren.

Tabelle 1b: Die Art der Stimmabgabe in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (Angaben in Prozent)

		> 50.000 Einw.	10.000 – 50.000 Einw.	> 50.000 Einw.	Gesamt
nicht pan.	nicht kum.	4	3	13	6
	kum.	23	30	31	28
pan.	nicht kum.	6	4	6	5
	kum.	67	64	51	61
N		168	225	158	551

Anmerkungen: pan.: panaschiert; kum.: kumuliert; Einw.: Einwohner; Cramer's V = .15 *** (p < .001)
 Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Allgemein machen die Wähler in hohem Maße von ihrem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch. In der Regel ist davon auszugehen, dass zwischen 50 und 90 Prozent der Wähler Baden-Württembergs kumulieren und panaschieren, wobei der Großteil nur kumuliert (vgl. HENKE 1997:173; NOHLEN 1975:13; SCHWARZ 1997:104; WEHLING 1992:140). Abgesehen von einer gewissen Überschätzung des Anteils der kumulierenden und panaschierenden Wähler in Baden-Württemberg bilden die Umfragedaten die Art der Stimmabgabe annähernd richtig ab. So belegen

sie, dass sich das „Häufeln“ einer größeren Beliebtheit beim Wähler erfreut als das Panaschieren (vgl. Tabelle 1b).

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Einwohnerzahlen von Gemeinden fällt auf, dass insbesondere in Großstädten wenig Interesse besteht, die Möglichkeiten der Stimmabgabe, die die Süddeutsche Ratsverfassung bietet, auszuschöpfen. Die Bürger aus Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern geben im Vergleich zu Bewohnern kleinerer und mittlerer Gemeinden um 10 bzw. 9 Prozentpunkte häufiger an, weder zu panaschieren noch zu kumulieren. Ebenfalls beabsichtigt nur jeder Zweite beide Arten der Stimmabgabe anzuwenden, während in Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern zwei Drittel diese nutzen will. Damit bestätigen sich die in der Literatur anzutreffenden Ergebnisse, die besagen, dass die Kommunalwahl mit zunehmender Ortsgröße den Charakter einer Parteiwahl annimmt (vgl. HENKE 1997:169; WEHLING 1992:140).

Interessant ist neben der Gemeindegröße die Art der Stimmabgabe nach Parteien und Listen (vgl. Tabelle 1c). Die FW-Wähler stellen mit 75 Prozent den größten Personenanteil, der sowohl kumuliert als auch panaschiert. Es folgen die Wähler der Grünen und die der beiden großen Volksparteien. Die Wähler der Liberalen machen am wenigsten von ihrem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch⁵.

Tabelle 1c: Die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Art der Stimmabgabe
(Angaben in Prozent)

		CDU	SPD	Grüne	FDP/ DVP	FW + Andere WV	Gesamt
nicht panaschiert	nicht kumuliert	7	3	6	22	4	6
	kumuliert	32	33	22	22	18	28
panaschiert	nicht kumuliert	5	6	9	11	3	5
	kumuliert	55	58	63	44	75	61
N		231	123	32	9	142	537

Anmerkung: Cramer's V = .12 * ($p < .05$)

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Insgesamt machen die Wähler verschiedener Parteien und Wählergruppen bei den Gemeinderatswahlen 1999 unterschiedlich stark von den sich bietenden Möglichkeiten der Stimmabgabe Gebrauch. Damit bestätigt sich das in der Literatur anzutreffende Bild. Die Wähler von FDP und den Freien Wählervereinigungen gelten als ä-

⁵ Das Ergebnis für die FDP-Wähler ist aufgrund geringer Fallzahlen jedoch vorsichtig zu interpretieren.

ßerst flexibel, wenn es darum geht, Korrekturen an der festgelegten Reihenfolge der Bewerber vorzunehmen. Dies trifft für die Gemeinderatswahlen 1999 zumindest auf die Freien Wähler zu. Die Wahlvorschläge der beiden großen Volksparteien weisen hingegen eine geringere Flexibilität auf, da deren Wähler nur in bescheidenem Ausmaß die Anordnung der Namen auf den Listen verändern. Im Allgemeinen geht man davon aus, dass insbesondere die Freien Wähler und die FDP in Baden-Württemberg von der Personalisierungskomponente des Wahlverfahrens profitieren, da sie den größten Vorteil aus dem Panaschieren ziehen. Bei der Stuttgarter Kommunalwahl 1994 beispielsweise stammte ein gutes Viertel der Stimmen der Liberalen und der Freien Wählergemeinschaften von Wählern mit einem abweichenden Hauptvorschlag. Die Zugewinne der kleineren Gruppen durch das Panaschieren gehen zu Lasten der beiden großen Parteien CDU und SPD (vgl. HENKE 1997:173; MÖLLER 1981:16; NOHLEN 1975:13).

5.1.2 Der Einfluss der Bundespolitik auf das kommunale Wahlverhalten

Eine entscheidende Rolle in der Diskussion zwischen Vertretern der Konvergenz- und Differenzthese spielt die Frage, ob überlokale oder lokale Bestimmungsfaktoren den größeren Einfluss auf das kommunale Wahlverhalten haben. Das folgende Untersuchungsergebnis wird Aufschluss darüber geben, welche der Thesen besser zur Erklärung des Wahlverhaltens bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg geeignet ist.

5.1.2.1 Der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlabsicht

Für 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg stellt die Kommunalpolitik die wahlentscheidende Größe für ihr Votum bei der Gemeinderatswahl dar. Erst mit großem Abstand folgen die Bundes- und Landespolitik mit 17 bzw. 14 Prozent (vgl. Tabelle 2a). Die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Parteipräferenz und der Politik verschiedener Systemebenen ist als mäßig einzustufen, was der zwar hochsignifikante, aber ansonsten niedrige Cramer's V-Wert anzeigt.

Differenziert man bei der Wahlabsicht nach Parteien und Listen, lassen sich gewisse Unterschiede feststellen. Von allen Wählern weisen der CDU der Kommunalpolitik die geringste Bedeutung für ihre Wahlentscheidung zu. Eine ähnliche Struktur

ergibt sich für die FDP-Wähler. Allerdings hat dieses Ergebnis aufgrund der wenigen Befragten, die beabsichtigen, der FDP ihre Stimme zu geben, nur eine geringe Aussagekraft. Für die Wähler des rot-grünen Lagers gilt, dass die Kommunalpolitik mit ca. 75 Prozent eine eindeutig größere Rolle für die Stimmabgabe bei der Gemeinderatswahl spielt als für die Wähler des schwarz-gelben Lagers. Übertroffen wird die Wichtigkeit der Kommunalpolitik nur noch von den FW-Wählern.

Tabelle 2a: Der Einfluss von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Wahlabsicht (Angaben in Prozent)

	CDU	SPD	Grüne	FDP/ DVP	FW + Andere WV	Gesamt
Bundespolitik	22	18	18	30	5	17
Landespolitik	20	8	5	10	9	14
Kommunalpolitik	58	74	76	60	85	70
N	256	131	38	10	149	584

Anmerkung: Cramer's V = .19 *** (p < .001)

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Die Rolle der Landespolitik als wahlentscheidende Determinante ist nur für die CDU-Wähler von gewisser Bedeutung. Eine Ursache hierfür könnte in der jahrzehntelangen Dominanz der CDU in Baden-Württemberg liegen, die sich positiv auf die Wahrnehmung der Landespolitik von deren Stammwählern ausgewirkt hat (vgl. WEHLING 1997:254). Geht es nach den anderen Wählergruppen, wird der Landespolitik nur ein minimaler Einfluss auf die Wahlentscheidung eingeräumt. Etwas besser sieht es bei der Bundespolitik als Bestimmungsgröße kommunalen Wahlverhaltens aus. Ungefähr jeder fünfte Wähler einer auf überregionaler Ebene vertretenen Partei gibt an, dass die Bundespolitik die größte Rolle für ihre Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen spielt. Die Wähler der Freien Wählervereinigungen messen ihr allerdings so gut wie keine Bedeutung bei, was aufgrund ihrer auf die regionale Ebene beschränkte Existenz nicht überrascht.

Insgesamt ergab die Analyse, dass die Kommunalpolitik bei den Wählern aller Parteien und Listen die größte Rolle für die Wahlentscheidung spielt. In der Tendenz hat sich die Annahme bestätigt, dass die Kommunalpolitik für die Wähler der Rathausparteien wichtiger ist als für die der politischen Parteien. Hinsichtlich der Relevanz der Bundespolitik lässt sich jedoch kein Unterschied zwischen den Wählern politischer Parteien feststellen. Damit stützt das Untersuchungsergebnis die Differenzthese, die davon ausgeht, dass kommunalpolitische Faktoren den größten und

bundespolitische Größen hingegen nur einen geringen Einfluss auf die Stimmabgabe der Bürger bei Gemeinderatswahlen haben. Bei dieser Aussage sollte allerdings berücksichtigt werden, dass die Probanden aufgrund des Frageformats gezwungen waren, sich für eine Antwort zu entscheiden. Eine Frage nach der subjektiven Einschätzung der Bedeutsamkeit von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik für die Wahlentscheidung würde sicherlich zu einem differenzierteren Ergebnis führen.

Treffen die Ergebnisse für alle Wähler Baden-Württembergs auch dann zu, wenn man die Bedeutung der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik für das Wählerverhalten in Abhängigkeit von der Gemeindegröße untersucht? In Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern ergibt sich eine Struktur, die mit der für die Gemeinden im gesamten Baden-Württemberg vergleichbar ist (vgl. Tabelle 2b). Der Kommunalpolitik wird mit 73 bzw. 75 Prozent von den Wählern in ländlichen und mittelgroßen Gemeinden ein ähnlich hoher Stellenwert zugeschrieben wie von allen Befragten. Wie bereits erwähnt, sind die Liberalen aufgrund der geringen Fallzahlen aus der Analyse ausgeschlossen (vgl. Kapitel 4.2). Die Ergebnisse für die Wähler einzelner Parteien oder Listen weichen nur geringfügig von den oben präsentierten ab, weswegen auf eine nähere Erläuterung verzichtet wird.

Tabelle 2b: Der Einfluss von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Wahlabsicht in Abhängigkeit von der Gemeindegröße
(Angaben in Prozent)

Gemeindegröße	Wichtigster Grund bei GRW	CDU	SPD	Grüne	FW + Andere WW	Gesamt
< 10.000 Einwohner	Bundespolitik	22	17	14	4	15
	Landespolitik	21	3	14	6	12
	Kommunalpolitik	57	81	71	91	73
C-V = .25**	N	72	36	7	53	168
10.000 – 50.000 Einwohner	Bundespolitik	19	13	23	4	14
	Landespolitik	15	9	8	10	12
	Kommunalpolitik	65	79	69	86	75
C-V = .16*	N	104	47	13	72	236
< 50.000 Einwohner	Bundespolitik	25	23	17	13	22
	Landespolitik	26	13		17	18
	Kommunalpolitik	49	65	83	71	60
C-V = .19*	N	80	48	18	24	170

Anmerkungen: C-V: Cramer's V; *: $p < .05$; **: $p < .01$

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Ein anderes Bild ergibt sich für Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern. Hier wird der Kommunalpolitik mit 60 Prozent ein um immerhin 10 Prozentpunkte schlechteres Ergebnis ausgestellt als es für alle baden-württembergischen Gemeinden gilt. Noch deutlicher ist der Unterschied im Vergleich zu Gemeinden mittlerer und kleiner Größe, wo für drei Viertel der Bürger die Kommunalpolitik den größten Einfluss auf die Stimmabgabe hat. Der damit verbundene Bedeutungszuwachs verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf die Bundes- und Landespolitik. Die These, je größer die Gemeinde ist, desto geringer ist der Einfluss der Kommunalpolitik auf die Wahlentscheidung, lässt sich folglich insofern präzisieren, als dass kein kontinuierlicher Bedeutungsverlust der Kommunalpolitik mit wachsender Einwohnerzahl festzustellen ist, sondern ein speziell für die Großstädte bei CDU- und SPD-Wählern geltender.

Die geringste Relevanz hat die Kommunalpolitik in großen Gemeinden für die Wähler der CDU. Für jeden vierten Christdemokraten in Großstädten war entweder die Bundes- oder Landespolitik ausschlaggebend für die Wahlentscheidung. Ein vergleichbares, jedoch weniger deutliches Ergebnis ergibt sich für die Sozialdemokraten. Die in Großstädten lebenden Grünen-Wähler sind die einzigen, die der Kommunalpolitik eine noch größere Relevanz zugestehen als die in Landgemeinden und Mittelstädten wohnenden Grünen-Wähler. Selbst bei den FW-Wählern ist ein Bedeutungsanstieg der Bundes- und Landespolitik mit zunehmender Einwohnerzahl zu konstatieren.

Bleibt festzuhalten, dass die Kommunalpolitik auch unter Kontrolle der Gemeindegröße den wahlentscheidenden Erklärungsfaktor bei den Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg darstellt, jedoch in Großstädten etwas an Bedeutung einbüßt. Dieses Muster trifft auf die Wähler aller politischer Gruppierungen zu – mit Ausnahme der Grünen, für die die Kommunalpolitik in großen Gemeinden wichtiger für die Wahlentscheidung ist als in kleinen und mittelgroßen Gemeinden.

5.1.2.2 Der Einfluss der Bundespolitik auf die Art der Stimmabgabe

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bedeutung von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik für die Wahlentscheidung je nach Gemeindegröße zumindest in Großstädten verändert, liegt die Vermutung nahe, dass auch die Art der Stimmabgabe möglicherweise eine Auswirkung auf das kommunale Wahlverhalten hat. Deshalb wurde die für die Gemeinderatswahlen geäußerte Wahlabsicht im Hinblick darauf unter-

sucht, ob die Personen gleichzeitig von ihrem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch machen oder nicht. Aufgrund der geringen Fallzahl schied die FDP von vornherein aus der Analyse aus.

Ziemlich schnell gelangt man zu dem Schluss, dass die Unterschiede im Hinblick auf die Bedeutung der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik nicht zwischen den Wählern politischer Gruppierungen zu suchen sind, sondern im Wahlverfahren der Süddeutschen Ratsverfassung (tabellarisch nicht ausgewiesen). Insbesondere die Ergebnisse für die Wähler von CDU, SPD, Grünen sowie der Freien Wähler, die kumulieren oder panaschieren, gleichen von der Struktur her denen in Tabelle 2a. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Kumulierer gleichzeitig Kandidaten von verschiedenen Parteien und Listen wählen und die Panaschierer zugleich mehrere Stimmen auf einen Kandidaten häufen⁶. Auch die Wähler, die nicht panaschieren, weisen zwar der Kommunalpolitik eine niedrigere Bedeutung für die Wahlentscheidung zu als die Panaschierer und Kumulierer, allerdings trifft dieses Ergebnis auf alle Wähler der vier politischen Gruppierungen gleichermaßen zu. Lediglich die Wählergruppen, die nicht kumulieren, zeigen eine recht heterogene Struktur im Hinblick auf die Frage nach der Relevanz der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik für ihre Stimmabgabe. Wirft man jedoch einen Blick auf die Fallzahlen, die zwischen 1 und 13 schwanken, kann die zwischen den Wählern verschiedener Parteien oder Listen auftretende Inkongruenz genauso gut dafür verantwortlich sein.

Da die Unterschiede nicht auf die Wahlabsicht der Personen zurückzuführen ist, sondern auf die Art der Stimmabgabe, soll eine Untersuchung des Wahlverhaltens der (Nicht-)Kumulierer und (Nicht-)Panaschierer Aufschluss darüber geben, welche Politik auf welcher Systemebene für deren Wahlentscheidung relevant gewesen ist (vgl. Tabelle 3). Die größte Rolle für die Stimmabgabe von Personen, die sowohl kumulieren als auch panaschieren, spielt mit 80 Prozent die Kommunalpolitik. Ebenfalls wiesen ihr die Wähler, die zwar kumulieren aber nicht panaschieren, eine große Bedeutung zu. Unter Berücksichtigung der Gemeindegröße ist für diese beide Wählergruppen ein Rückgang der kommunalpolitischen Relevanz von 9 bis 14 Prozentpunkten in Großstädten zu konstatieren (tabellarisch nicht ausgewiesen). Ein vollkommen anderes Muster ergibt sich für die Nicht-Kumulierer, die in der Umfrage nur

⁶ Diese Art der Recodierung (vgl. Anhang) war notwendig, weil ansonsten aufgrund der Fallzahlenproblematik nur Aussagen für die Wähler von CDU und SPD möglich gewesen wären. Die in Tabelle 1b und 1c ausgewiesene Vierer-Typisierung von (Nicht-)Kumulierern und/oder (Nicht-)Panaschierern, die zweifelsohne die exakteren Ergebnisse geliefert hätte, hätte allerdings zur Folge ge-

relativ schwach vertreten sind. Unabhängig von der Tatsache ob sie zugleich von ihrem Recht des Panaschierens Gebrauch machen oder nicht, gaben jeweils 41 Prozent der Befragten an, dass für ihr Votum bei den Gemeinderatswahlen die Bundespolitik ausschlaggebend sei. Eine Berücksichtigung des Kontextmerkmals Gemeindegroße brachte keine neuen Erkenntnisse.

Tabelle 3: Der Einfluss von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auf die Art der Stimmabgabe (Angaben in Prozent)

	nicht panaschiert		panaschiert		Gesamt
	nicht kumuliert	kumuliert	nicht kumuliert	kumuliert	
Bundespolitik	41	17	41	11	16
Landespolitik	34	16	19	9	13
Kommunalpolitik	25	68	41	80	71
N	32	151	27	332	542

Anmerkung: Cramer's V = .24*** ($p < .001$)

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für Personen, die von ihrem Recht zu kumulieren Gebrauch machen, vor allem die Kommunalpolitik wahlentscheidend ist, während von den Nicht-Kumulierern 41 Prozent die Bundespolitik als Hauptursache für die Wahlentscheidung bei den Gemeinderatswahlen angeben. Die Differenzthese eignet sich folglich besser zur Erklärung des Wahlverhaltens der Kumulierer, die Konvergenzthese dagegen eher zur Prognose des Wahlverhaltens der Nicht-Kumulierer.

5.1.3 Die Bestimmungsfaktoren des kommunalen Wahlverhaltens

Geht es nach den Vertretern der Differenzthese stellt der Kandidatenfaktor für die Wähler den Haupteinflussfaktor bei Kommunalwahlen dar. Schenkt man jedoch den Anhängern der Konvergenzthese Glauben, übt die Parteiidentifikation als generelle Determinante den wichtigsten Einfluss auf das kommunale Wahlverhalten aus. Welche der beiden Thesen bestätigt wird, wenn es darum geht, das relative Gewicht verschiedener Bestimmungsfaktoren des kommunalen Wahlverhaltens herauszufinden, wird die empirische Analyse zeigen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei

habt, dass drei politische Gruppierungen aus der Analyse ausgeschlossen hätten werden müssen. So wurde lediglich die FDP in der Untersuchung nicht berücksichtigt.

die drei Determinanten des sozialpsychologischen Erklärungsmodells für Wahlverhalten.

5.1.3.1 Die Bestimmungsfaktoren der Wahlabsicht

Von den fünf erfassten Determinanten kommunalen Wahlverhaltens wiesen die Wählerinnen und Wähler Baden-Württembergs den Kandidaten die größte Bedeutung zu, gefolgt von den Sachfragen, den bundespolitischen Gründen und der langfristigen Bindung an eine Partei. Den Wahlkampf stufte nur ein kleiner Teil der Befragten als wichtig für die Stimmabgabe ein (vgl. Tabelle 4a). Die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Wahlabsicht und den verschiedenen Bestimmungsfaktoren erweist sich in allen Fällen als mäßig. Mit Ausnahme der Sachfragen sind die Zusammenhangsmaße für die Determinanten signifikant. Da die Verteilungen allerdings sehr ungleichmäßig sind, ist das Assoziationsmaß nur bedingt aussagekräftig.

Tabelle 4a: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von Wählern politischer Gruppierungen
(Angaben: „sehr wichtig“ und „wichtig“ in Prozent)

	CDU	SPD	Grüne	FDP/ DVP	FW + Andere WV	Gesamt	C-V
Kandidaten	89	94	82	80	97	91	.16**
Sachfragen	76	77	90	60	72	76	.10 ^{n.s.}
Wahlkampf	40	40	15	20	28	35	.16**
Bundespolitik	63	54	58	60	41	55	.18***
Parteibindung	54	56	40	40	38	49	.16**
N	103-234	52-124	34-6	2-8	42-144	205-542	

Anmerkungen: C-V: Cramer's V; n.s.: nicht signifikant; **: $p < .01$; ***: $p < .001$

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Die Vorrangstellung der Kandidaten mit 91 Prozent vor allen anderen Einflussgrößen bei Kommunalwahlen entspricht vollkommen der Differenzthese, nach der die Bewerber um einen Sitz im Gemeinderat die wahlentscheidende Komponente darstellen – auch wenn dies vor dem Hintergrund, dass dem Großteil der Wähler die Kandidaten unbekannt sind, ein wenig verwundern mag. Die Aussagen der Parteien und Listen zu politischen Sachfragen halten drei Viertel der Wähler für wichtig für ihre Stimmabgabe. In der Bedeutungshierarchie der Bürger stehen damit die Kurzfristfaktoren des Michigan-Modells, die bei Kommunalwahlen durch ihre lokale Ausrichtung

gekennzeichnet sind, eindeutig an erster Stelle. Die langfristig wirksame Parteibindung und die Bundespolitik als überlokale Faktoren werden nur von jedem zweiten Befragten als relevant für die Wahlentscheidung erachtet. Nachdem die Bundespolitik bereits im Vergleich mit der Kommunalpolitik deutlich schlechter abschnitt, bleibt sie erneut hinter den lokalen Faktoren zurück.

Bei der Stimmabgabe für eine bestimmte Partei sind diese Faktoren von wenigen Ausnahmen abgesehen gleich kombiniert. Die Unterschiede zwischen den politischen Gruppierungen liegen weniger in der Reihenfolge der verschiedenen Determinanten als vielmehr im relativen Gewicht der einzelnen Einflussgrößen. Die CDU-Wähler unterscheiden sich kaum von der Gesamtheit der baden-württembergischen Wähler. Lediglich die Faktoren Bundespolitik, Parteiidentifikation und Wahlkampf sind für die Wahlentscheidung der Christdemokraten geringfügig wichtiger.

Die Stimmabgabe der SPD-Wähler sowie der FW-Wähler wird eindeutig von den Kandidaten dominiert. 94 bzw. 97 Prozent der Befragten gaben an, dass für sie die Kandidaten eine wichtige Rolle bei der Kommunalwahl spielen. Die Wähler der Sozialdemokraten weichen insofern von der typischen Rangfolge der Einflussfaktoren ab, als für sie die Parteiidentifikation vor den bundespolitischen Gründen auf Platz drei rangiert, während sie bei den übrigen politischen Gruppierungen Platz vier einnimmt. Damit bestätigt sich die Hypothese, dass für die Wähler der traditionsreichsten deutschen Partei die affektive Parteibindung wenigstens ansatzweise eine bedeutsamere Rolle spielt als für die anderen Parteiwähler. Die Aussage muss jedoch relativiert werden, da die Parteiidentifikation erst mit weitem Abstand auf die lokalen Kurzfristfaktoren folgt und im Vergleich mit den Christdemokraten nur einen minimal wichtigeren Stellenwert hat.

Die Wähler der Grünen weichen am auffallendsten von der gängigen Hierarchie der Determinanten ab. Geht es nach ihnen, kommt den Sachthemen die größte Relevanz für die Wahlentscheidung zu und erst darauf folgen die Kandidaten. Damit entspricht das Antwortverhalten der Grünen-Wähler weitgehend dem Konzept des rationalen Wählens (vgl. DOWNS 1957) und der weit verbreiteten Annahme, dass es sich bei den Grünen überwiegend um sachthemenorientierte Wähler handelt, was in Zusammenhang mit ihrer Entstehungsgeschichte als Einthemenpartei zu sehen ist (vgl. GABRIEL 1997b:162). Der Wahlkampf stellt für die Grünen-Wähler eine im Vergleich mit den anderen politischen Gruppierungen vollkommen zu vernachlässigende Bestimmungsgröße für die Stimmabgabe dar.

Die Wähler der Liberalen zeichnen sich durch ein generell niedrigeres Relevanzniveau der verschiedenen Bestimmungsfaktoren aus. Eine gewisse Ausnahme stellen lediglich die bundespolitischen Gründe dar, die den FDP-Wählern gleich wichtig wie die Sachfragen erscheinen. Allerdings muss wiederum das Fallzahlenproblem beachtet werden, das bei der FDP grundsätzlich besteht.

Wie bereits erwähnt, weisen die FW-Wähler zusammen mit den Wählern der Sozialdemokraten den Kandidaten die größte Relevanz im Vergleich mit den anderen drei Wählergruppen für ihre Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen zu. Damit bestätigt sich das in der Literatur häufig anzutreffende Bild von den Freien Wählern, die ihre Stimmabgabe überwiegend kandidatenorientiert fällen (vgl. GABRIEL 1997b:162; HALLER 1979). Wie sehr die Ergebnisse der Freien Wähler kandidatenabhängig sind, spiegelt sich bereits in den Daten der amtlichen Statistik. In Stadtbezirken, in denen Lokalmatadoren der Freien Wähler nicht mehr kandidieren, ist mit drastischen Einbußen der Wähleranteile bei der kommenden Gemeinderatswahl zu rechnen (vgl. SCHWARZ 1997:105). Die Tatsache, dass die Parteiidentifikation als eher unwichtig von den Befragten eingestuft wird, ist nicht weiter verwunderlich. Überraschend ist vielmehr, dass sie sich nicht deutlicher in diesem Faktor von den Wählern politischer Parteien unterscheiden. Der Grund hierfür ist, dass bei den politischen Parteien zwischen zwei Gruppen differenziert werden muss. Für Wähler der beiden großen Volksparteien spielt die Parteiidentifikation eine relevante Rolle, für die beiden kleinen Parteien hingegen eine ähnlich irrelevante wie für die Freien Wähler.

Leider lässt sich mittels der Umfragedaten von Infratest nicht klären, welcher Partei sich die Freien Wähler am ehesten verbunden fühlen. Das für die Wähler der Rathausparteien ermittelte Ergebnis legt die Vermutung nahe, dass es sich bei ihnen um Personen handelt, die zumindest keine starke Parteiidentifikation zu einer der beiden Volksparteien aufweisen. Da sie in Gemeinderäten im Allgemeinen mit der FDP gemeinsame Fraktionen bilden, ist eine gewisse Sympathie zu den Liberalen nicht auszuschließen. Dies belegen auch die von GABRIEL (vgl. 1997b:160) durchgeführten Analysen für die Stuttgarter Kommunalwahl 1994. Ebenso wäre eine Einschätzung der FW-Wähler als potentielle Wechselwähler plausibel. Aussagen bezüglich der Richtung und Stärke einer Parteibindung der Anhänger der Freien Wählergruppen müssen für die Gemeinderatswahlen 1999 allerdings reine Spekulation bleiben, da die Parteiidentifikation nicht erhoben wurde.

Betrachtet man die Ergebnisse in Abhängigkeit von der Gemeindegröße ergeben sich eher graduelle als gravierende Unterschiede im Hinblick auf das relative Gewicht der fünf Einflussgrößen für das Kommunalwahlverhalten (vgl. Tabelle 4b). Der Großteil der Zusammenhangsmaße zwischen der Wahlabsicht und den fünf Bestimmungsfaktoren erweist sich als nicht signifikant. Für die wenigen signifikanten Koeffizienten gilt, dass ein geringfügig stärkerer Zusammenhang zwischen den Variablen in kleinen und mittleren Gemeinden besteht als für die Gesamtheit der Wähler ermittelt wurde. Jedoch sollten die Assoziationsmaße aufgrund der ungleichen Zellenverteilung nicht überbewertet werden.

Tabelle 4b: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von Wählern politischer Gruppierungen in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (Angaben: „sehr wichtig“ und „wichtig“ in Prozent)

Gemeindegröße	Relevanz von Wahlgründen	CDU	SPD	Grüne	FW + Andere WV	Gesamt	C-V
< 10.000 Einwohner	Kandidaten	87	97	100	100	94	.25*
	Sachfragen	72	71	86	74	73	.06 ^{n.s.}
	Wahlkampf	49	36	13	40	42	.17 ^{n.s.}
	Bundespolitik	65	57	50	26	51	.33***
	Parteibindung	51	53	50	36	47	.15 ^{n.s.}
	N	36-66	13-35	1-8	14-53	71-162	
10.000 – 50.000 Einwohner	Kandidaten	93	96	85	94	94	.10 ^{n.s.}
	Sachfragen	81	76	92	72	78	.13 ^{n.s.}
	Wahlkampf	39	38	8	21	32	.22**
	Bundespolitik	65	50	67	46	56	.18 ^{n.s.}
	Parteibindung	57	60	54	35	51	.21*
	N	41-99	18-45	1-12	15-68	75-223	
> 50.000 Einwohner	Kandidaten	85	90	72	96	87	.18 ^{n.s.}
	Sachfragen	74	81	89	71	77	.13 ^{n.s.}
	Wahlkampf	32	44	22	25	33	.16 ^{n.s.}
	Bundespolitik	59	55	56	58	58	.04 ^{n.s.}
	Parteibindung	52	55	24	50	50	.18 ^{n.s.}
	N	26-69	21-44	4-16	6-23	57-149	

Anmerkungen: C-V: Cramer's V; n.s.: nicht signifikant; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

An der Reihenfolge der einzelnen Determinanten ändert sich für keine der drei Gemeindetypen etwas. Nach wie vor nehmen die Kandidaten die Spitzenposition bei den Einflussfaktoren auf das kommunale Wahlverhalten ein und der Wahlkampf bildet das Schlusslicht. Die auffallendsten Abweichungen zwischen den unterschiedlichen Gemeindegrößen ergeben sich für die Kandidaten und den Wahlkampf. Insgesamt

samt weisen die Einwohner in kleinen und mittleren Gemeinden dem Kandidatenfaktor eine leicht bedeutsamere Rolle zu als die Bürger großer Gemeinden. Auch der Wahlkampf spielt in ländlichen Gemeinden eine relevantere Rolle als in Mittel- und Großstädten. Ebenfalls kommt den Sachfragen und der Bundespolitik in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern eine minimal bedeutsamere Rolle zu.

Für das in Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern erzielte Ergebnis bietet sich ein Vergleich mit den Analysen zur Stuttgarter Kommunalwahl 1994 an (vgl. GABRIEL 1997b:161f.)⁷. Anders als in unserem Fall wiesen die Stuttgarter Bürger und Bürgerinnen den Einzelthemen die größte Bedeutung zu. Erst darauf folgten die Kandidaten. Die anderen Determinanten (Bundespolitik, Parteibindung und Wahlkampf) weichen in ihrer Reihenfolge nicht von dem Ergebnis für die Gemeinderatswahlen 1999 ab.

Abgesehen von dem Kandidaten- und Themenfaktor, der bei den CDU-Wählern vor allem in Gemeinden mittlerer Größe im Zentrum bei der Relevanz für die Stimmabgabe steht, weist die Parteibindung auch hier den höchsten Wert im Vergleich mit den anderen Wählern auf. Der Wahlkampf verliert mit zunehmender Einwohnerzahl für die Christdemokraten an Bedeutung und die Bundespolitik hat erstaunlicher Weise gerade in Gemeinden über 50.000 Einwohnern einen geringeren Stellenwert als in kleinen und mittleren Gemeinden.

Die Dominanz des Kandidatenfaktors bei den SPD-Wählern beschränkt sich bei einer differenzierteren Betrachtung nach Gemeindegrößen auf kleine und mittlere Gemeinden, während in großen Gemeinden die Kandidaten eine offenbar weniger wichtige Rolle spielen und im Gegenzug die Sachfragen an Bedeutung gewinnen. Anders als bei den Wählern der Christdemokraten steigt die Relevanz des Wahlkampfes bei den Wählern der Sozialdemokraten für die Wahlentscheidung mit zunehmender Einwohnerzahl leicht an. Die Wichtigkeit der Parteibindung, die teilweise bei den SPD-Wählern noch vor der Bundespolitik rangiert, bezieht sich auf mittlere und große Gemeinden. In ländlichen Gemeinden weichen die SPD-Wähler in der Reihenfolge der einzelnen Bestimmungsfaktoren nicht von der der Allgemeinheit ab. Für die Stuttgarter Wähler der beiden Volksparteien gilt, dass für ihre Wahlentschei-

⁷ Bei einer Gegenüberstellung der Untersuchungsergebnisse der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg 1999 in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern und der Stuttgarter Gemeinderatswahl 1994 können nur die Rangfolge der einzelnen Bestimmungsfaktoren miteinander verglichen werden und nicht die Prozentwerte. Dies ist auf das unterschiedliche Skalenniveau der Antwortmöglichkeiten zurückzuführen. Während die Relevanz verschiedener Determinanten 1999 mittels einer Vierer-Skala abgefragt wurde (vgl. Anhang), kam 1994 eine Dreier-Skala mit den Ant-

dung 1994 neben den Einzelthemen als bedeutsamster Einflussgröße auch die Kandidaten eine wichtige Rolle gespielt haben (vgl. GABRIEL 1997b:162). Offenbar stellen kurzfristig wirksame, lokale Faktoren für die Wähler von SPD und CDU bei Kommunalwahlen eine wichtigere Größe dar als langfristig wirksame, überlokale Faktoren.

Bei den Grünen-Wählern ist die Vorrangstellung der politischen Sachthemen vor den Kandidaten erst in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern anzutreffen, während in kleinen Gemeinden die Kandidaten an erster Stelle stehen. Das Bild der Grünen als Programmwähler ergab sich auch schon für die Kommunalwahl in Stuttgart 1994. Auffallend ist darüber hinaus die extrem geringe Relevanz der Parteibindung bei den Grünen in Großstädten, die sich ebenfalls bereits 1994 zeigte (vgl. GABRIEL 1997b:162). Allerdings muss mit Blick auf die Fallzahlen betont werden, dass diese Ergebnisse nur mit Vorsicht zu deuten sind.

Bei den FW-Wählern ist in erster Linie auf die abweichende Reihenfolge der Faktoren in kleinen Gemeinden im Vergleich zu der Gesamtheit hinzuweisen. Zwar tritt keine Veränderung bei den ersten beiden Plätzen ein, aber anders als bei den Wählern politischer Parteien nimmt der Wahlkampf nicht den letzten, sondern immerhin den dritten Platz ein. Darauf folgen die Parteibindung und abgeschlagen die Bundespolitik, die jedoch mit zunehmender Gemeindegröße an Bedeutung gewinnt. Zusammen mit der Stuttgarter Kommunalwahl 1994 bestätigten beide Ergebnisse die außerordentliche Bedeutung der Kandidaten für die Freien Wähler in einer Großstadt (vgl. GABRIEL 1997b:162).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass den Wählern politischer Parteien und Listen die Kandidatenorientierung für die Wahlentscheidung am wichtigsten ist – ausgenommen den Grünen-Wählern. Für die Wähler der Sozialdemokraten und der Freien Wählervereinigungen spielen sie eine besonders relevante Rolle. Auf Platz zwei rangiert die Themenorientierung, die von den Grünen-Wählern sogar auf Platz eins gesetzt wird. Erst nach den beiden kurzfristig wirksamen Bestimmungsfaktoren des Michigan-Modells folgen die Bundespolitik und die Parteiidentifikation als überlokale Determinanten. Die Wahlkampfaktivitäten der politischen Parteien stehen an letzter Stelle und sind für die Erklärung der Stimmabgabe unbedeutend, „ein für Praktiker sicher interessantes Ergebnis“ (GABRIEL 1997:163). Unter Berücksichtigung der Gemeindegröße lassen sich kaum größere Abweichungen bezüglich der Rele-

wortvorgaben wichtig, teils/teils und unwichtig zum Einsatz. Ebenfalls muss berücksichtigt werden,

vanz der fünf Bestimmungsfaktoren für die Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen erkennen. Die Unterschiede liegen eher im Detail. Demzufolge spielen die von den Anhängern der Konvergenzthese präferierten generellen Determinanten zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens eine geringere Rolle als die von den Vertretern der Differenzthese bevorzugten kommunalen Determinanten – zumindest in den bivariaten Analysen.

5.1.3.2 Die Bestimmungsfaktoren der Art der Stimmabgabe

Die Relevanz der fünf Determinanten für die kommunale Wahlentscheidung ist nicht nur im Hinblick der Wähler politischer Gruppierungen interessant, sondern ebenso in Bezug auf Personen, die die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens nutzen, nicht oder nur zum Teil nutzen. Überprüft man das Analyseergebnis für die Wähler politischer Parteien und Listen auf die Abhängigkeit von der Art der Stimmabgabe, gelangt man zu einem vergleichbaren Resultat wie zuvor bei der Relevanz der Bundespolitik für die Wahlentscheidung (vgl. Kapitel 5.1.2.2). Mit Ausnahme der nur mit 55 Befragten in der Umfrage vertretenen Nicht-Kumulierer unterscheiden sich die Wähler von CDU, SPD, Grünen und der Freien Wähler nur geringfügig in Bezug darauf, ob sie kumulieren, panaschieren oder nicht panaschieren (tabellarisch nicht ausgewiesen). Vor allem die Panaschierer und Kumulierer weisen erneut eine ähnliche Struktur auf. Vor diesem Hintergrund beschränke ich mich im Folgenden auf die Darstellung der Ergebnisse für die Art der Stimmabgabe ohne Berücksichtigung der Wahlabsicht.

Am auffallendsten von der von allen Befragten aufgestellten Reihenfolge der Faktoren weichen diejenigen Bürger ab, die weder Kandidaten von verschiedenen Parteien und Listen wählen noch einzelnen Bewerbern mehrere Stimmen geben (vgl. Tabelle 5a). Für sie stellt die Bundespolitik die wichtigste Einflussgröße für ihre Wahlentscheidung dar, gefolgt von den politischen Sachfragen und den Kandidaten. Immerhin 56 Prozent dieser Befragten halten die Parteibindung für ihr Wählervotum als relevant. Nur für jeden Dritten, der weder kumuliert noch panaschiert, spielt der Wahlkampf eine Rolle. Für Personen, die nicht kumulieren dafür aber panaschieren, sind insbesondere die Kandidaten, die Themen und bundespolitische Gründe wahl-

dass die Sachthemen um das Item Parteiprogramm ergänzt waren.

entscheidend. Eine untergeordnete Rolle spielen hingegen der Wahlkampf und die Parteibindung.

Kennzeichnend für die Bürger, die kumulieren – unabhängig davon, ob sie die Möglichkeit des Panaschierens nutzen oder nicht –, ist die hohe Relevanz des Kandidatenfaktors mit über neunzig Prozent, gefolgt von den Sachfragen mit ca. 75 Prozent. Unterschiede zwischen Personen, die Stimmen häufen, lassen sich vor allem in den weniger relevanten Determinanten feststellen. Während Bürger, die kumulieren aber nicht panaschieren, auch der Bundespolitik und der Parteibindung einen relativ hohen Stellenwert für ihre Wahlentscheidung einräumen, spielen diese für Wähler, die sowohl kumulieren als auch panaschieren, eine weniger relevante Rolle. Abgeschlagen auf Rang fünf rangiert in beiden Fällen der Wahlkampf, wobei die Kumulierer und Panaschierer diesem die mit Abstand geringste Bedeutung von allen beimessen.

Tabelle 5a: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von (Nicht-)Kumulierern und (Nicht-)Panaschierern
(Angaben: „sehr wichtig“ und „wichtig“ in Prozent)

	nicht panaschiert		panaschiert		Gesamt	C-V
	nicht kum.	kum.	nicht kum.	kum.		
Kandidaten	67	92	78	96	92	.28***
Sachfragen	69	75	74	76	75	.04 ^{n.s.}
Wahlkampf	34	45	44	30	36	.14**
Bundespolitik	79	61	70	47	54	.20***
Parteibindung	56	60	41	45	50	.15**
N	11-26	69-142	11-21	101-321	193-506	

Anmerkungen: C-V: Cramer's V; kum.: kumuliert; n.s.: nicht signifikant; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$
Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Die Annahme, dass die Persönlichkeitsmerkmale der Kandidaten stärker das Panaschieren und die Parteizugehörigkeit der Kandidaten stärker das Kumulieren beeinflussen, kann in Anbetracht der Untersuchungsergebnisse korrigiert bzw. modifiziert werden. Den größten Einfluss hat der Kandidatenfaktor bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg auf die Wahlentscheidung derjenigen, die kumulieren. Dabei spielt es so gut wie keine Rolle, ob diese Person gleichzeitig Kandidaten von verschiedenen Parteien und Listen wählt oder nicht. Die Bindung an eine Partei ist dagegen eher für die Wähler relevant, die nicht panaschieren, und weniger für diejenigen, die die Möglichkeit des Panaschierens nutzen. Wiederum gilt dieses Er-

gebnis unabhängig von der Tatsache, ob die Personen zusätzlich einzelnen Bewerbern mehrere Stimmen geben oder nicht.

Wie bereits bei den Wählern politischer Gruppierungen trifft auch auf die (Nicht-)Kumulierer und (Nicht-)Panaschierer bei der Differenzierung nach den drei Gemeindegroößen zu, dass die Unterschiede eher im Detail liegen (vgl. Tabelle 5b). Bei Aussagen über die beiden Nicht-Kumulierertypen gilt es, die geringen Fallzahlen zu beachten. Eine Präzisierung der für Baden-Württemberg ermittelten Ergebnisse, die sich in der Tendenz auch für kleine, mittlere und große Gemeinden ergeben, ist deshalb kaum möglich.

Tabelle 5b: Bestimmungsfaktoren des Kommunalwahlverhaltens von (Nicht-)Kumulierern und (Nicht-)Panaschierern in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (Angaben: „sehr wichtig“ und „wichtig“ in Prozent)

Gemeindegröße	Relevanz von Wahlgründen	nicht panaschiert		panaschiert		Gesamt	C-V
		nicht kum.	kum.	nicht kum.	kum.		
< 10.000 Einwohner	Kandidaten	83	92	60	97	93	.34***
	Sachfragen	83	68	60	73	71	.09 ^{n.s.}
	Wahlkampf	17	51	40	39	41	.14 ^{n.s.}
	Bundespolitik	83	67	70	42	51	.27**
	Parteibindung	67	53	40	43	46	.11 ^{n.s.}
	N	1-5	20-36	4-7	44-109	69-156	
10.000 – 50.000 Einwohner	Kandidaten	71	94	88	96	94	.19*
	Sachfragen	50	80	75	76	77	.11 ^{n.s.}
	Wahlkampf	29	46	50	23	31	.25**
	Bundespolitik	100	65	50	48	55	.23**
	Parteibindung	67	67	50	42	51	.23**
	N	2-7	31-63	4-7	32-137	69-212	
> 50.000 Einwohner	Kandidaten	60	90	89	94	88	.33***
	Sachfragen	70	75	89	80	78	.11 ^{n.s.}
	Wahlkampf	42	38	44	31	35	.09 ^{n.s.}
	Bundespolitik	70	50	89	53	56	.21 ^{n.s.}
	Parteibindung	50	57	33	50	51	.11 ^{n.s.}
	N	8-14	18-43	3-8	25-75	55-138	

Anmerkungen: C-V: Cramer's V; n.s.: nicht signifikant; *: $p < .05$; **: $p < .01$; ***: $p < .001$

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Wenden wir uns den beiden Kumulierertypen zu und dabei zunächst denjenigen, die nicht panaschiert haben. Für nicht-panaschierende Kumulierer gilt, je größer die Gemeinde ist, desto unwichtiger wird der Wahlkampf. Seine Relevanz für die individuelle Wahlentscheidung sinkt von 51 Prozent in ländlichen Gemeinden – was einen

recht hohen Ausgangswert bei dieser Einflussgröße darstellt – auf 38 Prozent in Großstädten. Ansonsten ist erwähnenswert, dass die Parteibindung in mittleren und großen Gemeinden vor der Bundespolitik den dritten Rang einnimmt und damit von der generellen Reihenfolge abweicht. Dennoch sieht nur jeder Zweite in Großstädten die bundespolitischen Gründe als wahlentscheidend an, während in Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern zwei Drittel der Bürger die Bundespolitik als wichtig für die Stimmabgabe einstuft.

Das auffallendste Merkmal von Bürgern, die sowohl panaschieren als auch kumulieren, ist der ausgesprochen hohe Wert für die Kandidaten, der bereits in der oben genannten Analyse ermittelt wurde und für alle drei Gemeindegrößen gleichermaßen gilt. Unterschiede in der Bedeutung lassen sich bei den überlokalen Determinanten feststellen. Die bundespolitischen Gründe und die Parteibindung spielen in kleinen und mittleren Gemeinden eine mit dem Wahlkampf vergleichbare unwichtige Rolle für die Stimmabgabe. Die Bedeutung des Wahlkampfes in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern nimmt jedoch ab, wohingegen die Relevanz der Bundespolitik und der Parteiidentifikation zunimmt.

Die oben angeführten Aussagen, was Kumulierer von Nicht-Kumulierern bzw. Panaschierer von Nicht-Panaschierern unterscheidet, lassen sich vor dem Hintergrund der Ergebnisse in Abhängigkeit von der Gemeindegröße zumindest für die Gruppe der Kumulierer präzisieren. Die hohe Relevanz des Kandidatenfaktors für Kumulierer ist durchgängig in Gemeinden jeder Größe anzutreffen. Die affektive Parteibindung ist zwar nach wie vor für die Nicht-Panaschierer relevanter für die Wahlentscheidung als für die Panaschierer, jedoch erweist sie sich für die erstgenannte Wählergruppe in Mittelstädten und für die zweite Gruppe in Großstädten als am bedeutsamsten.

Für die Großstädte bietet sich unter gewissen Einschränkungen ein Vergleich mit der Stuttgarter Kommunalwahl 1994 an. Allerdings sind die Ergebnisse von 1994 nicht für die unterschiedlichen Arten der Stimmabgabe ausgewiesen, sondern nur kollektiv für den Anteil von kumulierenden und/oder panaschierenden Wählern. Wie bei den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg gaben die meisten Stuttgarter Bürger, die kumuliert und/oder panaschiert haben, an, dass die Kandidaten für ihre Wahlentscheidung wichtig sind. Eine gravierende Abweichung von unserem Ergebnis stellt die Determinante Wahlkampf dar. Während sie für die Wähler der baden-württembergischen Gemeinderatswahlen eine untergeordnete Rolle für die

Stimmabgabe spielt, war sie für die Bürger Stuttgarts die zweitwichtigste Größe für die Wahlentscheidung. Erst darauf folgten die Sachthemen (vgl. HENKE 1997:177).

Fazit ist, dass die Kandidatenorientierung insbesondere von den Kumulierern als bedeutsam für die Wahlentscheidung eingestuft wird – unabhängig davon, ob sie von ihrem Recht des Panaschierens Gebrauch machen oder nicht und unabhängig von der Gemeindegröße. Nicht-Panaschierer zeichnen sich hingegen dadurch aus, dass sie der Parteibindung als generellem Bestimmungsfaktor für die kommunale Wahlentscheidung eine größere Bedeutung zugestehen als Panaschierer. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein Resultat, das sich unter Berücksichtigung der Gemeindegröße bestätigt.

5.2 Multivariate Analysen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens

Da die bisher präsentierten Ergebnisse auf bivariaten Analysen beruhen, sind keine Rückschlüsse auf die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Bestimmungsfaktoren möglich. Definitive Antworten über die Struktur des kommunalen Wahlverhaltens kann nur ein multivariates Analyseverfahren wie die Diskriminanzanalyse liefern, das mehrere Determinanten gleichzeitig berücksichtigt. Mit Hilfe der Diskriminanzanalyse wird in unserem Fall die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer bestimmten Partei bzw. die Art der Stimmabgabe (abhängige Variable) durch die Werte zweier oder mehrerer Bestimmungsfaktoren (unabhängige Variablen) erklärt bzw. prognostiziert. Ziel ist es, die Koeffizienten so zu ermitteln, dass die Werte der Diskriminanzfunktion die Gruppen möglichst gut trennen (vgl. BORTZ 1993:559f.; BÜHL/ZÖFEL 1998:457; SCHUCHARD-FICHER u.a. 1982:153). Die Qualität des Schätzmodells kann anhand verschiedener Kriterien beurteilt werden, die bei der Interpretation der durchgeführten Diskriminanzanalysen näher erläutert werden.

In einem ersten Schritt wird im nächsten Untersuchungsteil mit Hilfe einer Diskriminanzanalyse die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer bestimmten Partei oder Wählervereinigung auf der Basis der drei sozialpsychologischen Determinanten geschätzt. Der zweite Schritt besteht darin, das Modell zu präsentieren, das den höchsten Anteil korrekt klassifizierter Fälle für die Wählergruppen liefert. Dabei sollen diejenigen Determinanten des Michigan-Modells, die sich eventuell als nicht signifikant herausstellen oder nur niedrige Werte bei den Diskriminanzkoeffizienten

aufweisen, aus der Analyse ausgeschlossen und die Bundespolitik, der nach der Konvergenzthese eine relevante Rolle beim Kommunalwahlverhalten zukommt, als zusätzliche unabhängige Variable in das neue Schätzmodell aufgenommen werden. Diese Vorgehensweise hat zwei Vorteile: Erstens kann geprüft werden, ob das Michigan-Modell oder ein anderes multivariates Erklärungsmodell besser zur Prognose kommunalen Wahlverhaltens geeignet ist. Zweitens kann das Untersuchungsergebnis für das Michigan-Modell mit dem für die Stuttgarter Kommunalwahl 1994 erzielten Resultat verglichen werden.

Für die (Nicht-)Kumulierer und (Nicht-)Panaschierer wird ebenfalls zuerst die Qualität des Schätzmodells geprüft, das die Determinanten des Michigan-Modells als Prädiktorvariablen enthält. Im Anschluss daran folgt die Vorstellung des Modells mit der besten Prognosefähigkeit im Hinblick auf die Personen, die von ihrem Recht zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch machen oder nicht. Generell gilt, dass Modelle, bei denen mehr als zwei Bestimmungsfaktoren in die Analyse einbezogen werden, jeweils mit einer Voreinstellung auf zwei Diskriminanzfunktionen berechnet werden.

5.2.1 Multivariate Analysemodelle zur Erklärung der Wahlabsicht

Die Diskriminanzanalyse für die sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells im Hinblick auf Wähler unterschiedlicher politischer Gruppen erbringt zwei Diskriminanzfunktionen, von denen die erste den deutlich größeren Anteil der Varianz erklärt (vgl. Tabelle 6a, Modell 1). Auf die geringe Erklärungskraft der sozialpsychologischen Determinanten weisen gleich mehrere statistische Werte hin. Ein erstes statistisches Indiz ist in dem hohen Wilks' Lambda-Wert zu sehen, der die Heterogenität der einzelnen Gruppen und den geringen Unterschied zwischen den Gruppen belegt (vgl. SCHUCHARD-FISCHER u.a. 1982:174). Umkehrt verhält es sich bei den Eigenwerten, wo hohe Werte für eine „gute“ Diskriminanzfunktion stehen (vgl. BÜHL/ZÖFEL 1998:461). Leider liegt ein solcher hier nicht vor. Ferner ist die Trennstärke der ersten Diskriminanzfunktion, die über den kanonischen Korrelationskoeffizienten gemessen wird, mit einem Wert von .20 mehr als unbefriedigend. Noch deutlicher wird dies, wenn man den quadrierten Korrelationskoeffizienten betrachtet, der mit dem Bestimmtheitsmaß bei der multiplen Regression vergleichbar ist. Das bedeutet, dass lediglich vier Prozent der Streuung der Diskriminanzwerte durch die Zu-

gehörigkeit zu einer politischen Gruppierung erklärt werden (vgl. SCHUCHARD-FISCHER u.a. 1982:176). Die zur Kontrolle berechneten multiplen Regressionsanalysen für die Wähler einzelner Parteien und Listen führten zu einem vergleichbar schlechten Ergebnis⁸.

Tabelle 6: Die Schätzung der Wahlabsicht auf der Basis der Wahlmotive bei den Gemeinderatswahlen 1999

	Modell 1			Modell 2	
	F1 ^{a)}	F2	F3	F1	F2
a: Standardisierte Diskriminanzkoeffizienten					
Parteiidentifikation	.88*	.39		.79*	-.61
Kandidaten	-.42	.53*		—	—
Sachfragen	.27	-.61*		—	—
Bundespolitik	—	—		.72*	.69
Eigenwerte	.04	.02	.00	.06	.01
Erklärte Varianz (in %)	64.3	29.0	6.7	92.4	7.6
Kanonische Korrelation	.20	.14	.07	.24	.07
Lambda	.94	.98	1.00	.94	1.00
Chi-Quadrat	37,13	13,35	2,52	35.87	2.80
Freiheitsgrade	9	4	1	6	2
Signifikanz ^{b)}	.000	.010	.112	.000	.247
b: Gruppenmittelwerte					
CDU	.16	.00		.20	.04
SPD	.06	.14		.08	-.12
Grüne	.09	-.48		-.12	.14
Freie Wähler	-.34	-.01		-.39	.00
c: Anteil korrekter Klassifikationen^{c)}					
CDU	25.6	(258)		40.6	(261)
SPD	19.4	(129)		16.9	(130)
Grüne	51.4	(37)		24.3	(37)
Freie Wähler	35.8	(148)		42.6	(148)
Gesamt	28.5	(572)		34.7	(576)

Anmerkungen: ^{a)}: Diskriminanzfunktion bzw. -faktor; ^{b)}: das für F1 angegebene Signifikanzniveau bezieht sich auf die Diskriminanten 1 bis 3, das für F2 ausgewiesene auf die Diskriminanten 2 bis 3 und das für F3 angegebene Signifikanzniveau ausschließlich auf die 3. Diskriminante; ^{c)}: Angaben in Prozent; Fallzahlen, die jeweils die Wählergruppe ausmachen, in Klammern; * Größte absolute Korrelation zwischen jeder Variablen und einer Diskriminanzfunktion

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

⁸ Ergebnisse der multiplen Regressionsanalysen mit den drei sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells als unabhängigen Variablen und einer als Dummy recodierten abhängigen Variablen: Für die CDU-Wähler: $R^2 = .02$ ($p < .01$); Für die SPD-Wähler: $R^2 = .01$ (nicht signifikant); Für die Grünen-Wähler: $R^2 = .02$ ($p < .05$); Für die Freien Wähler: $R^2 = .04$ ($p < .001$). Die um die Bundespolitik als Prädiktorvariable erweiterten Regressionsanalysen erbrachten nur eine minimale Verbesserung der Varianzerklärung um ein bis zwei Prozentpunkte.

Ein weiteres statistisches Indiz für die Güte des multivariaten Erklärungsmodells ist der Anteil korrekter Klassifikationen der kreuzvalidierten gruppierten Fälle⁹, der bei 29 Prozent liegt und damit ebenfalls als niedrig einzustufen ist (vgl. Tabelle 6c). Als zusätzliches Gütekriterium kann man den Anteil korrekter Klassifikationen von dem Anteil, der auf der Basis der zufälligen Zugehörigkeit zu einer der vier Wählergruppen vorhergesagt werden kann (in unserem Fall 25 Prozent), subtrahieren (vgl. SCHUCHARD-FISCHER u.a. 1982:168). Der Anteil korrekter Klassifikationen liegt dann um vier Prozentpunkte über der Zufallswahrscheinlichkeit, was bedeutet, dass die durch die Diskriminanzanalyse erzielte Trennung ein nicht zufriedenstellendes Ergebnis erzielt.

Welche relative Bedeutung haben die sozialpsychologischen Determinanten für die ohnehin geringe Trennung der Wähler unterschiedlicher politischer Gruppierungen? Die nach der Standardisierung miteinander vergleichbaren Diskriminanzkoeffizienten ergeben, dass die erste Diskriminanzfunktion hauptsächlich durch die Variable Parteiidentifikation beschrieben wird (vgl. Tabelle 6a)¹⁰. Damit würde das Ergebnis eher der Konvergenz- als der Differenzthese entsprechen, zumal der erste Faktor den Großteil der Varianz erklärt. Der zur Prüfung der Signifikanz der erzielten Trennung durchgeführte Chi-Quadrat-Test ergibt, dass sich die mittleren Werte der Diskriminanzfunktion in den Wählergruppen in höchst signifikanter Weise unterscheiden. Für den zweiten Diskriminanzfaktor, der die Wählergruppen ebenfalls signifikant trennt, sind die Kandidaten und Sachfragen am bedeutsamsten. Die Ladung der drei Koeffizienten auf zwei Diskriminanzfaktoren entspricht damit der theoretischen Unterscheidung des Michigan-Modells zwischen einem überlokalen Langfristfaktor und zwei lokalen Kurzfristfaktoren.

Die Tatsache, dass sich die sozialpsychologischen Determinanten als nicht besonders trennscharf erweisen, hat zur Folge, dass auch die Distanzen zwischen den Wählern dieser Dimensionen nicht besonders stark ausgeprägt sind. Die größten Abstände bestehen hinsichtlich der Parteiidentifikation zwischen den FW-Wählern und den CDU-Wählern (vgl. Tabelle 6b). Erstgenannte lassen sich bei ihrer Stimmabgabe kaum von Parteibindungen leiten, während sie bei den Wählern der CDU

⁹ Da stichprobenbedingte Hitraten – als „hits“ werden die richtig klassifizierten Fälle bezeichnet – normalerweise „die wahren, für die Population gültigen Hitraten“ überschätzen, sollten sie einer Kreuzvalidierung unterzogen werden. Dieses Verfahren wird auch als „externe Analyse“ bezeichnet (vgl. BORTZ 1993:578).

¹⁰ Die positive Ladung der Variablen zeigt an, dass eine Vergrößerung der Variablenmesswerte mit Vergrößerungen der Faktorwerte einhergeht. Eine negative Ladung würde dagegen angeben, „ob

wenigstens einen kleinen Einfluss auf die Wahlentscheidung ausüben. Die drei politischen Parteien unterscheiden sich hinsichtlich dieser Bestimmungsgröße nur minimal voneinander. Der zweite Diskriminanzfaktor, der durch die Sachthemen- versus Kandidatenorientierung definiert wird, trennt die Wähler der Grünen am besten von denen der SPD. Dieses Resultat deckt sich mit dem bivariaten Analyseergebnis, bei dem die Grünen-Wähler als einzige den Sachfragen die größte Relevanz für ihre Wahlentscheidung zuweisen (vgl. Tabelle 4a). Für die Wähler der Sozialdemokraten spielen hingegen die Kandidaten die wichtigste Rolle für die Stimmabgabe, gefolgt von den Wählern der Christdemokraten und der Freien Wähler.

Der Anteil korrekter Klassifikationen ist für die Wähler der Grünen am höchsten (vgl. Tabelle 6c). Dies ist insofern ein zufriedenstellendes Ergebnis, als die Kenntnis der Wahlmotive für immerhin die Hälfte der Grünen-Wähler eine korrekte Prognose der Parteipräferenz erlaubt. Insbesondere die Einstellungen zu den politischen Streitfragen trennen die Grünen von den übrigen Wählergruppen. Als weniger befriedigend ist die Zuordnung der Freien Wähler einzustufen, während das Modell für die übrigen Gruppierungen äußerst schwache Ergebnisse liefert. Für die SPD liegt der Wert nicht einmal über dem Zufallsergebnis. Dies muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass in dem bisherigen Schätzmodell relevante Faktoren unberücksichtigt blieben (vgl. GABRIEL 1997b:166).

Zu einem besseren Ergebnis mittels Diskriminanzanalyse gelangte GABRIEL (1997b) für die Kommunalwahl 1994 in Stuttgart. Für die Stuttgarter Wählerinnen und Wähler lag der Anteil korrekter Klassifikationen um 14 Prozentpunkte über der Zufallswahrscheinlichkeit. Allerdings muss betont werden, dass in diesem Fall außer den vier in unsere Analyse einbezogenen Wählergruppen zusätzlich die Republikaner und die Liberalen berücksichtigt wurden. Da davon ausgegangen werden kann, dass sich dadurch eine heterogenere Struktur der Wählergruppen ergibt, ist die bessere Trennung der einzelnen Gruppierungen durch die Diskriminanzfunktionen nicht überraschend. Trotz unseres geringen Anteils korrekt klassifizierter Fälle ergeben sich für die einzelnen Wählergruppen durchaus vergleichbare Strukturen. Die Stimmabgabe für eine der beiden etablierten Parteien CDU und SPD wurde in beiden Wahlen am stärksten durch den Faktor Parteibindung und Kandidatenorientierung und entsprechend schwach durch die Sachthemenorientierung bestimmt. Die Grünen erwiesen sich sowohl bei der Kommunalwahl 1994 in Stuttgart wie auch bei

größer werdende Variablenmesswerte mit abnehmenden Faktorwerten verbunden sind“ (BORTZ

den Gemeinderatswahlen 1999 als die Themenpartei Baden-Württembergs, für die die Kandidaten nur eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung spielten. Allerdings wiesen sie bei der Stuttgarter Kommunalwahl der Parteibindung eine wesentlich geringere Bedeutung im Vergleich zu den Wählern der beiden großen Volksparteien zu als 1999. Die Stimmabgabe der Freien Wähler orientiert sich vor allem an Personen, was jedoch 1994 deutlicher zum Ausdruck kam.

Da die Koeffizienten der zweiten Diskriminante, für die die beiden Kurzfristfaktoren des Michigan-Modells am bedeutsamsten sind, nicht besonders hoch ausfallen, werden die Kandidaten- und Sachfragenorientierung in Modell 2 durch die Relevanz der bundespolitischen Gründe ersetzt. Nach der Konvergenzthese müsste diese Variable zu einer Verbesserung des Schätzmodells beitragen. In Modell 2 stellen damit zwei überlokale Determinanten die Prädiktorvariablen dar. Die Diskriminanzanalyse erbringt zwei Diskriminanzfunktionen mit mäßiger Trennschärfe, bei dem wiederum die erste nahezu den gesamten Varianzanteil erklärt (vgl. Tabelle 6a, Modell 2). Die hohen Wilks' Lambda-Werte und die niedrigen Eigenwerte deuten bereits auf die geringe Erklärungskapazität des Modells hin. Der Wert für den kanonischen Korrelationskoeffizienten liegt bei .24, was bedeutet, dass sechs Prozent der Streuung der Diskriminanzwerte durch die Zugehörigkeit zu einer Wählergruppe erklärt werden. Das entspricht einer Verbesserung um zwei Prozentpunkte gegenüber Modell 1. Der Anteil korrekter Klassifikationen liegt bei 35 Prozent (vgl. Tabelle 6c), die über die Zufallswahrscheinlichkeit hinausgehende Verbesserung der Erklärungskraft bei zehn Prozent. Zwar stellt die durch die Diskriminanzanalyse erzielte Trennung der Wählergruppen nach Modell 2 ebenfalls kein befriedigendes Ergebnis dar, aber immerhin bringt sie eine Erhöhung des Anteils korrekter Klassifikationen um sechs Prozentpunkte. Offenbar eignen sich die von der Konvergenzthese präferierten überlokalen Determinanten etwas besser zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens als die von der Differenzthese bevorzugten lokalen Bestimmungsfaktoren. Diese Aussage sollte jedoch nicht überbewertet werden, da das Resultat insgesamt alles andere als zufriedenstellend ist.

Der erste Diskriminanzfaktor, der vor allem die Wähler der Rathausparteien von denen der Christdemokraten unterscheidet, wird zu fast gleichen Teilen durch die Variable der Parteiidentifikation und die Bundespolitik beschrieben (vgl. Tabelle 6a). Dieses Ergebnis deckt sich mit dem der bivariaten Analysen, wo sich bereits zeigte,

dass die FW-Wähler den beiden überlokalen Determinanten eine im Vergleich mit den Parteiwählern eher untergeordnete Relevanz für ihre Stimmabgabe zurechnen. Dieselben Variablen konstituieren die zweite Diskriminante, jedoch trennt sie die Wählergruppen nicht signifikant. Im Gegensatz zur ersten Diskriminante weisen die beiden Determinanten diesmal nicht eine Richtung, sondern die Parteiidentifikation in den negativen Wertebereich. Während die Bundespolitik eher auf das Votum der Grünen einen Einfluss ausübt, ist die Parteiidentifikation eher für die Sozialdemokraten relevant.

Die Parteipräferenz der einzelnen Gruppierungen lässt sich mit Hilfe des Modells in unterschiedlichem Maße prognostizieren. Für die Freien Wähler und die Christdemokraten werden mit einem Anteil von 43 bzw. 41 Prozent korrekter Schätzungen (gegenüber einer Zufallsquote von 25 Prozent) relative gute Ergebnisse erzielt (vgl. Tabelle 6c). Als ziemlich unbrauchbar erweist sich das Modell hingegen für die Lokalisierung der Wähler von SPD und Grünen, worauf der bereits zweite, nicht signifikante Diskriminanzfaktor hinweist. Die falschen Zuordnungen einer Partei oder Liste verteilen sich jeweils zu ungefähr gleichen Teilen auf die übrigen Wählergruppen mit Ausnahme der Grünen, die zu 30 Prozent den CDU-Wählern und zu 38 Prozent den FW-Wählern zugeordnet werden (tabellarisch nicht ausgewiesen) – den beiden Wählergruppen, mit denen sie durch den Faktor Bundespolitik eine gewisse Gemeinsamkeit verbindet. Im Vergleich der beiden Modelle, prognostiziert Modell 2 die Präferenz für die beiden Parteien am besten, die im Michigan-Modell nur schwache Ergebnisse hinsichtlich der korrekten Zuordnung ergaben. Dies verweist darauf, dass für die verschiedenen Parteipräferenzen jeweils unterschiedliche Bestimmungsfaktoren eine Rolle spielen und die hier eingeführten Variablen stärker aufgeschlüsselt werden sollten.

Fasst man das Ergebnis, das die beiden Diskriminanzanalysen für die Wähler politischer Parteien und Listen ergeben, zusammen, ergibt sich sowohl für das erste als auch das zweite Schätzmodell ein relativ dürftiges Ergebnis. Das Ziel der Diskriminanzanalyse, die vier Wählergruppen möglichst gut voneinander zu trennen, wurde weitgehend verfehlt. Allerdings haben die aus den bivariaten Analysen bekannten Ergebnisse bereits darauf hingedeutet, dass eine klare Unterscheidung der Wähler verschiedener politischer Parteien und Listen nicht zu erwarten ist.

5.2.2 Multivariate Analysemodelle zur Erklärung der Art der Stimmabgabe

Nachdem bereits die bivariaten Analysen für die Art der Stimmabgabe deutlichere Unterschiede ergeben haben als für die Wahlabsicht, besteht die berechtigte Hoffnung, dass auch die multivariaten Analysen zu einem trennschärferen Ergebnis führen. Da sowohl die Analysen über die Relevanz der Bundespolitik als auch die über das relative Gewicht verschiedener Bestimmungsfaktoren keine Differenzen zwischen den einzelnen Wählergruppen unter Berücksichtigung der Art der Stimmabgabe nachweisen konnten (vgl. Kapitel 5.1.2.2 und 5.1.3.2), beschränke ich mich im Folgenden auf die Präsentation der Untersuchungsergebnisse für diejenigen Bürger, die die Möglichkeiten des Kumulierens und/oder des Panaschierens nutzen, ohne nach Wahlabsicht zu differenzieren. Für diese Vorgehensweise spricht ferner, dass multivariate Analysen nicht für alle Gruppierungen aufgrund der Fallzahlen möglich und somit die Vergleichbarkeit ohnehin nur bedingt gegeben gewesen wäre.

Eine Diskriminanzanalyse für die sozialpsychologischen Determinanten in Bezug auf die (Nicht-)Kumulierer und (Nicht-)Panaschierer ermittelt zwei Diskriminanzfunktionen, von denen die erste die größte Erklärungskraft auf sich zieht (vgl. Tabelle 7a, Modell 1). Der leicht höhere Eigenwert und der weniger hohe Lambda-Wert im Vergleich zu den Wählergruppen zeigen an, dass das multivariate Schätzmodell für die Art der Stimmabgabe eine bessere Erklärungskraft besitzt. Der Wert für den kanonischen Korrelationskoeffizienten liegt bei .31. Der quadrierte Wert sagt aus, dass zehn Prozent der Streuung der Diskriminanzwerte durch die Zugehörigkeit zu einer der Personengruppen, die die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens nutzen oder nicht, erklärt werden. Die zusätzlich berechneten Regressionsanalysen führen zu einem tendenziell ähnlichen Ergebnis¹¹. Der Anteil korrekter Klassifikationen liegt bei 33 Prozent (vgl. Tabelle 7c)¹². Wenn man wieder um die Zufallswahrscheinlichkeit korrigiert, dann liegt die Verbesserung der Vorhersage bei 8 Prozent. Das bedeutet zwar ebenfalls ein unbefriedigendes Ergebnis, wenn auch nicht in so eklatanter Weise wie für die Wählergruppen.

¹¹ Ergebnisse der multiplen Regressionsanalysen mit den drei Determinanten des Michigan-Modells als unabhängigen Variablen und einer als Dummy recodierten abhängigen Variablen: Für Personen, die weder kumulieren noch panaschieren: $R^2 = .07$ ($p < .001$); Für Personen, die kumulieren, aber nicht panaschieren: $R^2 = .02$ ($p < .01$); Für Personen, die panaschieren, aber nicht kumulieren: $R^2 = .03$ ($p < .001$); Für Personen, die sowohl kumulieren als auch panaschieren: $R^2 = .06$ ($p < .001$). Die um die Bundespolitik als Prädiktorvariable erweiterten Regressionsanalysen erbrachten nur eine minimale Verbesserung der Varianzerklärung um ein Prozentpunkt.

Tabelle 7: Die Schätzung der Art der Stimmabgabe auf der Basis der Wahlmotive bei den Gemeinderatswahlen 1999

	Modell 1			Modell 2		
	F1 ^{a)}	F2	F3	F1	F2	F3
a: Standardisierte Diskriminanzkoeffizienten						
Parteiidentifikation	-.27	.92*		-.24	.97*	
Kandidaten	.93*	.35		.85*	.30	
Sachfragen	.09*	-.05		–	–	
Bundespolitik	–	–		-.47*	.04	
Eigenwerte	.11	.03	.01	.13	.03	.00
Erklärte Varianz (in %)	76.0	20.5	3.5	79.1	19.7	1.2
Kanonische Korrelation	.31	.17	.07	.33	.17	.04
Lambda	.88	.97	1.00	.86	.97	1.00
Chi-Quadrat	71.65	17.69	2.63	81.45	17.60	1.02
Freiheitsgrade	9	4	1	9	4	1
Signifikanz ^{b)}	.000	.001	.105	.000	.001	.313
b: Gruppenmittelwerte						
nicht kum., nicht pan.	-1.06	.03		-1.10	-.02	
kum., nicht pan.	-.10	.21		-.11	.24	
nicht kum., pan.	-.53	-.53		-.67	-.48	
kum., pan.	.19	-.06		.21	-.07	
c: Anteil korrekter Klassifikationen^{c)}						
nicht kum., nicht pan.	56.3	(32)		43.8	(32)	
kum., nicht pan.	26.7	(150)		31.1	(151)	
nicht kum., pan.	29.6	(27)		18.5	(27)	
kum., pan.	33.5	(334)		48.0	(333)	
Gesamt	32.8	(543)		41.6	(543)	

Anmerkungen: ^{a)}: Diskriminanzfunktion bzw. -faktor; ^{b)}: das für F1 angegebene Signifikanzniveau bezieht sich auf die Diskriminanten 1 bis 3, das für F2 ausgewiesene auf die Diskriminanten 2 bis 3 und das für F3 angegebene Signifikanzniveau ausschließlich auf die 3. Diskriminante; ^{c)}: Angaben in Prozent; Fallzahlen, die jeweils die Wählergruppe ausmachen, in Klammern; * Größte absolute Korrelation zwischen jeder Variablen und einer Diskriminanzfunktion

Quelle: Infratest dimap „Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl“; Eigene Berechnungen

Die größte Trennschärfe – gemessen über den standardisierten Diskriminanzkoeffizienten – besitzt der Kandidatenfaktor, der zusammen mit den Sachthemen den ersten Diskriminanzfaktor beschreibt, wobei die Aussagen der politischen Parteien und Listen zu politischen Streitfragen nur einen minimalen Anteil der Diskriminante ausmachen. Die größten Distanzen bezüglich dieses Faktors bestehen zwischen Personen, die weder kumulieren noch panaschieren, und denen, die sowohl kumulieren als auch panaschieren (vgl. Tabelle 7b). Dieses Ergebnis stimmt insofern mit dem

¹² Im Vergleich mit dem Anteil korrekter Klassifikationen stellt der kanonische Korrelationskoeffizient ein weniger präzises Maß für die Güte der Diskriminanzfunktion dar, weswegen das erstgenannte Maß vorzuziehen ist (vgl. ROLLER 1998:198).

Ergebnis der bivariaten Analysen überein, als für Wähler, die nicht von ihrem Recht des Kumulierens und Panaschierens Gebrauch machen, insbesondere die Kandidaten eine weniger wichtige Rolle für die Wahlentscheidung spielen (vgl. Tabelle 5a). Wenn man die Leistungsfähigkeit des Modells an der Kongruenz der geschätzten mit der tatsächlichen Art der Stimmabgabe festmacht, ergibt sich nur für die Nicht-Kumulierer und Nicht-Panaschierer ein gutes Ergebnis (vgl. Tabelle 7c). Was die Vorhersage der anderen Gruppierungen anbelangt, liegt der Anteil korrekt klassifizierter Fälle nur geringfügig über der Zufallswahrscheinlichkeit. Für den zweiten Diskriminanzfaktor, der die Kumulierer, die nicht panaschieren, von den Nicht-Kumulierern, die panaschieren, trennt, ist die Parteiidentifikation am bedeutsamsten. Auch diese Differenzierung ist nachvollziehbar, da die Kumulierer sich stärker an der Parteibindung orientieren, während sie für die Nicht-Kumulierer eine weniger relevante Größe für die Wahlentscheidung darstellt.

Da der Diskriminanzkoeffizient der Sachthemen ausgesprochen niedrig ist, so dass sein zusätzlicher Erklärungsbeitrag anzuzweifeln ist, wird die Variable aus Modell 2 entfernt und stattdessen die Relevanz der bundespolitischen Gründe als unabhängige Variable in einer Diskriminanzanalyse getestet. Es ergeben sich wiederum zwei auf die Voreinstellung zurückzuführende Diskriminanten, wobei die erste 79 Prozent der Varianz erklärt (vgl. Tabelle 7a, Modell 2). Die Trennstärke der ersten Diskriminanzfunktion, die am kanonischen Korrelationskoeffizienten zu erkennen ist, besitzt nur eine minimal höhere Erklärungskraft als die in Modell 1. Jedoch ist der Anteil korrekter Klassifikationen mit 42 Prozent in Modell 2 deutlich höher. Eine Gegenüberstellung der um die Zufallswahrscheinlichkeit korrigierten Werte des ersten und zweiten Schätzmodells ergibt eine Verbesserung um neun Prozentpunkte.

Für die erste Diskriminanzfunktion, deren mittlere Werte sich in den vier Gruppen höchst signifikant unterscheiden, sind die Kandidaten und die bundespolitischen Gründe (negativ) am bedeutsamsten. Wie in Modell 1 ergeben sich die größten Distanzen hinsichtlich dieser Funktion zwischen den Nicht-Kumulierern sowie Nicht-Panaschierern und den Personen, die beide Möglichkeiten bei den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen nutzen. Während für erstere die Bundespolitik eine wichtige Rolle spielt, schätzen letztere die Kandidaten als relevant für ihre Wahlentscheidung ein. Die zweite Diskriminanzfunktion ist mit der in Modell 1 vergleichbar. Erwähnenswert ist, dass nicht die zwei überlokalen Determinanten auf einem Faktor laden, sondern die Bundespolitik und die kurzfristig wirksame Kandida-

tenorientierung – wenn sie auch in entgegengesetzte Richtungen weisen. Im Hinblick auf die miteinander konkurrierenden Thesen kommunalen Wahlverhaltens herrscht somit ein ausgeglichenes Verhältnis, da sowohl die Kandidaten als lokale Determinante als auch die Parteiidentifikation und die Bundespolitik als überlokale Determinanten für die Stimmabgabe entscheidend sind.

Mit einem Anteil von 48 bzw. 44 Prozent korrekter Schätzungen für diejenigen, die entweder von beiden Rechten der Stimmabgabe Gebrauch machen oder von keinem der beiden, erweist sich das Diskriminanzmodell als zufriedenstellend. Die Nicht-Kumulierer und Nicht-Panaschierer werden zu 25 bzw. 28 Prozent den Gruppen zugeordnet, die nur eines der beiden Rechte für sich beansprucht, was einem theoretisch nachvollziehbaren Ergebnis entspricht (tabellarisch nicht ausgewiesen). Für die beiden anderen Gruppierungen ergeben sich mäßige bis schlechte Zuordnungen. Personen, die nicht kumulieren aber panaschieren, werden zu 41 Prozent der Gruppierung zugeordnet, die keine der beiden Möglichkeiten nutzt, und zu 30 Prozent den Kumulierern und Panaschierern (tabellarisch nicht ausgewiesen). Dies ist insofern zu begründen, da im ersten Fall das Nicht-Kumulieren ausschlagend bei der falschen Zuordnung war und im zweiten Fall das Panaschieren.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die beiden multivariaten Erklärungsmodelle für Art der Stimmabgabe zu einem geringfügig besseren Resultat geführt haben als die Diskriminanzanalysen für die Wahlabsicht. Dies trifft auch auf die um neun Prozentpunkte verbesserte Erklärungsleistung des zweiten Schätzmodells zu, das einen durchaus passablen Anteil korrekt klassifizierter Fälle aufweist. Wie für die Wähler politischer Parteien und Listen gilt für die (Nicht-)Kumulierer und (Nicht-)Panaschierer, dass sich die Ergebnisse der bivariaten Analysen in den multivariaten Analysen bestätigt.

6. Zusammenfassung, Diskussion und Ausblick

6.1 Zusammenfassung und Diskussion

Vor dem Hintergrund des „Mauerblümchendaseins“ (LÖFFLER/ROGG 1985), das die Wahlforschung auf regionaler Ebene im Vergleich zur überregionalen Ebene führt, überrascht es nicht, dass sich in der Literatur nur wenige Befunde zum Kommunal-

wahlverhalten finden. Erschwerend hinzu kommt, dass diese Studien in ihren theoretischen Ausgangspositionen höchst heterogen und nicht besonders leistungsfähig sind, was sich meist auf die empirischen Analysen übertragen hat. Insofern ist Forschungsbedarf durchaus gegeben.

Die in der Kommunalwissenschaft stattfindende Diskussion zwischen Vertretern der Konvergenz- und Differenzthese entzündet sich vor allem an der Frage nach einem eigenständigen kommunalen Wahlverhalten. Der Gegensatz zwischen den beiden Thesen, der in der vorliegenden Arbeit insbesondere an den drei sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells erörtert wurde, erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung als künstlich, da keine der Thesen potentielle Auswirkungen anderer Bestimmungsfaktoren ausschließt und sich zudem plausible Argumente finden, die sowohl für als auch gegen einen Einfluss der einzelnen sozialpsychologischen Determinanten auf das kommunale Wahlverhalten sprechen. Folglich steht nicht die Frage im Mittelpunkt, ob die Kommunalwahl eine Parteienwahl im Sinne der Konvergenzthese oder eine Personenwahl im Sinne der Differenzthese ist, sondern welches relative Gewicht einzelnen Determinanten für die Stimmabgabe bei Kommunalwahlen zukommt.

Da mit den Umfragedaten zu den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg nun erstmals ein Datensatz vorliegt, der es ermöglicht, die Motive kommunalen Wahlverhaltens unter Berücksichtigung der Gemeindegröße zu untersuchen und die Anwendbarkeit der sozialpsychologischen Determinanten des Michigan-Modells auf allen Systemebenen als gegeben angenommen werden darf, ergeben sich für die Arbeit folgende zentrale Forschungsfragen: Welche Rolle spielt die Bundespolitik für die Wahlentscheidung bei den Gemeinderatswahlen? Welches relative Gewicht haben die sozialpsychologischen Bestimmungsfaktoren zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens? Lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Relevanz verschiedener Einflussgrößen unter Berücksichtigung der Gemeindegröße feststellen? Existieren Differenzen zwischen den Wählern verschiedener politischer Gruppierungen? Unterscheiden sich die Bürger, die das Recht zu kumulieren und zu panaschieren in Anspruch nehmen, von denen, die dies nicht tun?

Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung der baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999 wurden folgende Resultate für Personen ermittelt, die eine Wahlabsicht äußerten:

Die bivariaten Analysen ergaben, dass die Kommunalpolitik für die Wähler sämtlicher politischer Gruppierungen mit großem Abstand vor der Bundes- und Landespolitik die größte Rolle für die Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen spielt. Von besonderer Relevanz ist die Kommunalpolitik für die Stimmabgabe der FW-Wähler. Unter Berücksichtigung der Gemeindegröße lässt sich ein Bedeutungsverlust der Kommunalpolitik für die Wähler aller politischer Gruppierungen in den Großstädten konstatieren. Lediglich die Wähler der Grünen stufen die Kommunalpolitik in großen Gemeinden als noch wichtiger für ihre Stimmabgabe ein als in kleinen und mittleren Gemeinden. Insgesamt spricht das Ergebnis eindeutig für die Differenzthese, die vorwiegend kommunalspezifische Determinante zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens heranzieht.

Dieser Eindruck wird durch die Untersuchung des relativen Gewichts der einzelnen Determinanten des Michigan-Modells bestätigt. Für die Wähler aller politischer Parteien und Listen ist die Kandidatenorientierung für die Wahlentscheidung am wichtigsten, gefolgt von der Themenorientierung, der Bundespolitik und der Parteiidentifikation. Weit abgeschlagen landen die Wahlkampfaktivitäten der politischen Gruppierungen auf dem letzten Platz. Die einzige auffallende Abweichung von dieser Reihenfolge ist bei den Grünen-Wählern festzustellen, die die Aussagen der Parteien und Listen zu politischen Sachfragen für wichtiger für die Wahlentscheidung halten als die Kandidaten. Auch eine Berücksichtigung des Kontextmerkmals der Gemeindegröße führt zu keinen neuen Erkenntnissen.

Was die bivariaten Analyseergebnisse bereits angedeutet haben, bestätigen die Diskriminanzanalysen, die ebenfalls zu keiner klaren Trennung der Wähler verschiedener politischer Parteien und Listen führen. Jedoch erweist sich das Michigan-Modell als noch weniger geeignet zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens als das um die Bundespolitik erweiterte und um die Kurzfristfaktoren erleichterte Schätzmodell. Anders als die bivariaten Analysen kommen die multivariaten Analysen zu dem Resultat, dass die überlokalen Bestimmungsfaktoren den lokalen vorzuziehen sind, was wiederum für die Konvergenzthese spricht.

Ein Vergleich der bivariaten Analysen für die Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg mit denen für die Kommunalwahl 1994 in Stuttgart führt zu einem weitgehend ähnlichen Ergebnis. Als Determinanten kommunalen Wahlverhaltens landen sowohl 1999 als auch 1994 die bundespolitischen Gründe, die langfristige Bindung an eine Partei und die Wahlkampfaktivitäten der politischen Gruppierungen

auf den Plätzen drei bis fünf. Lediglich bei den ersten beiden Plätzen ist ein Unterschied festzustellen. Während für die Stuttgarter Wähler die Sachfragen besonders relevant für die Stimmabgabe waren, sind es für die Wähler Baden-Württembergs die Kandidaten. Allerdings handelt es sich in beiden Fällen um lokalspezifische und kurzfristig wirksame Determinanten. Ein Vergleich der multivariaten Untersuchungsergebnisse der zwei Wahlen ergibt für die einzelnen Wählergruppen durchaus vergleichbare Strukturen, auch wenn der Anteil korrekt klassifizierter Fälle in der vorliegenden Arbeit geringer ist. Die Wähler der beiden Volksparteien orientieren sich bei ihrer Stimmabgabe vor allem an der Parteibindung und den Kandidaten. Für die Grünen-Wähler sind in erster Linie die Themen wahlentscheidend und für die FW-Wähler die zur Wahl stehenden Kandidaten. Insgesamt lässt sich feststellen, dass für die Wähler verschiedener Parteien unterschiedliche Erklärungsfaktoren bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielen – auch wenn dies bei der Stuttgarter Kommunalwahl 1994 deutlicher zum Ausdruck kam als bei den baden-württembergischen Gemeinderatswahlen 1999.

Für Personen, die die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens nutzen, wurden auf der Basis des Datensatzes zu den Gemeinderatswahlen 1999 in Baden-Württemberg folgende Resultate ermittelt:

Die bivariaten Analysen besagen, dass für Personen, die kumulieren, insbesondere die Kommunalpolitik wahlentscheidend ist. Im Gegensatz dazu halten Bürger, die nicht kumulieren, die Bundespolitik für die wahlentscheidende Determinante. Dabei spielt es in beiden Fällen keine Rolle, ob diese Personen gleichzeitig panaschieren oder nicht. Daraus folgt, dass die Differenzthese sich besser zur Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens der Kumulierer eignet, die Konvergenzthese dagegen eher für das der Nicht-Kumulierer. Ein Einfluss der Gemeindegröße kann nicht festgestellt werden.

Die Untersuchung des relativen Gewichts der sozialpsychologischen Determinanten ergibt, dass die Kandidaten insbesondere für die Kumulierer eine relevante Rolle bei der Stimmabgabe spielen. Auch für die kumulierenden und/oder panaschierenden Bürger bei der Stuttgarter Kommunalwahl 1994 waren die Kandidaten der wichtigste Bestimmungsfaktor für die Wahlentscheidung. Die Nicht-Panaschierer – unabhängig davon, ob sie kumulieren oder nicht – unterscheiden sich von den Panaschierern dadurch, dass sie der Parteibindung eine größere Bedeutung zugestehen. Beide Resultate bestätigen sich unter Kontrolle der Gemeindegröße.

Die Ergebnisse der bivariaten Analysen, die bereits deutliche Unterschiede zwischen den (Nicht-)Kumulierern und (Nicht-)Panaschierern erkennen lassen, werden durch die Diskriminanzanalysen belegt. Dabei erweisen sich sowohl die Kandidaten als lokale Determinante als auch die bundespolitischen Gründe und die Parteibindung als überlokale Determinanten als relevant für die Vorhersage des tatsächlichen Wahlverhaltens.

Als Fazit muss betont werden, dass Aussagen über die Parteipräferenz des einzelnen Wählers sowie über die Art der Stimmabgabe nicht allein auf der Grundlage von sozialpsychologischen Größen getroffen werden können. Das Michigan-Modell als isolierter Ansatz vermag die Erklärung des politischen Verhaltens nicht zu leisten. Offenbar bedarf es eines komplexeren Erklärungsmodells. Ebenso wurde deutlich, dass es nicht um eine Entweder-oder-Entscheidung zwischen der Konvergenz- und Differenzthese zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens geht, sondern um das relative Gewicht einzelner Determinanten. Fest steht, dass die präsentierten Befunde die Notwendigkeit weiterer Forschungen zum kommunalen Wahlverhalten verdeutlichen.

6.2 Anregungen für die weitere Forschung

Nach der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse möchte ich abschließend auf die Grenzen und Defizite der vorliegenden Arbeit verweisen und Anregungen für die weitere Forschung geben.

Ein Problem, das vor allem bei den empirischen Untersuchungen in Abhängigkeit von der Gemeindegröße bestand, könnte in der relativ geringen Fallzahl liegen. Obwohl versucht wurde, dieses Problem durch ein Ausschließen der betroffenen Gruppierungen aus den Analysen zu minimieren, tritt es immer wieder deutlich zu Tage. Insbesondere im multivariaten Analyseteil, in dem einzelne Gruppen teilweise nur 27-37 Fälle enthalten, während die anderen Gruppierungen wesentlich mehr Fälle aufweisen, wird das Problem veranschaulicht. Die Einordnung dieser Ergebnisse wird zusätzlich dadurch erschwert, dass für die Erklärung des kommunalen Wahlverhaltens von Wählern politischer Parteien und Listen nur eine einzige Vergleichsstudie vorliegt (vgl. GABRIEL 1997b:161ff.). Dasselbe trifft auf die Erklärung der Art der Stimmabgabe zu, wobei hier die Vergleichsmöglichkeiten noch eingeschränkter sind

(vgl. HENKE 1997:177). Folglich können die Ergebnisse dieser Studie nur bedingt bestätigt oder relativiert werden.

Der geringe Anteil korrekter Klassifikationen, den die Diskriminanzanalysen im Hinblick auf die Wahlabsicht und die Art der Stimmabgabe ergaben, weisen darauf hin, dass in den bisherigen multivariaten Erklärungsmodellen wichtige Bestimmungsfaktoren des kommunalen Wahlverhaltens nicht berücksichtigt wurden. Hierzu könnten konventionelle Erklärungsvariablen wie die Schichtzugehörigkeit, die Präferenz für traditionelle Wertorientierungen oder auch die Wohndauer in einer Gemeinde zählen. Anders als den sozialpsychologischen Determinanten, denen man auf kommunaler Ebene eine andere Bedeutung zugesteht als auf nationaler, geht man jedoch bei den sozialstrukturellen Faktoren davon aus, dass sie sich auf alle Handlungsebenen des politischen Systems tendenziell gleichartig auswirken. Eine andere Möglichkeit wäre, die bisher eingeführten Variablen stärker aufzuschlüsseln.

So wäre es durchaus interessant, der Frage nachzugehen, welche Bedeutung der Parteiidentifikation für die Erklärung der kommunalen Parteipräferenz zukommt. Wir wissen zwar aufgrund empirischer Befunde, dass die affektive Parteibindung auf Bundesebene eine wichtige Rolle für die Erklärung der Wahlabsicht spielt, jedoch ist davon auf Kommunalebene nicht ohne weiteres auszugehen (vgl. Kapitel 2.4.2.1). Denn anders als die bivariaten Analysen vermuten ließen, wies die für die Wähler politischer Parteien und Listen durchgeführte Diskriminanzanalyse darauf hin, dass die durch den überlokalen Langfristfaktor beschriebene Diskriminanzfunktion den weitaus größeren Anteil der Varianz erklärt und die beiden Kurzfristfaktoren nur einen schwachen Beitrag leisten (vgl. Tabelle 6). Folglich könnte eine Untersuchung, die eine Operationalisierung der Determinante Parteiidentifikation sowohl über die Richtung als auch die Stärke ermöglicht, Aufschlüsse über deren tatsächliche Relevanz zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens bringen. Zumal solche Erkenntnisse das Gewicht deutlich zu Gunsten bzw. Ungunsten der Konvergenz- oder Differenzthese in der Debatte über die Bestimmungsfaktoren kommunalen Wahlverhaltens verschieben würde.

Da die hier präsentierten Analysen, die die Relevanz der sozialpsychologischen Determinanten für das kommunale Wahlverhalten prüfen sollten, auf der Wichtigkeit von Einflussfaktoren basierten, die von den Befragten selbst eingeschätzt wurden, stellt sich die Frage, zu welchem Ergebnis man gelangt, wenn nicht abstrakte, sondern konkrete Größen in ein Erklärungsmodell einbezogen werden. Obwohl mittels

abstrakter Einflussgrößen relativ gute Ergebnisse für die Erklärung des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998 erzielt wurden (vgl. GABRIEL 2000:352ff.), könnte die Ursache unseres unbefriedigenden Untersuchungsergebnisses nicht nur in bisher unberücksichtigten Bestimmungsfaktoren liegen. Jedenfalls ist nicht auszuschließen, dass sich abstrakte Größen zur Schätzung der Parteipräferenz auf Kommunalebene weniger eignen als auf Bundesebene. Zumal auch bei der Untersuchung des nationalen Wahlverhaltens mit direkt nach der Parteiidentifikation, der Problemlösungskompetenz und den Kandidaten erfragten Einflussgrößen bessere Resultate erzielt werden (vgl. GABRIEL 2000:384). Eine Überprüfung des sozialpsychologischen Modells mittels konkreter Bestimmungsfaktoren war mit den Umfragedaten zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg nicht möglich, da weder die Parteiidentifikation noch eine allgemeine Kandidatenbewertung erhoben wurde. So muss die Frage, ob mit konkreten Größen der sozialpsychologischen Determinanten ein besseres Ergebnis erzielt worden wäre, unbeantwortet bleiben.

Zur Überprüfung der Erklärungskapazität der multivariaten Analysemodelle könnte man untersuchen, welche Auswirkungen die Aufnahme der Nichtwähler auf Seiten der abhängigen Variable hat. Zu erwarten wäre, dass sich die Güte des Modells, gemessen über den Anteil korrekt klassifizierter Fälle, verschlechtert (vgl. GABRIEL 1997:165). Eine solche Untersuchung war in unserem Fall nicht möglich, da Nichtwähler nicht mit der Frage nach der Relevanz verschiedener Bestimmungsfaktoren für die Stimmabgabe konfrontiert wurden.

Unbeantwortet muss auch die Frage bleiben, welchen Einfluss die Persönlichkeitsfaktoren der Kandidaten auf die kommunale Wahlentscheidung hätten, wenn nicht – wie in unserem Fall – ein offenes Listenverfahren mit implizit starkem Personenbezug zugrunde liegen würde, sondern ein starres Listenverfahren ohne erkennbaren Personenbezug. Würde sich die Vermutung von MARCINKOWSKI (vgl. 2001:20) bestätigen, dass auf kommunaler Ebene gar keine „echten“ Kandidateneffekte im Sinne des Michigan-Modells bestehen und vielmehr die Gemeindegröße als Kontextmerkmal und das Wahlrecht als institutioneller Faktor für die Relevanz der Kandidaten verantwortlich zu machen sind?

Im Hinblick auf den unabhängigen Einfluss der Gemeindegröße, auf den vor allem PAPPI (vgl. 1976:31ff.) hingewiesen hat, ließe sich in Anlehnung an KLINGEMANN (vgl. 1976:237) zusätzlich die soziale Struktur der Kommunen als objektives Merkmal in eine Typologie integrieren. Dahinter steht die Vermutung, dass sich die Erklä-

rungsgrößen kommunalen Wahlverhaltens nicht nur im Hinblick auf die Gemeindegröße voneinander unterscheiden, sondern auch Differenzen zwischen sozialstrukturell heterogenen und homogenen Gemeinden bestehen.

Da es sich bei dem vorliegenden Datensatz um den meines Wissens bislang einzig existierenden zu einer Gemeinderatswahl handelt, der repräsentativ für die in einem Bundesland vertretenen Gemeinden ist, wäre es wünschenswert, dass dieses Projekt auch bei künftigen Wahlen auf kommunaler Ebene fortgesetzt wird – und zwar nicht nur in Baden-Württemberg sondern auch in anderen Bundesländern sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Auf diese Weise wäre gewährleistet, dass in künftigen Analysen nicht nur die Struktur des kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg, sondern darüber hinaus auch die Entwicklung im Querschnitt aufgezeigt und gegebenenfalls ein Vergleich mit Kommunalwahlen in anderen Bundesländern vorgenommen werden kann.

Für vergleichende Analysen über die Systemebenen hinweg wäre es außerdem wünschenswert, dass die Wahlabsichts- bzw. Recallfrage nach der nächsten bzw. zurückliegenden Bundestagswahl – evtl. anstelle der Frage nach der Landtagswahl – in die Umfrage mitaufgenommen wird. Aus methodischer Perspektive sollte die Platzierung der Fragen nach der Wahlabsicht im Fragebogen nochmals überdacht werden, um mögliche *carry over*-Effekte zu vermeiden (vgl. GIBOWSKI 1973).

Anhang

Gemeindegröße (einwgru):

1 < 10.000 Einwohner; 2 10.000 bis 50.000 Einwohner; 3 > 50.000 Einwohner

Panaschieren (q016) – Filterfrage:

Werden Sie Kandidaten von verschiedenen Parteien und Listen wählen?

- Antwortskala: 1 nein (weiter mit q017); 2 ja (weiter mit q018a); 3 Werde nicht wählen; 4 Werde ungültig wählen ; 5 Habe ungültig gewählt; 6 Weiß (noch) nicht (weiter mit q017); 7 Keine Angabe (weiter mit q017)
- Recodierung: 0 nein; 1 ja

Wahlabsicht der Nicht-Panaschierer (q017):

Welche Partei oder Liste werden Sie bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober wählen?

- Antwortskala: 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 FDP/DVP; 5 Freie Wähler; 6 Republikaner; 7 Andere Wählervereinigungen und Listen; 8 Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen; 9 Sonstige Parteien; 10 Weiß (noch) nicht; 11 Keine Angabe
- Recodierung für Nicht-Panaschierer mit Wahlabsicht (ohne Unterscheidung nach Kumulieren und Nicht-Kumulieren): 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen

Wahlabsicht der Panaschierer (q018a):

Welche Partei oder Liste werden Sie bei der Gemeinderatswahl am 24. Oktober die meisten Stimmen geben?

- Antwortskala: 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 FDP/DVP; 5 Freie Wähler; 6 Republikaner; 7 Andere Wählervereinigungen und Listen; 8 Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen; 9 Sonstige Parteien; 10 Weiß (noch) nicht; 11 Keine Angabe
- Recodierung für Panaschierer mit Wahlabsicht (ohne Unterscheidung nach Kumulieren und Nicht-Kumulieren): 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen

Wahlabsicht bei Gemeinderatswahlen (Kombination aus q017 und q018a = grw):

- Recodierung für bivariate Analysen: 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 FDP/DVP; 5 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen
- Recodierung für Unterscheidung nach Gemeindegröße und Diskriminanzanalysen: 1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen

Kumulieren (q019):

Werden Sie einzelnen Kandidaten mehrere Stimmen geben?

- Antwortskala: 1 nein; 2 ja; 3 Weiß nicht; 4 Keine Angabe
- Recodierung: 0 nein; 1 ja

Nicht-/Panaschierer und Nicht-/Kumulierer:

- *Nicht-Panaschierer und Nicht-Kumulierer (Kombination aus q017 und q019):*
q017 Wähler einer Partei bzw. Wählervereinigung (Item 1 bis 9) kombiniert mit q019 = 0
- *Nicht-Panaschierer und Kumulierer (Kombination aus q017 und q019):*
q017 Wähler einer Partei bzw. Wählervereinigung (Item 1 bis 9) kombiniert mit q019 = 1
- *Panaschierer und Nicht-Kumulierer (Kombination aus q018a und q019):*
q018a Wähler einer Partei bzw. Wählervereinigung (Item 1 bis 9) kombiniert mit q019 = 0
- *Panaschierer und Kumulierer (Kombination aus q018a und q019):*
q018a Wähler einer Partei bzw. Wählervereinigung (Item 1 bis 9) kombiniert mit q019 = 1

Nicht-/Kumulierer mit Wahlabsicht (Kombination aus q019 und grw – ohne Unterscheidung nach Panaschierern und Nicht-Panaschierern):

- Recodierung für Nicht-Kumulierer mit Wahlabsicht: q019 = 0 kombiniert mit grw:
1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen
- Recodierung für Kumulierer mit Wahlabsicht: q019 = 1 kombiniert mit grw:
1 CDU; 2 SPD; 3 Grüne; 4 Freie Wähler, Andere Wählervereinigungen und Listen

Wahlentscheidend bei Gemeinderatswahl (q021):

Was spielt für Ihre Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl die größte Rolle?

- Antwortskala: 1 Bundespolitik; 2 Politik in Baden-Württemberg; 3 Kommunalpolitik vor Ort; 4 Weiß nicht; 5 Keine Angabe
- Recodierung: 1 Bundespolitik; 2 Politik in Baden-Württemberg; 3 Kommunalpolitik vor Ort

Gründe für Wahlentscheidung (q020):

Wie wichtig ist Ihnen dieser Aspekt für Ihre Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl?

1. Die Kandidaten
 2. Die Aussagen der Parteien/Listen zu politischen Sachfragen
 3. Der Wahlkampf
 4. Bundespolitische Gründe
 5. Meine langfristige Bindung an die Partei/Liste
- Antwortskala: 1 sehr wichtig; 2 wichtig; 3 nicht so wichtig; 4 überhaupt nicht wichtig; 5 Weiß nicht; 6 Keine Angabe
 - Recodierung für Kreuztabellierung: 0 überhaupt nicht wichtig, nicht so wichtig; 1 wichtig, sehr wichtig
 - Recodierung für Diskriminanz- und Regressionsanalysen: 1 überhaupt nicht wichtig; 2 nicht so wichtig; 3 wichtig; 4 sehr wichtig

Literaturverzeichnis

- ARZBERGER, Klaus/MURCK, Manfred/SCHUMACHER, Jürgen 1980: Beteiligungsverhalten und Gemeindegröße. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, Bd. I, S. 78-95.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk/FACK, Alexander/NOETZEL, Thomas (Hrsg.) 1994: Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994. Marburg: Schüren.
- BICK, Wolfgang 1996: Kommunalwahlen in Hessen 1946-1993. Trends und Wendepunkte in der kommunalpolitischen Landschaft. In: HEIDENREICH, Bernd/SCHACHT, Konrad (Hrsg.): Hessen. Wahlen und Politik. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 195-218.
- BICK, Wolfgang/SCHACHT, Konrad 1991: Alte und neue Wachstumsregionen: Indikatoren zum Vergleich der politischen Entwicklung in Duisburg und Frankfurt. In: OBERNDÖRFER, Dieter/SCHMITT, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, S. 315-331.
- BIEGE, Hans-Peter 1975: Kommunalpolitik und kommunales Wahlverhalten. In: Der Bürger im Staat 25, S. 15-22.
- BIEGE, Hans-Peter u.a. 1979: Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl. Königstein/Ts.: Hain.
- BORTZ, Jürgen 1993: Statistik für Sozialwissenschaftler. Berlin u.a.: Springer.
- BRETTAUER, Kathrin/HORST, Patrick 2001: Wahlentscheidende Effekte von Wahlkämpfen? Zur Aussagekraft gängiger Erklärungen anhand in der Zparl publizierter Wahlanalysen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, S. 387-408.
- BRETTSCHEIDER, Frank 1995: Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BUCHHAAS, Dorothee/KÜHR, Herbert 1979: Von der Volkskirche zur Volkspartei. Ein analytisches Stenogramm zum Wandel der CDU im rheinischen Ruhrgebiet. In: KÜHR, Herbert (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Königstein/Ts.: Hain, S. 135-232.
- BÜHL, Achim/ZÖFEL, Peter 1998: SPSS für Windows Version 7.5. Praxisorientierte Einführung in die moderne Datenanalyse. Bonn u.a.: Addison-Wesley-Longman.
- BÜRKLIN, Wilhelm P. 1988: Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen: Leske & Budrich.
- BÜRKLIN, Wilhelm/KLEIN, Markus 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich.
- BUSCH, Matthias 1997: Politische Themen und Wahlverhalten. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 181-201.
- CAMPBELL, Angus et al. 1960: The American Voter. New York: John Wiley.

- CAMPBELL, Angus/GURIN, Gerald/MILLER, Warren E. 1954: *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson & Co.
- CZARNECKI, Thomas 1992: *Kommunales Wahlverhalten. Die Existenz und Bedeutsamkeit kommunaler Determinanten für das Wahlverhalten. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Rheinland-Pfalz*. München: Minerva.
- CONVERSE, Philip E. 1966: *The Concept of a Normal Vote*. In: CAMPBELL, Angus et al.: *Elections and the Political Order*. New York: Wiley, S. 9-39.
- CONVERSE, Philip E. 1969: *Of Time and Partisan Stability*. In: *Comparative Political Studies* 2, S. 139-171.
- CRYNS, Manfred/HEMBACH, Klaus 1987: *Kommunalwahlen und kommunales Wählerverhalten in Nordrhein-Westfalen*. In: ANDERSEN, Uwe (Hrsg.): *Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen*. Köln: Kohlhammer, S. 109-131.
- DALTON, Russell J./WATTENBERG, Martin P. 1993: *The Not So Simple Act of Voting*. In: FINIFTER, Ada W. (Hrsg.): *Political Science. The State of the Discipline II*. Washington D.C.: The American Political Science Association, S. 193-218.
- DOWNS, Anthony 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- EICHERT, Christof 1994: *Parlament oder Verwaltungsorgan?* In: *Die Gemeinde* 117, S. 569-572.
- EITH, Ulrich 1997: *Kommunales Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland: Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich*. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 377-400.
- EITH, Ulrich/MIELKE, Gerd 2001: *Wahlforschung: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft*. In: MOLS, Manfred/LAUTH, Hand-Joachim/WAGNER, Christian (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Paderborn/München/Wien u.a.: Schöningh, S. 315-344.
- FALTER, Jürgen W. 1977: *Einmal mehr: Lässt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?* In: KAASE, Max (Hrsg.): *Wählersozilogie heute: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1976*. Westdeutscher Verlag, S. 476-500.
- FALTER, Jürgen W./KLEIN, Markus 1994: *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München: Beck.
- FALTER, Jürgen W./RATTINGER, Hans 1983: *Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse*. In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 320-421.

- FALTER, Jürgen W./SCHÖN, Harald/CABALLERO, Claudio 2000: Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik. In: KLEIN, Markus/JAGODZINSKI, Wolfgang/MOCHMANN, Ekkehard/OHR, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235-271.
- FALTER, Jürgen W./SCHUMANN, Siegfried/WINKLER, Jürgen 1990: Erklärungsmodelle von Wählerverhalten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/90, S. 3-13.
- GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.) 1979: Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Königstein/Ts.: Hain.
- GABRIEL, Oscar W. 1988: Politische Partizipation und kommunale Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B29, S. 3-20.
- GABRIEL, Oscar W. 1989a: Einleitung: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung. München: Minerva, S. 9-14.
- GABRIEL, Oscar W. 1989b: Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung. München: Minerva, S. 129-155.
- GABRIEL, Oscar W. 1992: Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz. In: OBERNDÖRFER, Dieter/SCHMITT, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, S. 371-396.
- GABRIEL, Oscar W. 1997a: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. In: GABRIEL, Oscar W./NIEDERMAYER, Oskar/STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 233-253.
- GABRIEL, Oscar W. 1997b: Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 147-168.
- GABRIEL, Oscar W. 2000: „It's Time for a Change“ - Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998. In: PLASSER, Fritz/ULRAM, Peter A./SOMMER, Franz (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum, S. 333-392.
- GABRIEL, Oscar W./AHLSTICH, Katja/KUNZ, Volker 1997: Die Kommunale Selbstverwaltung. In: GABRIEL, Oscar W./HOLTMANN, Everhard (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München/Wien: Oldenbourg, S. 325-354.
- GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank 1998: Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B52, S. 20-32.
- GAU, Doris 1983: Politische Führungsgruppen auf kommunaler Ebene. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil und den politischen Karrieren der Mitglieder des Rates der Stadt Köln. München: Minerva.

- GIBOWSKI, Wolfgang G. 1973: Der Effekt unterschiedlicher Platzierung der Wahlabsichtsfrage im Fragebogen. In: Politische Vierteljahresschrift 14, S. 275-293.
- GLUCHOWSKI, Peter 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 442-477.
- GRAUHAN, Rolf-Richard (Hrsg.) 1972: Großstadtpolitik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie. Gütersloh: Bertelsmann.
- GRÜNDLER, Raimund/LÜCKEMEIER, Peter 1999: Zur kommunalen Direktwahl: Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Hessen. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- GUHRE, Ralf 1981: Die Rolle individueller Merkmale von Gemeinderatskandidaten für ihren Wahlerfolg – eine Fallstudie zur Kommunalwahl 1980 in Heidelberg. Heidelberg: Magisterarbeit.
- GÜLLNER, Manfred 1986: Der Zustand des lokalen Parteiensystems: Chance oder Ende der Kommunalpolitik. In: HESSE, Joachim Jens (Hrsg.): Erneuerung der Politik „von unten“? Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 26-37.
- HÄTTICH, Manfred 1977: Kommunalpolitik – ein politisches Seitengebiet? In: RAUSCH, Heinz/STAMMEN, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik. München: Vögel, S. 342-354.
- HENKE, Andreas 1997: Kumulieren und Panaschieren. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 169-179.
- HENNIG, Eike/KIESERLING, Manfred 1991: Eine Stadt - viele Welten: Urbane Probleme im Brennspeigel der Frankfurter Kommunalwahl vom 12.3.1989. In: OBERNDÖRFER, Dieter/SCHMITT, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, S. 333-370.
- HERMANN, Dieter/WERLE, Raymund 1983: Kommunalwahlen im Kontext der Systemebenen. In: Politische Vierteljahresschrift 24, S. 385-405.
- HILL, Hermann 1987: Die politisch-demokratische Funktion der kommunalen Selbstverwaltung nach der Reform. Baden-Baden: Nomos.
- HOLTMANN, Everhard (Hrsg.) 1991: Politik-Lexikon. München, Wien: Oldenbourg.
- HOLTMANN, Everhard 1992: Politisierung der Kommunalpolitik und Wandlungen im lokalen Parteiensystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B22-23, S. 13-22.
- HOLTMANN, Everhard 1994: Parteien in der lokalen Politik. In: ROTH, Roland/WOLLMANN, Hellmut (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen: Leske und Budrich, S. 256-270.
- INFRATEST DIMAP 1999: Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl. Infratest dimap.

- INFRA TEST DIMAP 2001: Baden-Württemberg vor der Wahl. Eine repräsentative Befragung der wahlberechtigten in Baden-Württemberg vor der Landtagswahl am 25. März 2001. Infratest dimap.
- INFRA TEST DIMAP: Deutschlandtrend, September 1998 bis März 2001; www.infratest-dimap.de
- KAASE, Max/GIBOWSKI, Wolfgang G. 1988: Die Landtagswahlen 1987/88. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/88, S. 3-18.
- KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter 1994: Electoral Research in the Federal Republic of Germany. In: European Journal of Political Research 25, S. 343-366.
- KALTEFLEITER, W. 1975: Wandlungen des deutschen Parteiensystems 1949-1974. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B14/75, S. 3-10.
- KEVENHÖRSTER, Paul 1976a: Einleitung. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten. Bonn: Eichholz, S. XIII-XV.
- KEVENHÖRSTER, Paul 1976b: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten. Bonn: Eichholz, S. 241-281.
- KEVENHÖRSTER, Paul 1983: Kommunalwahlen – Instrumente bürgerschaftlicher Einflussnahme auf die Kommunalpolitik. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. München: Minerva, S. 157-172.
- KLEIN, Armin 1979: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde. Königstein/Ts.: Hain, S. 94-118.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter 1973: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellung zu wertbezogenen Problemen im Zeitvergleich. In: Politische Vierteljahresschrift 14, S. 227-256.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter 1976: Issue-Orientierung, Issue-Kompetenz und Wahlverhalten aus kommunalpolitischer Perspektive. In: KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten. Bonn: Eichholz, S. 199-240.
- KORTE, Karl-Rudolf 1999: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- KÖSER, Helmut 1991: Der Gemeinderat in Baden-Württemberg. Sozialprofil, Rekrutierung, Politikverständnis. In: PFIZER, Theodor/WEHLING, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Stuttgart: Kohlhammer, S. 141-161.
- KÜCHLER, Manfred 1977: Was leistet die empirische Wahlsoziologie? Eine Bestandsaufnahme. In: Politische Vierteljahresschrift 18, S. 145-168.
- KÜCHLER, Manfred 1986: Wahl- und Surveyforschung. In: BEYME, Klaus von (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 194-208.

- KÜCHLER, Manfred 1990: Ökologie statt Ökonomie: Wahlpräferenzen im Wandel? In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 419-444.
- KÜHR, Herbert (Hrsg.) 1979: Vom Milieu zur Volkspartei – Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Königstein/Ts.: Hain.
- LAZARSFELD, Paul F./BERELSON, Bernard/GAUDET, Hazel 1944: The People's Choice. How The Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press.
- LEHMBRUCH, Gerhard 1979: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: KÖSER, Helmut (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 320-334.
- LÖFFLER, Berthold 1999: Literatur zum Thema: Kommunales Wahlverhalten. In: Der Bürger im Staat 49, S. 183-184.
- LÖFFLER, Berthold/ROGG, Walter 1985: Determinanten kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ravensburg. Tübingen: StuWe-Druck.
- LÖFFLER, Berthold/ROGG, Walter 2000: Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten. In: PFIZER, Theodor/WEHLING, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 109-136.
- MANN, Hans-Joachim 1999: Wie wird gewählt? Das kommunale Wahlsystem in Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat 49, S. 175-179.
- MARCINKOSWSKI, Frank 2001: Kommunales Wahlverhalten zwischen Eigengesetzlichkeit und Bundestrend. Eine Fallstudie von Nordrhein-Westfalen. Arbeitspapiere aus der Fern-Universität Hagen, polis Nr. 51.
- MEYER, Gerd 1977: Thesen zur Kritik der empirischen Wahlforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift 18, S. 169-194.
- MEYER, Hans 1982: Kommunalwahlrecht. In: PÜTTNER, Günter (Hrsg.): Handwörterbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 2. Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, S. 37-80.
- MÖLLER, Thomas 1981: Die kommunalen Wählergemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. München: Minerva-Publikation.
- MÖLLER, Thomas 1994: Die kommunalen Wählervereinigungen in Hessen. In: BERGSCHLOSSER, Dirk/FACK, Alexander/NOETZEL, Thomas (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994. Marburg: Schüren, S. 222-238.
- MÖßNER, Alexandra 2001: Parteiidentifikation im vereinigten Deutschland. Eine Analyse der Stabilität der Parteiidentifikation bei verschiedenen Typen von Parteiidentifizierern. Stuttgart: Magisterarbeit.

- NAßMACHER, Hiltrud 1991: Kommunalpolitik. In: HOLTSMANN, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon. München, Wien: Oldenbourg, S. 289-292.
- NAßMACHER, Hiltrud 2001: Die Bedeutung der Kommunen und der Kommunalpolitik für den Aufstieg neuer Parteien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32, S. 3-18.
- NAßMACHER, Karl-Heinz 1979: Zerfall einer liberalen Subkultur – Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. In: KÜHR, Herbert (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Königstein/Ts.: Hain, S. 29-134.
- NAßMACHER, Hiltrud/NAßMACHER, Karl-Heinz 1999: Kommunalpolitik in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- NIE, Norman H./VERBA, Sidney/PETROCIK, John R. 1976: The Changing American Voter. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- NOHLEN, Dieter 1975: Das baden-württembergische Kommunalwahlsystem. In: Der Bürger im Staat 25, S. 9-14.
- NOHLEN, Dieter 1977: Wahlsysteme und Wahlen in den Gemeinden. In: RAUSCH, Heinz/STAMMEN, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik. München: Vögele, S.149-186.
- NOHLEN, Dieter 2000: Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen: Leske + Budrich.
- PAPPI, Franz Urban 1976: Sozialstruktur und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kommunales Wahlverhalten. Bonn: Eichholz, S. 1-57.
- RADTKE, Günter D. 1979: Hypothesen zur Analyse der lokalen Parteien- und Wählerstruktur. In: KÜHR, Herbert (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich. Königstein/Ts.: Hain, S. 19-28.
- REIF, Karlheinz 1983: Die „Nebenwahlen“. Einbußen der französischen Linken seit ihren Siegen von 1981. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14, S. 195-209.
- REIF, Karlheinz 1984: Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 15, S. 341-352.
- ROLLER, Edeltraud 1998: Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994. In: KAASE, Max/KLINGEMANN, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 173-219.
- ROTH, Dieter 1998: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- SCHACHT, Konrad 1986: Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum. Analysen zur Frankfurter Kommunalwahl vom 22. März 1981. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- SCHÄFER, Rudolf/STRICKER, Hans-Joachim 1989: Die Aufgaben der Gemeinden und ihre Entwicklung. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung. München: Minerva, S. 35-58.
- SCHMIDT-EICHSTAEDT, Gerd 1989: Grundformen der inneren Gemeindeverfassung in der Bundesrepublik Deutschland. In: GABRIEL, Oscar W. (Hrsg.): Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung. München: Minerva, S. 17-33.
- SCHUCHARD-FICHER, Christiane u.a. 1982: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin/Heidelberg/New York: Springer.
- SCHWARZ, Thomas 1997: Die Gemeinderats- und die Bundestagswahl 1994 im Spiegel der amtlichen Statistik. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 95-118.
- SIMON, Klaus 1987: Kommunale Demokratie – eine Politikvermittlungs-Idylle? In: SARCINELLI, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Stuttgart: Bonn Aktuell, S., 232-247.
- SIXT, Werner 1989: Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg. Stuttgart u.a.: Richard Boorberg Verlag.
- SPIEGEL ONLINE, 25.10.1999: CDU träumt von absoluter Mehrheit; www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,49270,00.html
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) 1999: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 24. Oktober 1999. Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 550, Heft 3.
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) 2000: Wahl der Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Kreisträte am 24. Oktober 1999. Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 560, Heft 2, Teil A.
- STOKES, Donald E. 1966: Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency. In: American Political Science Review 60, S. 19-28.
- THOMASSEN, Jacques 1994: Introduction: The Intellectual History of Election Study. In: European Journal of Political Research 25, S. 239-245.
- THRÄNHARDT, Dietrich 1980: Regionale historische Wahlanalysen: Erkenntnisinteressen und Validität. In: BÜSCH, Otto/BENDIX, Reinhard (Hrsg.): Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte. Berlin: Colloquium, S. 485-511.
- TROITZSCH, Klaus G. 1976: Sozialstruktur und Wählerverhalten. Möglichkeiten und Grenzen ökologischer Wahlanalyse, dargestellt am Beispiel der Wahlen in Hamburg von 1949 bis 1974. Meisenheim am Glan: Hain.
- VEIDERS, Wolfgang W. 1978: Großstadt und Umland. Eine Mehrebenenanalyse des Wahlverhaltens im Großraum Köln/Bonn. Diss. Freiburg im Breisgau: St. Augustin.
- VETTER, Angelika 1997: Einstellungen zur lokalen und nationalen Politik. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17-42.

- VETTER, Angelika/GABRIEL, Oscar W. 2000: Candidate Evaluation and Party Choice in Germany 1972 to 1994: Do Candidates Matter and How? In: ANDERSEN, Christopher/ZELLE, Carsten (Hrsg.): Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge or Collide. Westport/London: Praeger, S. 71-98.
- WEHLING, Hans-Georg 1981: Kommunale Politik. In: GREIFFENHAGEN, Martin/GREIFFENHAGEN, Sylvia/PRÄTORIUS, Rainer (Hrsg.): Handwörterbuch zur politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 225-230.
- WEHLING, Hans-Georg 1992: Politische Beteiligung und kommunale Demokratie – Direktwahl, Sachplebiszit, Kumulieren und Panaschieren. In: STARZACHER, Karl u.a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Kempten: Kösel, S.131-145.
- WEHLING, Hans-Georg 1994a: Deutschland. In: Der Bürger im Staat 44/3-4, S. 183-189.
- WEHLING, Hans-Georg 1994b: Gemeinderat – Das Ansehen des Bewerbers entscheidet. In: Die Gemeinde 117, S. 565-568.
- WEHLING, Hans-Georg 1997: Land Baden-Württemberg. In: ANDERSEN, Uwe/WOYKE, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 249-255.
- WEHLING, Hans-Georg 1999: Kommunale Direktwahl zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- WEIDNER, Rolf 1984: Wahlen und soziale Strukturen in Ludwigshafen am Rhein 1871-1914. Ludwigshafen am Rhein: Stadtarchiv.
- WINTER, Carolin 1997: Sozialstruktur, Werte, Ideologien und Wahlverhalten. In: GABRIEL, Oscar W./BRETTSCHNEIDER, Frank/VETTER, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 119-146.
- WOYKE, Wichard 1994: Stichwort: Wahlen. Wähler – Parteien – Wahlverfahren. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Ich erkläre, dass ich diese Arbeit selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln angefertigt habe und dass alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, durch Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht sind.

Stuttgart, 18. September 2001

Kerstin Völkl